

# ISS AKTUELL

3/ 2019

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK  
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

## ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESMITTE 2019

STAFFIT, P. 254, 2019  
GLOBALE AKTEURE UND INTERNATIONALE  
ORGANISATIONEN





#### Zur Logik des Kartenmaterials:

Die Kartenskizzen dienen dem besseren Verständnis des jeweiligen Kapitels. Farblich gekennzeichnet sind daher nur jene Staaten, welche im Text analysiert werden. Die Graphiken bieten daher keine vollständige Auflistung aller Akteure des jeweiligen geographischen Raumes. Die Kartendarstellungen zeigen dabei die realpolitischen Gegebenheiten und berücksichtigen keine völkerrechtlichen Beurteilungen bzw. Auseinandersetzungen bezüglich territorialer Grenzziehungen.

#### **Impressum:**

Amtliche Publikation der Republik Österreich/  
Bundesminister für Landesverteidigung

#### Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,  
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

#### Redaktion:

Landesverteidigungsakademie  
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik  
Stiftgasse 2 a, 1070 Wien

#### Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903121-71-3

Juni 2019

#### Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“  
des Österreichischen Umweltzeichens,  
UW-Nr. 943

## Vorwort

Wie seit mehreren Jahren gewohnt, präsentieren wir Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe des „ISS-Aktuell“ einen Überblick zur strategischen Lage. Dieser soll die Ereignisse des vergangenen Halbjahres beleuchten (die letzte Ausgabe erschien Ende Jänner 2019) und so eine Einschätzung künftiger Abläufe erleichtern. Es geht bewusst nicht um eine umfassende und detaillierte Schilderung aller Ereignisse der letzten sechs Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte, unter Einbeziehung regionaler Zusammenhänge. Die einzelnen Beiträge wurden Mitte Juni 2019 fertiggestellt.

Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lagen wieder in den bewährten Händen von Oberst Dr. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben Angehörigen des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik (Hofrat Dr. Gunther Hauser und Dr. Felix Schneider sowie Dr. Rastislav Báchora, derzeit der Abteilung für Verteidigungspolitik dienstzugeteilt, und Oberst Dr. Otto Naderer, derzeit dem Generalstab dienstzugeteilt) möchte ich Dr. Gerald Hainzl und Dr. Walter Posch (vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie), Oberst Mag. Walter J. Unger (den Leiter des Cyber-Verteidigungszentrums / Cyber Defence Centre) sowie Dr. Johannes Maerk und Mag. Barbara Farkas nennen. Im Namen des Instituts danke ich allen für ihre Mitwirkung.

Wie schon in den letzten Ausgaben haben wir die einzelnen Abschnitte durch Übersichtsskizzen erläutert, für deren Anfertigung wir dem Institut für militärisches Geowesen danken. Diese Skizzen sollen die Orientierung erleichtern – daher sind jeweils jene Staaten, auf die im folgenden Kapitel näher eingegangen wird, farblich hervorgehoben. Ziel ist es daher nicht, beispielsweise alle Mitglieder der EU oder der NATO darzustellen – dazu sind genügend Übersichten leicht verfügbar. Die Darstellung der Gebiete oder Staatsgrenzen zeigt jeweils die realpolitisch aktuell existierenden Gegebenheiten, weil es im Text um diese und nicht um etwaige völkerrechtliche Beurteilungen geht.

Da sich die Landesverteidigungsakademie als wissenschaftliche Institution versteht, ergeben sich auch in dieser Zusammenstellung, wie in jedem wissenschaftlichen Medium, aus der unterschiedlichen Bewertung aus verschiedenen Blickwinkeln differenzierte, manchmal widersprüchliche Ableitungen und Analysen. Wie immer reflektieren weder die Texte noch die Karten oder Graphiken irgendeine amtliche Position; die einzelnen Beiträge erscheinen unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Akademie.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre.

*Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl*  
*Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort.....</b>	<b>1</b>
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>2</b>
 <b>Die Kontinuität US-amerikanischer Hegemonialpolitik.....</b>	 <b>4</b>
Wirtschaftspolitische Kampfmaßnahmen.....	4
Exterritoriale Anwendung nationaler Sanktionen.....	4
Der US-amerikanische Wirtschaftskrieg gegen China.....	5
Nord Stream 2 .....	6
Bewertung.....	6
 <b>Die westliche Welt .....</b>	 <b>11</b>
<b>Donald Trump – der große Katalysator .....</b>	<b>11</b>
Die USA und die Europa-Armee .....	11
USA, die Türkei und die Raketenfrage .....	13
USA contra China .....	14
USA und Iran: Eskalation unvermeidlich? .....	15
Donald Trump - der große Katalysator.....	16
 <b>Europa und die EU .....</b>	 <b>19</b>
Die Wahlen zum Europäischen Parlament.....	19
Schlussfolgerungen: EU-Wahl 2019.....	20
Italiens Regierungsparteien in Opposition.....	21
Moldawien – Machtkampf der Eliten .....	22
Ein Hard Brexit wird möglich.....	23
 <b>Die NATO und die transatlantischen Beziehungen .....</b>	 <b>27</b>
70 Jahre NATO.....	27
Und dennoch: US-Beiträge für die NATO.....	28
SACEUR Scaparotti fordert und warnt.....	28
NATO-Aktivitäten.....	29
Partner.....	30
Zusammenfassung .....	30
 <b>... und ihre Partner und Herausforderer.....</b>	 <b>33</b>
<b>Ukraine nach dem Machtwechsel – eine außen- und sicherheitspolitische Trendwende?.....</b>	<b>33</b>
Entwicklungen in Folge der „Euromaidan-Revolte“ .....	33
Eskalation im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen .....	34
Der Kampf um das Präsidentschaftsamt .....	34
Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen.....	35
Erste außen- und sicherheitspolitische Akzente .....	35
Ausblick .....	36



<b>Der indopazifische Raum .....</b>	<b>39</b>
Fortschreitende Polarisierung von USA & China.....	39
Indien: Parlamentswahl stärkt Modi .....	39
Indonesien: Wahlen bestätigen Jokowi.....	40
Thailand: Militär behält die Macht.....	41
Überregionale Bedrohungslage in S- und SO-Asien: .....	41
Extremismus und Terrorismus .....	41
JeM-Terroranschlag im indischen Kaschmir.....	42
Islamistischer Terroranschlag in Sri Lanka .....	44
Extremismus in Afghanistan und Pakistan.....	44
Extremismus im Golf von Bengalen.....	45
Extremismus in SO-Asien .....	46
5G: Geopolitik durch Standards.....	49
<b>Der Nahe und Mittlere Osten .....</b>	<b>53</b>
Iran: das Ende politischer Optionen? .....	53
Die Amerikanische Sanktionspolitik und ihre Folgen.....	53
Irans Rolle in der Region .....	54
Irak.....	56
Das Rojava Problem.....	57
Die Kurdenfrage.....	59
<b>Sub-Sahara Afrika.....</b>	<b>61</b>
Sudan.....	61
Mali .....	62
Südafrika .....	63
<b>Lateinamerika .....</b>	<b>65</b>
Venezuela – ein Spielball der Geopolitik .....	65
Mexiko .....	65
Brasilien .....	65
China – der weiter steigende Einfluss in der Region.....	65
<b>Cyberpower .....</b>	<b>68</b>
Ideologische Dimensionen von Chinas Cybermacht und Unsicherheit in China.....	70
Wirtschaftliche Entwicklung .....	71
Militärische Fähigkeiten .....	71
China's fortgesetzte Cyber Spionageaktivitäten .....	72
<b>Bildnachweis .....</b>	<b>75</b>
<b>Kartenmaterial.....</b>	<b>76</b>
<b>Autoren.....</b>	<b>77</b>

## Die Kontinuität US-amerikanischer Hegemonialpolitik

Das internationale System ist in den letzten Jahren instabiler geworden. Die unipolare Weltordnung, die sich in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts etabliert hatte, ist in dieser Form nicht aufrechtzuerhalten, da einige Staaten ihre Position im internationalen System zu verändern suchen. Dennoch sind die USA weiterhin die global dominierende Hegemonialmacht. Kein Staat ist derzeit in der Lage, die USA ernsthaft zu gefährden, jedoch wird ihre uneingeschränkte Machtposition von einzelnen Mittel- bzw. Regionalmächten herausgefordert. Die Herausforderer koalieren dabei in differenter Art und innerhalb flexibler Rahmen. Die USA gehen gegen diese Staaten primär mit wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen vor. Gegen schwächere Staaten werden aber auch militärische Maßnahmen - zumeist jedoch unterhalb der Ebene offener Kampfhandlungen - gesetzt. Die USA behalten sich auch weiterhin die Möglichkeit und das „Recht“ vor, andere Staaten auch präemptiv anzugreifen, wenn diese potentiell zu einer Bedrohung für die USA und US-amerikanische Interessen werden könnten. US-amerikanisches Hegemonialverhalten wurde dabei zuletzt auf unterschiedlichen Ebenen und Schauplätzen sichtbar. Herausforderern der US-amerikanischen Dominanz wurde dabei mit verschiedenen Machtmitteln politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art begegnet. So gingen die USA in den letzten Monaten offen und verdeckt gegen China, Russland, den Iran und Venezuela vor.

### Wirtschaftspolitische Kampfmaßnahmen

Beispielhaft lässt sich die aktuelle US-amerikanische Hegemonialstellung anhand wirtschaftspolitischer Kampfmaßnahmen wie dem „Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA)“, darstellen. Der CAATSA ist ein US-Gesetz, das den Iran, Nordkorea und Russland mit Sanktionen belegt. Die besondere Machtstellung der USA zeigt sich dabei jedoch nicht in unmittelbaren bilateralen Sanktionen gegenüber diesen drei Staaten, sondern wie die USA ihre politischen Zielsetzungen über Drittstaaten durchsetzen.

### Exterritoriale Anwendung nationaler Sanktionen

In der konkreten Auseinandersetzung mit dem Iran haben die USA bereits vor über einem Jahr den Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action - JCPOA) bekanntgegeben. Alle früheren US-Sanktionen, die im Januar 2016 im Rahmen dieses Abkommens

aufgehoben worden waren, werden daher stufenweise wieder in Kraft treten.

## One Hundred Fifteenth Congress of the United States of America

AT THE FIRST SESSION

*Begun and held at the City of Washington on Tuesday,  
the third day of January, two thousand and seventeen*

### An Act

To provide congressional review and to counter aggression by the Governments of Iran, the Russian Federation, and North Korea, and for other purposes.

*Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled,*

#### SECTION 1. SHORT TITLE; TABLE OF CONTENTS.

(a) SHORT TITLE.—This Act may be cited as the “Countering America's Adversaries Through Sanctions Act”.

(b) TABLE OF CONTENTS.—The table of contents for this Act is as follows:

Sec. 1. Short title; table of contents.

#### TITLE I—SANCTIONS WITH RESPECT TO IRAN

- Sec. 101. Short title.
- Sec. 102. Definitions.
- Sec. 103. Regional strategy for countering conventional and asymmetric Iranian threats in the Middle East and North Africa.
- Sec. 104. Imposition of additional sanctions in response to Iran's ballistic missile program.
- Sec. 105. Imposition of terrorism-related sanctions with respect to the IRGC.
- Sec. 106. Imposition of additional sanctions with respect to persons responsible for human rights abuses.
- Sec. 107. Enforcement of arms embargos.
- Sec. 108. Review of applicability of sanctions relating to Iran's support for terrorism and its ballistic missile program.
- Sec. 109. Report on coordination of sanctions between the United States and the European Union.
- Sec. 110. Report on United States citizens detained by Iran.
- Sec. 111. Exceptions for national security and humanitarian assistance; rule of construction.
- Sec. 112. Presidential waiver authority.

#### TITLE II—SANCTIONS WITH RESPECT TO THE RUSSIAN FEDERATION AND COMBATING TERRORISM AND ILLICIT FINANCING

- Sec. 201. Short title.
- Subtitle A—Sanctions and Other Measures With Respect to the Russian Federation
- Sec. 211. Findings.
- Sec. 212. Sense of Congress.

#### PART 1—CONGRESSIONAL REVIEW OF SANCTIONS IMPOSED WITH RESPECT TO THE RUSSIAN FEDERATION

- Sec. 215. Short title.
- Sec. 216. Congressional review of certain actions relating to sanctions imposed with respect to the Russian Federation.

#### PART 2—SANCTIONS WITH RESPECT TO THE RUSSIAN FEDERATION

- Sec. 221. Definitions.
- Sec. 222. Codification of sanctions relating to the Russian Federation.
- Sec. 223. Modification of implementation of Executive Order No. 13662.

Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA)

Die Regierung Trump will den Iran durch diese Wirtschaftssanktionen so schwächen, dass er zu einer Neuverhandlung des Atomabkommens bereit ist. Teil dieser Wirtschaftssanktionen ist es, zu verhindern, dass der Iran Dollar und Gold erwirbt. Damit soll dem Iran die Teilnahme am internationalen Handel verwehrt werden. Weitere Sanktionen zielen direkt auf den Handel mit iranischem Öl und auf die internationale Tätigkeit der iranischen Zentralbank. Obwohl zahlreiche andere internationale Akteure gegen die US-amerikanische Iranpolitik sind und die USA selbst keine relevanten Wirtschaftsbeziehungen zum Iran unterhalten, hat die US-Politik die Wirtschaftsentwicklung des Iran bereits massiv geschädigt. Vor allem die EU verfolgt gegenüber dem

Iran eine vollkommen andere Politik. Sie will den JCPOA umsetzen und lehnt daher auch Sanktionen ab. Grundlage für das US-amerikanische Sanktionsregime ist die Tatsache, dass der US-Dollar die globale Leitwährung ist. Rund 90 Prozent aller globalen Devisentransaktionen, aber auch der Großteil des internationalen Rohstoffhandels werden in US-Dollar abgewickelt. Dies ermöglicht es den USA bei der Verhängung von Wirtschaftssanktionen den US-Dollar als „Waffe“ einzusetzen indem (ausländische) Unternehmen bei mangelhaftem Wohlverhalten von US-Dollar-Finanzierungsströmen ausgeschlossen werden. Die zumindest passive Akzeptanz US-amerikanischer (Währungs)Hegemonie durch die meisten internationalen Akteure macht somit den US-Dollar zu einem wirkungsvollen machtpolitischen Instrument der USA. Insbesondere die extraterritoriale Anwendung eigener Sanktionen untermauert dabei die US-amerikanische Hegemonialstellung. Bei den sogenannten Sekundärsanktionen weiten die USA eigene Sanktionen aus, indem auch Unternehmen aus Drittländern mit Sanktionen belegt werden, die mit von den USA sanktionierten Unternehmen oder Staaten in Geschäftsbeziehungen stehen. Die begrenzte europäische Macht und die gleichzeitige Hegemonialstellung der USA zeigen sich beim EU-Versuch, (vor allem europäische) Unternehmen zu unterstützen und weiter mit dem Iran Geschäfte zu machen. Dazu verwendet die EU-Kommission das sogenannte „Blocking Statute“. Diese Verordnung soll Unternehmen vor der extraterritorialen Anwendung von Sanktionen schützen. Konkret verbietet es Unternehmen sogar, die US-Sanktionen zu respektieren und verhindert, dass ausländische Gerichtsurteile anerkannt werden, die diese durchzusetzen versuchen. Überdies haben Großbritannien, Frankreich und Deutschland - die Mitunterzeichner des Atomabkommens - die Handelsplattform Instex (Instrument in Support of Trade Exchanges) gegründet. Dies war notwendig geworden, da der in Belgien ansässige Zahlungsdienstleister Swift nicht mehr mit iranischen Geldhäusern zusammenarbeitet. Doch diese europäischen Bemühungen laufen im Wesentlichen ins Leere, die Gegenmaßnahmen der EU verpuffen wirkungslos. Die Angst vor US-Behörden ist so groß, dass europäische Unternehmen Sanktionen sogar übererfüllen („Overcompliance“). Auch faktisch alle relevanten europäischen Banken haben sich aus dem Irangeschäft vollkommen zurückgezogen. Die

Wirtschaft hat somit ihr Urteil über die Machtpotentiale der USA versus der EU längst gefällt. Verantwortlich dafür ist einerseits die Halbherzigkeit europäischer Politik, die versucht, Schlupflöcher zu konstruieren, nicht jedoch massive Gegenmaßnahmen ergreift, vor allem aber eben die hegemoniale Stellung der USA.

### **Der US-amerikanische Wirtschaftskrieg gegen China**

Auch in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit China nutzen die USA die extraterritoriale Anwendung eigener Sanktionen. Angebliche Verstöße gegen Iran-Sanktionen durch das größte chinesische Telekommunikationsunternehmen Huawei wurden genutzt, um das Unternehmen massiv anzugreifen. So wurde die Finanzchefin und Tochter des Firmengründers von Huawei, Meng Wanzhou, Ende 2018 auf Drängen der USA in Kanada verhaftet. Die USA verdächtigen Huawei seit 2016, in den USA gefertigte Produkte in den Iran und andere von US-Sanktionen belegte Staaten exportiert zu haben. Überdies erklärte im Mai 2019 US-Präsident Trump in Bezug auf Telekommunikation den „Nationalen Notstand“. Dadurch ist es der US-Regierung möglich, Geschäfte zwischen US-Unternehmen und Unternehmen aus „gegnerischen“ Staaten zu verbieten. Primäres Ziel dieser Maßnahme ist, Huawei zu schädigen. Die USA haben in diesem Zusammenhang auch Partnerstaaten aufgefordert, Huawei von strategischen Telekommunikationsprojekten auszuschließen. Begründet wird diese Forderung mit unbewiesenen militärischen und kommerziellen Spionagevorwürfen. Huawei muss in Folge um seine Position als größter globaler Netzwerkausrüster bangen. Insbesondere die Mitwirkung am Netzaufbau für den 5G-Mobilfunkstandard ist gefährdet. Großbritannien, Australien und Neuseeland haben Huawei bereits von ihren diesbezüglichen nationalen Projekten ausgeschlossen.

Das Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen den USA und China ist jedoch der bilaterale Handel. Die USA haben schrittweise einen Handelskrieg gegen China begonnen, dessen Ziel es offensichtlich ist, den Aufstieg Chinas als potenziellen Rivalen zu beenden. Inzwischen erheben die USA Strafzölle von bis zu 25% auf verschiedene Produkte im Handelswert von über 250 Mrd. US-\$. China antwortete mit Vergeltungsmaßnahmen und erhebt inzwischen

Strafzölle im Wert von über 100 Mrd.US-\$. China hat übersehen oder ignoriert, dass die Globalisierung breiten Bevölkerungsschichten in den USA geschadet hat. Diese Bevölkerungsschichten sind der Kern der Trump-Anhänger. Für Präsident Trump und seine Anhänger ist China für den Abstieg der USA verantwortlich. Trumps Credo, keine US-Interessen zum Vorteil des globalen Handels aufzugeben, führte daher gemeinsam mit der Zielsetzung, die US-amerikanische Hegemonialstellung aufrechtzuerhalten, zu einer direkten und massiven Konfrontation mit China.

### Nord Stream 2

Ob die US-amerikanische Hegemonialstellung allmächtig ist, wird sich aber in den nächsten Monaten an Nord Stream 2 zeigen. US-Vertreter haben den an der Pipeline von Russland nach Deutschland beteiligten europäischen Unternehmen mehrfach mit Sanktionen gedroht. Die USA behaupten, dass sich Europa mit dem Projekt zu abhängig von russischem Gas machen würde.



Verlauf Nord Stream 2

Faktum ist hingegen, dass die europäische Energiesicherheit gerade durch North Stream 2 abgesichert wird. Die bisherigen Leitungen durch die Ukraine sind mangels entsprechender Instandsetzung extrem störungsanfällig und von der politischen Willkür der ukrainischen Führung abhängig. Nur beispielhaft „verschwanden“ im Zuge des Transits durch die Ukraine in den Jahren 2006 bis 2009 zeitweise bis zu 30 Prozent des für West- und Zentraleuropa bestimmten Gases. Die behauptete Abhängigkeit Europas von Russland wäre aber nur dann gegeben, wenn es keine alternativen Transportrouten gäbe. Dem ist aber nicht so, da in etlichen europäischen Häfen Terminals für Flüssiggas-Tanker existieren. Sollte Russland zukünftig

nicht oder zu inadäquaten Bedingungen liefern, könnte jederzeit eine alternative Gasversorgung über diese Terminals sichergestellt werden.

Der Hintergrund der angedrohten US-Sanktionen ist daher ein ganz anderer. Es geht um Machtfragen und die Sicherung US-amerikanischer Interessen. Die USA wollen einerseits ihren Gegner und Herausforderer Russland schädigen, andererseits versuchen die USA ihre nationalen Flüssiggasproduzenten zu unterstützen indem sie die Europäer zum Kauf von US-amerikanischen Flüssiggas (liquefied natural gas – LNG) zwingen wollen. Bezeichnend ist, dass im CAATSA-Gesetz unverblümt festgehalten wird „that the United States Government should prioritize the export of United States energy resources in order to create American jobs“. Die Schaffung von US-Arbeitsplätzen ist somit eine Grundlage für US-Sanktionen gegen ein Konkurrenzprojekt am europäischen Gasmarkt. Da LNG tendenziell teurer als Pipelinegas ist, versuchen die USA über ihre Hegemonialstellung den Markt in ihrem Sinne zu verändern. Die USA versuchen dazu Nord Stream 2 durch Sanktionen vom Gasmarkt zu verdrängen. US-amerikanische LNG-Produzenten haben konsequenterweise bereits angekündigt, bis 2025 zum mit Abstand größten LNG-Lieferanten Europas aufsteigen zu wollen. Dafür ist natürlich entscheidend, dass einerseits Kapazitäten für die Verschiffung von LNG aufgebaut werden und andererseits Mangel an Pipelinegas besteht.

### Bewertung

US-Präsident Trump wird vielfach unterstellt, eine völlig neue US-Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben und dabei die internationale Stabilität und den internationalen Frieden durch unilaterale Alleingänge zu gefährden. Faktum ist, dass die USA unter Trump bereit sind, ihre nationalen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen auch allein und ohne ihre traditionellen Partner durchzusetzen. Trump scheut auch nicht davor zurück, US-amerikanische Partner mit seiner Rhetorik zu verstören. In den letzten Jahrzehnten haben es die USA hingegen vermieden, ihre Macht unilateral auszuüben. Zur Erhöhung der internationalen Akzeptanz wurden nicht nur bewaffnete Auseinandersetzungen, sondern auch politische und wirtschaftliche Machtdemonstrationen unter Beteiligung möglichst vieler (Bündnis)Partner durchgeführt. Dies

hat zumindest den Anschein hegemonialer Machtpolitik reduziert. Was sind jedoch wirklich die Unterschiede der aktuellen US-(Hegemonial)Politik zu der vergangener Jahre?

Die USA verfolgten seit den 1990er Jahren – ungeachtet ob ein demokratischer oder republikanischer Präsident regierte – eine „Grand Strategy“, US-amerikanische Werte wie die Herrschaft des Rechts, das Modell liberaler Demokratie und der freien Marktwirtschaft global zu exportieren. Der Großteil des US-amerikanischen Establishments glaubt, dass die Schaffung einer globalen liberalen Werteordnung ein wesentliches US-amerikanisches Interesse ist. Autoritäre, undemokratische Regime werden seitens des demokratischen und republikanischen Establishments als Hauptursachen für Konflikte und Gewalt angesehen. Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit würden daher Frieden sicherstellen. Liberale Institutionisten drängten dabei auf die Förderung internationaler Institutionen und eine immer engere globale Integration. Neokonservative verfolgen zwar ein ähnliches Ziel, wollen die liberale Agenda aber durch eigene Macht und die Macht gleichgesinnter Partner durchsetzen. Liberale Institutionisten und Neokonservative einigt der Glaube an die Segnungen der Globalisierung einer damit einhergehenden globalen Ordnung.

Die Strategie der liberalen Hegemonie ist für Trump jedoch gescheitert. Moralische Ambitionen, die noch dazu mit Waffengewalt durchgesetzt werden, schaffen aus seiner Sicht primär Gegner und Kosten. Gleichzeitig wurde durch diese US-Außen- und Sicherheitspolitik der Aufstieg Chinas zum internationalen Rivalen, die Nuklearisierung sicherheitspolitischer Gegner und die Destabilisierung zahlreicher Staaten nicht verhindert. So wie in anderen Industriestaaten hat sich auch in den USA ein neuer Patriotismus – negativ punziert vielfach auch populistischer Nationalismus genannt – gebildet. Grund dafür sind primär negative wirtschaftliche Auswirkungen der Globalisierung für Teile der Bevölkerung, aber auch die Involvierung der USA in zahlreiche bewaffnete Konflikte. Trump und seine Anhänger haben US-amerikanische Interessen daher enger definiert – „America first“. Die primäre Aufgabe der eigenen Regierung wird dabei darin gesehen, die physische Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen des amerikanischen Volkes

sicherzustellen. Daher ist im Gegensatz zu seinen Vorgängern Präsident Trump grundsätzlich kein Interventionist. Idealistische Zielsetzungen zur Rettung der Welt oder Verbreitung von Demokratie und westlichem Lebensstil sind ihm prinzipiell fremd. Trumps Priorität sind die nationalen Interessen der USA. Dennoch agiert auch er weniger isolationistisch als vielfach befürchtet oder erhofft. Wie seine Vorgänger ist auch der jetzige US-Präsident bereit, die US-amerikanischen Machtmittel einzusetzen. Trump präferiert dabei jedoch wirtschaftliche Machtmittel gegenüber militärischen. Überdies zieht er es vor, militärische Machtmittel als Drohung einzusetzen. Den realen Kampfeinsatz scheut er, ist aber auch dazu schlussendlich bereit.

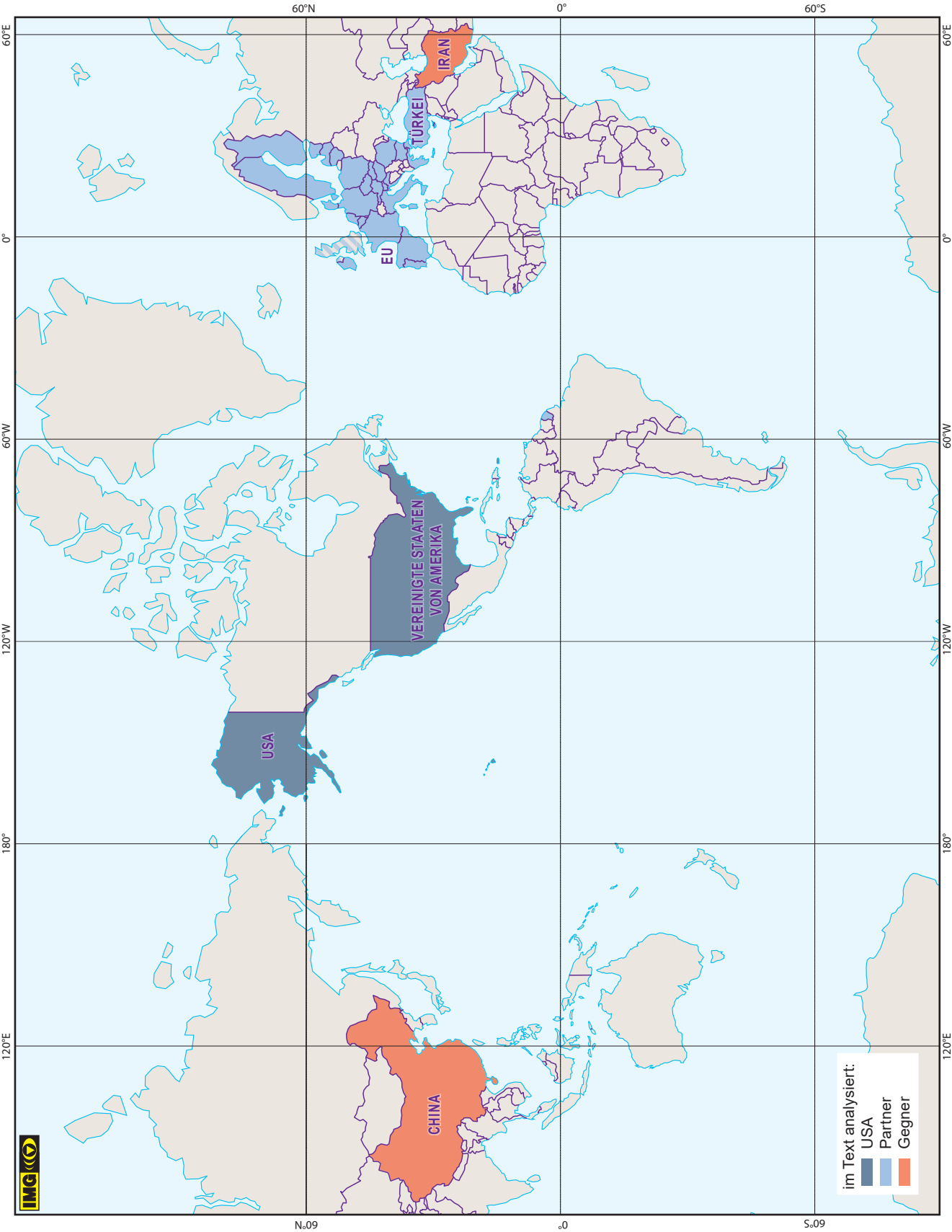
Die hinter der liberalen Hegemonie stehende (sicherheits)politische Zielsetzung war in den vergangenen Jahrzehnten ein stabiles internationales System mit den Vereinigten Staaten im Zentrum. An dieser Zielsetzung hat sich jedoch auch im begrenzten Isolationismus Trumps nichts verändert. Eben diese zentrale Rolle der USA ist daher das wesentliche Kontinuum in der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn aber die Zielsetzung US-amerikanischer Hegemonie als primäres Ziel verstanden wird, ist die globale liberale Werteordnung als politisches Instrument zu verstehen. Auch der vielgepriesene Multilateralismus war in den vergangenen Jahren primär instrumentell zu betrachten und diente der Realisierung US-amerikanischer Interessen. US-amerikanische Sicherheitspolitik orientiert sich prinzipiell (auch in vergangenen Jahrzehnten) faktisch ausschließlich an eigenen nationalen Interessen. Eine besondere Verpflichtung des permanenten UN-Sicherheitsratsmitgliedes, das Völkerrecht unabhängig von eigenen nationalen Interessen durchzusetzen, kann nicht ernsthaft erkannt werden. Vielmehr dienen UN-Sicherheitsratssitz und Völkerrecht als Instrumente zur Realisierung nationaler Interessen. Wenn das Völkerrecht den eigenen Interessen diene, wurde es genutzt und akzeptiert, wenn es im Weg stand, wurde es ignoriert oder abgeändert. US-amerikanisches Verständnis des Völkerrecht beruht traditionell auf einem Rechtsrealismus, der Recht als Mittel zur Machtausübung sieht. Dies beruht natürlich auf dem zentralen Faktum der globalen US-amerikanischen strategischen Überlegenheit.



Trumps Außenpolitik ist somit zwar im Stil, nicht aber im Inhalt eine Abkehr vom außenpolitischen Konsens der Eliten. „America First“ steht nur für einen Stilwechsel, während die US-Politik bezüglich ihren Herausforderern substantiell die gleiche geblieben ist. Die internationale Wahrnehmung der USA als globale Führungsnation hat sich durch den speziellen Politikstil von Trump zwar verändert. Inhaltlich sind der US-Präsident und das politische Establishment beider Parteien jedoch nur sehr begrenzt zu unterscheiden. Real setzt Donald Trump die aggressive Außenpolitik seiner Vorgänger fort, verdeckt diese jedoch nicht mehr in dem Ausmaß, wie dies vor allem demokratische US-Präsidenten zu tun pflegten. Der Grund veränderter Rhetorik und Stil hat zumindest zweierlei Ursachen: Einerseits sind aggressive Drohungen Teil von Trumps Verhandlungsstrategie mit internationalen Partnern und Gegnern. Andererseits dient sein Verhalten der Befriedigung und Bindung seiner Wähler. Die Zielsetzung der Aufrechterhaltung US-amerikanischer Hegemonie ist dabei jedoch prinzipiell unverändert.

**Herwig Jedlaucnik**





Vereinigte Staaten von Amerika

## Die westliche Welt ...

### Donald Trump – der große Katalysator

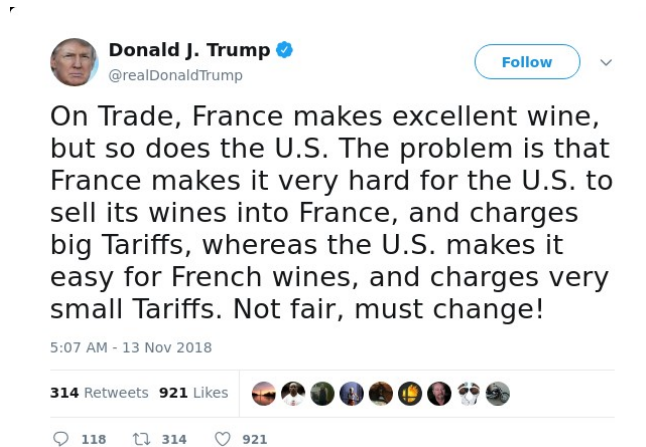
#### Die USA und die Europa-Armee

Ein gutes Beispiel für die momentane (gegenseitige) Entfremdung der USA von Europa ist das Thema Europa-Armee. Wir erinnern uns: Anlässlich der Feiern zum 100. Jahrestag des Weltkriegsendes in Paris, an der 70 Staats- und Regierungschefs aus aller Welt teilnahmen, darunter auch Donald Trump, hatte der französische Premier Macron ganz offen vor den Gefahren eines neu erwachenden Nationalismus gewarnt: „Die alten Dämonen steigen wieder auf – bereit, ihr Werk von Chaos und Tod zu beenden. [...]“ und weiter: „Patriotismus ist genau das Gegenteil von Nationalismus!“, letzteres wohl auch mit einem Seitenhieb auf Trump – freilich ohne den US-Präsidenten selbst zu nennen. Trump selbst hatte sich noch im letzten Wahlkampf für die Kongresswahlen als „Nationalist“ bezeichnet. Kurz zuvor hatte der französische Präsident in einem Radiointerview, das er für den Rundfunksender „Europe 1“ gab, die Gründung einer europäischen Armee gefordert. Macron meinte, ohne eine „wahre europäische Armee“ könne man Europa nicht verteidigen. In diesem Zusammenhang sprach er ganz offen von einer möglichen Bedrohung durch die Russische Föderation und den Umstand, dass Europa sich „nicht allein auf die USA verlassen“ sollten. Europa müsse in die Lage versetzt werden, sich aus eigener Kraft zu verteidigen „mit Blick auf China, auf Russland und sogar die Vereinigten Staaten“, ohne weiter zu präzisieren. Trump konterte noch am Tag seiner Ankunft in Frankreich via Twitter, er empfinde die Aussagen Macrons als „sehr beleidigend“ und fügte hinzu „aber vielleicht sollte Europa erst einmal seinen fairen Anteil an den Kosten der NATO bezahlen, welche die USA in hohem Maße subventionieren!“

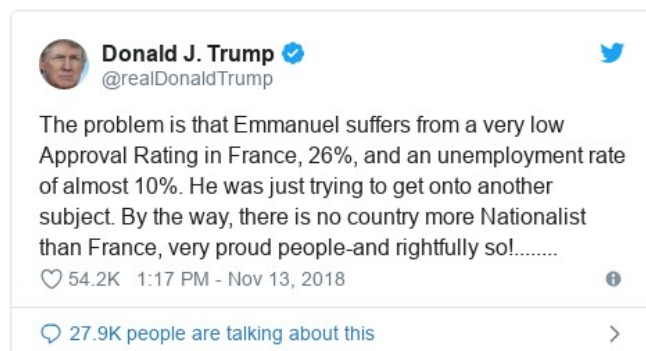


In einer weiteren Reaktion auf Macrons Anspielungen und seine Pläne einer gesamteuropäischen Armee wies der US-Präsident – inzwischen wieder in die USA zurückgekehrt – darauf hin, dass schließlich Deutschland Frankreichs Gegner in beiden Weltkriegen gewesen sei und was denn das für Frankreich letztlich historisch

bedeutet habe. Die Franzosen „hätten bereits begonnen, Deutsch zu lernen, bevor die USA sie dann befreit hätten!“ (Was das Erlernen der Sprache betrifft, ist seine Aussage tatsächlich nur für den Zweiten Weltkrieg – und hier mit Einschränkungen – zutreffend.) Doch damit nicht genug. Donald Trump überzog den französischen Präsidenten in der Folge mit einem wahren Trommelfeuer weiterer hämischer Tweets. Dabei schien es schon bald längst nicht mehr nur um Macrons Aussagen bezüglich einer zukünftigen Europa-Armee zu gehen: Trumps schoss sich in einer Art Rundumschlag auf die Person des französischen Präsidenten bzw. dessen Politik ein – angefangen mit der seiner Ansicht nach ungleichen Besteuerung von Wein, wobei er die USA abermals in der Rolle des Opfers verortete, wie schon unzählige Male zuvor.



Letztlich kam er dann doch wieder auf die Person des französischen Präsidenten zu sprechen: Wohl als „Retourkutsche“ für Macrons Anspielungen in Punkto Nationalismus gedacht, lästerte Trump über die vermeintliche Unpopularität Macrons im eigenen Land, über die französischen Arbeitslosenzahlen und schloss schließlich mit dem Hinweis, es gäbe keine nationalistischeres Land, als Frankreich...



Sein letzter Hinweis diente dann wohl als Aufforderung an Macron – oder war es das französische Volk? Niemand wird es je erfahren... Der Elysee-Palast blieb indes ruhig und ließ verkünden, nicht auf die Tweets reagieren zu wollen. Präsident Macron mahnte indes in einem Interview mit dem Sender TF1 die gemeinsame

Geschichte der beiden Nationen an und sagte: „Zu jedem Zeitpunkt unserer Geschichte waren wir Verbündete und zwischen Verbündeten herrscht Respekt“ und setzte fort: „Aber ein Verbündeter zu sein, heißt nicht, ein Vasallen-Staat zu sein.“



Zurück zur Europa-Armee. Nun mag man sagen, die Idee einer gesamteuropäischen Verteidigung sei nicht neu und zahlreiche Ansätze zu einer solchen seien über eher bescheidene erste Gehversuche nicht wirklich hinausgekommen. Das stimmt natürlich. Nach ersten Ansätzen in den 1950ern hatte nach dem Fall der Mauer der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl (1991) eine solche gefordert, es folgten in regelmäßigen Abständen der französische Premier Alain Juppé (1996), der damalige deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble (2005) und nicht zuletzt die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und dem damaligen deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Jahre 2015. Und doch ist diesmal etwas anders. Neben Macron forderte nämlich wenige Tage später auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem EU-Parlament die Bildung einer Europa-Armee. „Wir sollten an der Vision arbeiten, eines Tages auch eine echte europäische Armee zu schaffen“, sagte Merkel in Straßburg. Und weiter: „Die Zeiten, in denen wir uns vorbehaltlos auf andere verlassen konnten, die sind eben vorbei. Das heißt, dass wir Europäer unser Schicksal stärker in die Hand nehmen sollen, wenn wir überleben wollen als europäische Gemeinschaft“. Starker Tobak für alle Atlantiker. Minutenlange Buhrufe im Parlament auf der einen, Applaus auf der anderen Seite. Merkel ließ sich jedoch nicht beirren: „Das ist keine Armee gegen die Nato. Ich bitte Sie“, fuhr die deutsche Kanzlerin fort. „Das kann eine gute Ergänzung zur Nato sein. Kein Mensch möchte klassische Verbindungen infrage stellen.“ Merkel musste an dieser Stelle beruhigen. Militärhistorisch betrachtet scheiden sich jedoch hier die Geister. Die NATO war 1949 in erster Linie aus dem Grund ins Leben gerufen worden, um (West)Europa vor der Aggression Josef Stalins zu schützen. Nun war 1991 der Kalte Krieg vorbei und der Warschauer Pakt aufgelöst. Die NATO hatte den Kalten Krieg gewonnen und musste sich erst neu definieren. Ihr Angebot als (einzige) funktionierende Sicherheitsgemeinschaft an viele ehemals dem Warschauer Vertrag angehört habende Staaten Ostmittel- und Osteuropas wurde in der Folge von diesen massiv wahrgenommen. Gerade was den

sicherheitspolitischen Einfluss in dieser Region, aber auch was die damit verbundenen Rüstungsgeschäfte betraf, profitierten damals wie heute die Vereinigten Staaten enorm. Hier geht es natürlich auch um viel Geld. Sieben der zehn größten Rüstungskonzerne der Welt sind US-amerikanischer Provenienz. Die Frage, die sich an dieser Stelle für gewöhnlich stellt, ist eine einfache: Falls die Schaffung einer schlagkräftigen Europa-Armee einmal Wirklichkeit werden sollte, was wird dann aus der NATO? Ist dieses Konstrukt (für Europa) dann nicht eigentlich obsolet? Und: Was bedeutet das für die transatlantischen Komponente? Was für den atomaren Schirm über Europa? Fragen über Fragen. Man kann es aber auch so betrachten: Wäre eine gut strukturierte Europäische Armee nicht auf der anderen Seite auch ein ungemeiner Gewinn für die NATO-Verteidigung? Müsste eine Europa-Armee – falls dieses Projekt tatsächlich seriös betrieben werden sollte – nicht eigentlich im Sinne Washingtons sein? Ein solches Projekt würde auf jeden Fall höhere Rüstungsanstrengungen von allen europäischen Unterzeichnerstaaten erfordern. Werden wir womöglich in nicht allzu ferner Zukunft der 2%igen BIP-NATO-Rüstungsvorgabe, die Trump et al seit Jahren vehement einfordern, nachweinen? Das alles ist natürlich Zukunftsmusik, zu der noch nicht einmal eine Partitur gibt. Dennoch: Europäische Mühlen mahlen langsam, aber sie mahlen. Die kommende Europa-Armee entwickelt sich – allen Unkenrufen zum Trotz – in kleinen, aber stetigen Schritten. Eine künftige EU-Armee kann bislang nur in der Form einer militärischen Kooperation gesehen werden, einen „EU-Staat“ als solchen gibt es ja nicht. Im Vertrag von Lissabon (2009) waren erstmals rechtliche Grundsteine für eine solche militärische Kooperation gelegt worden: In Artikel 42 wurden die Parameter für einen zukünftigen Bündnisfall festgelegt, in Artikel 46 wiederum jene für die militärische Zusammenarbeit. Seit 2007 verfügt die EU ja theoretisch bereits über die Möglichkeit des Einsatzes von Krisenreaktionsstreitkräften. Diese „Battlegroups“ wurden bisher jedoch noch nie eingesetzt, was wohl auch mit den damit verbundenen Finanzmodalitäten zusammenhängt – etwaige Truppensteller müssten sich im Einsatzfall praktisch selbst finanzieren. Bereits seit Anfang 2018 ist die Permanent Structured Cooperation (PESCO) neue Verteidigungs-Leitlinie der Staaten der Europäischen Union (mit Ausnahme Dänemarks und Maltas). PESCO ist der erste wichtige Schritt in Richtung EU-Armee, vorerst noch in einzelne Projekte strukturiert, die gemeinsam ein großes Spektrum künftiger Verteidigungsaufgaben der EU abdecken sollen. Man sagt, die Stärke der EU liege auch – oder gerade – in ihrer Vielfalt. Bei militärischen Fragen jedoch ist diese Vielfalt hinderlich und der zukünftigen Schlagkraft einer gesamteuropäischen Armee sicherlich abträglich: Europaweit stehen allein an Kampfflugzeug-



Typen nahezu zwei Dutzend verschiedene Modelle im Einsatz, bei Kampfpanzern sind es 17. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen. Ein bereits 2013 veröffentlichter Bericht des Europäischen Parlaments schätzte die jährlichen Kosten der hoffnungslosen Zersplitterung der EU-Verteidigungsanstrengungen auf ein Volumen von bis zu 136 Milliarden Euro. Das soll sich ändern. CARD (Coordinated Annual Review of Defence) ist hier der Lösungsvorschlag. Mit CARD soll eine möglichst große Vereinheitlichung der im Dienst befindlichen Waffensysteme erreicht werden. Damit könnten europaweit jährlich Milliarden eingespart werden, ohne an Kampfkraft zu verlieren. Aber es ist nicht das Geld alleine, das gerade jüngsten Überlegungen wieder mehr politisches Leben einhaucht. Die momentane politische Situation in Washington ließ viele überzeugte Atlantiker gerade in Europa nachdenklich werden. Ist wirklich alles nur an der Person eines irrationalen Präsidenten festzumachen? Ist alles, was Europa tun müsste (und sollte), zu warten, bis der Spuk vorüber ist? Gerade hat Trump seine Wiederkandidatur bekannt gegeben. Das könnte bedeuten: Donald Trump bleibt bis 2024 US-Präsident. Die Chance, dass sich seine Politik gegenüber seinen Nachbarn, seinen Verbündeten, gegenüber der Welt ändert, ist eine zu vernachlässigende Größe. Ist europäisches Zuwarten die richtige Entscheidung? Was wird bis dahin noch alles geschehen sein? Und – um es mit Egon Bahr zu sagen – wäre mir der Bildung einer eigenen europäischen Armee nicht auch die Chance gegeben, sich gegenüber dem jetzigen Status Europas als „sicherheitspolitischem Protektorat Amerikas“ zumindest etwas zu emanzipieren? Der neue EU-Verteidigungsfond, PESCO sowie CARD sind die drei wichtigsten Säulen einer zukünftigen Verteidigung der Staaten der Europäischen Union. Mit einem Gesamthaushalt der Verteidigungsausgaben von über 200 Milliarden US\$ handelt es sich bei den Staaten der EU – als Einheit betrachtet – um einen „Big Player“ im Rüstungsgeschäft. Die Zukunft wird zeigen, wie schnell sich die Visionen Macrons oder Merkels werden verwirklichen lassen.

### **USA, die Türkei und die Raketenfrage**

Es kracht im Gebäck der NATO. Der (nach Truppenstärke) größte und der zweitgrößte NATO-Staat sind am vorläufigen Tiefpunkt ihrer traditionell guten, aber nicht immer friktionsfreien Beziehung angekommen. Am 13. Juni wurde offiziell verlautbart, dass die Türkei nun den seit langem stark umstrittenen Rüstungsdeal mit Putins Russischer Föderation verifiziert habe. Stein des Anstoßes: Das russische S-400 Raketenabwehrsystem. Am Abend des 12. Juni hatte Recep Tayyip Erdogan im Rahmen einer Veranstaltung

seiner Partei AKP in Istanbul bereits von der Fixierung des Deals gesprochen und dazu angemerkt: *„Ich sage nicht, dass die Türkei das S-400 System kaufen will, sondern wir haben es bereits gekauft.“* Damit waren die Würfel gefallen. Seit Jahren hatte das Gerangel rund um die Beschaffungspläne der türkischen Regierung bezüglich eines neuen Raketenabwehrsystems angedauert. Grund für die US-amerikanische Ablehnung der Beschaffung des S-400-Systems ist das brandneue US-Stealth-Kampflugzeug F-35, das auch an die Türkei ausgeliefert werden soll. US-Kritiker wiesen in der Vergangenheit wiederholt darauf hin, dass im Falle der parallelen Stationierung beider Systeme die Software der von der Türkei bestellten russischen S-400-Abwehrraketen möglicherweise in einer Weise mit der Software der F-35 vernetzt werden würde, die die Russen letztlich in die Lage versetzen könnte, militärische Geheimnisse des US-Superfliegers auszuspionieren. Auch in Syrien waren die USA und die Türkei schon vor geraumer Zeit aneinandergeraten. Die USA unterstützen im Rahmen des seit Jahren tobenden syrischen Bürgerkrieges die Autonomiebestrebungen der Kurden und lieferten in der jüngeren Vergangenheit diesen nicht nur Waffen, sondern setzten auch eigene Truppen und Ausbilder vor Ort ein. Das momentane türkische Regime wiederum unterdrückt nicht nur kurdische Minderheit im eigenen Land, sondern hat sich auch im vom Bürgerkrieg zerrissenen Nordsyrien militärisch engagiert. Ihre Ziele sind auch hier die Verhinderung eines kurdischen Staates und damit primär die Bekämpfung der bewaffneten Kurdenverbände, die von den USA aber protegiert werden. Noch dazu hat die neue türkisch-russische Zusammenarbeit in Syrien zu einer völlig verdrehten Konstellation geführt, die zwei alte NATO-Partner letztlich in zwei verschiedenen Lagern positioniert sieht. Schuld an der Misere ist aber letztlich Erdogan selbst, der diese Situation absichtlich und ohne Rücksicht auf die politischen Konsequenzen herbeigeführt hat. Die Frage ist, ob man die Türkei bei weiterem mutwilligen Ausscheren aus der NATO-Solidarität als letzte Konsequenz zwingen könnte, die NATO zu verlassen. Die NATO-Statuten selbst sehen einen solchen Fall nicht vor. Nach derzeitigem Stand müsste es die Türkei sein, die einen Austrittsantrag stellt. Doch Erdogan wäre dumm, wenn er das täte. Mit dem Kauf des Systems hat Erdogan zwar sein Gesicht wahren können, muss aber mit schwerwiegenden Reaktionen Washingtons rechnen. Eine Sprecherin des Pentagon sprach bereits Anfang Juni von *„sehr realen und sehr schweren Konsequenzen“* für den Fall des Kaufs. Das US-Verteidigungsministerium hatte noch Anfang Juni dem türkischen Partner eine Frist bis Ende Juli dieses Jahres gesetzt, auf den Deal mit Putin zu verzichten. Patrick Shannahan, seines Zeichens geschäftsführender US-Verteidigungsminister, hatte sich noch am 7. Juni in einem Schreiben an seinen türkischen Kollegen Hulusi

Akar gewandt, in dem er eine Lösung des Problems dringend anmahnte aber auch klar machte, dass sich die USA im Falle des Festhaltens Ankaras an dem Raketendeal die Option offen hielten, die Türkei dauerhaft aus dem gesamten Kampfflugzeugprogramm zu streichen. Dies würde auch die in Ausbildung in den USA weilenden türkischen Piloten betreffen.



Stein des Anstoßes: Das russische Raketenabwehrsystem S-400

Bereits im vorigen Jahr waren in der Causa des von der Türkei inhaftierten US-amerikanischen Priesters Andrew Brunson die diplomatischen Wogen hochgegangen. Brunson kam schließlich auf starken Druck Washingtons im Oktober 2018 frei – nachdem er bereits zwei Jahre in türkischer Untersuchungshaft gesessen war. Andrew Brunson war von einem türkischen Gericht in Izmir wegen angeblicher „Unterstützung einer Terrororganisation“ ursprünglich zu drei Jahren und einem Monat Haft verurteilt worden. Ungewöhnlich die Stärke des Drucks, die seitens Washingtons notwendig war, den NATO-Alliierten zum Einlenken zu bewegen: Erst nach Verhängung empfindlicher Strafzölle auf türkische Stahl- und Aluminiumprodukte und dem mit den Sanktionen verbundenen (weiteren) Absturz der Lira um 40% hatte Ankara schließlich nachgegeben. Eigentlich nicht wirklich eine übliche Art des Umgangs in einer Verteidigungsgemeinschaft oder strategischen Partnerschaft.

Die Wurzeln der Causa Brunson liegen indes viel tiefer. Die USA weigern sich seit Jahren beharrlich, den seit den 1990er-Jahren in den Vereinigten Staaten lebenden Ex-Gefolgsmann Erdogans, den Prediger Fethulla Gülen, an die Türkei auszuliefern. Gülen wird vom amtierenden türkischen Präsidenten bekanntlich beschuldigt, Drahtzieher des Putschversuches von 2016 zu sein.



Lockheed Martin F-35A Lightning II

### **USA contra China**

Seit Anfang 2018 ist eine kontinuierliche Verschärfung des Handelsstreits zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Erde, USA und China, zu beobachten. Es war letztlich Donald Trump gewesen, der den Stein damals ins Rollen gebracht hatte – ein Stein, der jetzt bereits über ein hohes Maß an Eigendynamik verfügt. Trumps Verhängung von Strafzöllen (US-Diktion: Schutzzöllen) auf unzählige Produkte Chinas hat dabei längst nicht mehr nur negative Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen, sondern wirkt sich bereits deutlich auf zukünftige globale Wirtschaftsprognosen aus. Es war letztlich Teil seiner Wahlversprechen im Vorfeld der US-Präsidentenwahlen von 2016 gewesen, entscheidende Teile der US-Metallindustrie, vor allem jene des sog. „Rust-Belts“, wiederbeleben zu wollen. Die billige Stahl- und Aluminiumindustrie Chinas war und ist ihm dabei natürlich ein Dorn im Auge. Als Grund seines Handelns wird von ihm dabei auch immer wieder postuliert, der Aluminium- und Stahlsektor der USA sei eine Sache „Nationaler Sicherheit“, denn eben diese Industriezweige seien zentral für die US-Rüstung und damit die Verteidigung des Landes. Es müsse gewährleistet sein, dass die USA über eben eine solche verfügten und im Fall der eigenen Verteidigung nicht auf dem Import aus den Beständen des größten Handelskonkurrenten angewiesen zu sein. Das Argument mag zwar zum Teil zutreffen, doch in Wirklichkeit geht es hier um guten alten Protektionismus, den wir schon seit Jahrhunderten aus der Welt der Wirtschaft kennen. Im Falle USA-China kommt natürlich noch die äußerst unausgeglichene Handelsbilanz zwischen den beiden Staaten hinzu, eine Handelsbilanz, die gerade in den letzten Jahrzehnten astronomische Werte zuungunsten der Vereinigten Staaten erreicht hat.

Der Zorn, den die USA bewegt, geht aber noch in eine ganz andere Richtung und damit ist sie nicht allein. Ein Zorn, der letztlich von allen hochentwickelten Exportnationen geteilt wird: Die Rede ist vom Diebstahl geistigen Eigentums, dessen chinesische Konzerne permanent beschuldigt und auch immer öfter rechtlich überführt werden. Allein den europäischen Konzernen entgeht laut vorliegenden Studien durch Wirtschaftsspionage, Fakes und geistigen Diebstahl jährlich angeblich ein Umsatz in dreistelliger Milliardenhöhe. Die US-Daten sind genauso erschreckend: Bereits Anfang 2017 – kurz nach der Wahl Trumps in sein Amt – kam ein interner Kommissionsbericht der US-Administration zu dem Ergebnis, dass der Verlust, dem sich die US-Wirtschaft aufgrund von Fälschungen, Raubkopien, Softwarediebstahl und sonstigem Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen gegenübersehe, auf unglaubliche 225-600 Milliarden US\$ jährlich belaufe (Patentrechtsverletzungen nicht inklusive). Das entsprach 2017 etwa 1-3% der gesamten US-Wirtschaftsleistung! Die im März 2018 offiziell in den USA abgeschlossene sog. „301er-Untersuchung“ (gestützt auf Absatz 301 eines US-Handelsgesetzes von 1974) hatte schließlich einen „*unfairen und diskriminierenden Umgang*“ Chinas mit Technologien und geistigem Eigentum der USA festgestellt. In diesem Fall können die US-Behörden reagieren. Trump reagierte jedoch nicht nur, er provozierte auch. In der Spirale von Zöllen und Gegenzöllen, in der die beiden Wirtschaftsriesen momentan stecken, lässt sich Donald Trump indes immer ein Hintertürchen offen. Alles könne man schließlich neu verhandeln, so Donald Trump gebetsmühlenartig. Der kommende G-20 - Gipfel in Japan, in dem die beiden Staatsoberhäupter Donald Trump und Xi Jinping persönlich aufeinandertreffen werden, wird nicht nur in den USA und China mit Spannung erwartet. Es geht um viel. Donald Trump hat erst vor wenigen Tagen seine Wiederkandidatur für 2020 bekannt gegeben. Er steht seinen jetzigen Wählern und künftigen Wahlkampfsprüchen im Wort.

### **USA und Iran: Eskalation unvermeidlich?**

In den ersten Monaten des Jahres 2019 kann nach dem Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Atom-Deal mit dem Iran leider von keiner Beruhigung der Lage im Mittleren Osten gesprochen werden. Am 16. Jänner 2016 waren ja aufgrund der vertraglichen Vereinbarung „Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), auch als „Wiener Vereinbarung“ vom 14. Juli 2015 bekannt, die nuklearbezogenen Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen den Iran aufgehoben worden. Die verbleibenden Sanktionen sollen dann in einer 2.

Phase, spätestens im Oktober 2023, aufgehoben werden. So war der Plan der Unterzeichnerstaaten in Wien. So wurde es vom UN-Sicherheitsrat in der Resolution 2231 (2015) bestätigt. Nach der Wahl Donald Trumps änderten sich die Umstände dann sehr schnell. Trump, der nicht müde wird, zu postulieren, es habe sich in Wien um einen „Bad Deal“ gehandelt, konnte auch nicht von den anderen europäischen Signatarstaaten davon abgehalten werden konnte, den Vertrag einseitig aufzukündigen. Seitdem lässt er in der Golfregion nicht nur durch eine sofort wiederaufgenommene und noch verschärfte Sanktionspolitik die wirtschaftlichen und militärischen Muskeln spielen - und bringt dadurch auch seine eigenen Verbündeten, die an dem Vertrag festhalten und keine Verfehlungen des Iran erkennen können, unter starken (wirtschaftlichen) Druck. Die jüngsten militärischen Ereignisse in der Region geben indes Anlass zu großer Sorge. Man mag sogar den Eindruck gewinnen, manche dieser Vorfälle seien Teil eines Drehbuchs, das letztlich und unvermeidlich in seinem letzten Kapitel mit einer militärischen Auseinandersetzung enden muss (soll?). Jüngster Höhepunkt war der Abschuss einer US-Drohne durch die iranische Luftverteidigung am 20. Juni. Teheran behauptete, die Drohne habe iranischen Luftraum verletzt, Washington bestreitet dies. „*Iran hat einen sehr großen Fehler gemacht*“ twitterte der US-Präsident sofort nach Bekanntwerden des Vorfalls. Auch dieser Zwischenfall scheint nur ein weiterer Baustein auf dem Weg zur unvermeidlichen militärischen Eskalation in der Region zu sein. Jeder, der eine militärische Sofortantwort der USA auf den Abschuss erwartete, wurde indes enttäuscht: Kurz vor Anlaufen der bereits vorbereiteten militärischen Aktion der US-Luftwaffe gegen Ziele und Einrichtungen der iranischen Luftverteidigung wurde dieser - quasi fünf vor zwölf – von Trump höchstpersönlich wieder abgeblasen. Donald Trump präsentierte sich im US-Fernsehen sogleich als besorgter und maßhaltender Oberbefehlshaber, der nicht zulassen konnte, dass wegen dem Verlust einer Roboter-Drohne auf der gegnerischen Seite im Zuge eines Gegenschlages möglicherweise 150 Menschen getötet werden würden. Trump am 21. Juni wörtlich:

„*On Monday they shot down an unmanned drone flying in International Waters. We were cocked & loaded to retaliate last night on 3 different sights when I asked, how many will die. 150 people, sir, was the answer from a General. 10 minutes before the strike I stopped it, not.... ...proportionate to shooting down an unmanned drone. I am in no hurry, our Military is rebuilt, new, and ready to go, by far the best in the world. Sanctions are biting & more added last night. Iran can NEVER have Nuclear Weapons, not against the USA, and not against the WORLD!*“



Eine US-Drohne des Typs „Global Hawk“ wurde am 20.06.2019 von einer iranischen Boden-Luft-Rakete abgeschossen.

ein US-Präsident als Polit-Profi wissen. Auch Donald Trump. Nur – warum tut er es dann regelmäßig?

**Felix Schneider**

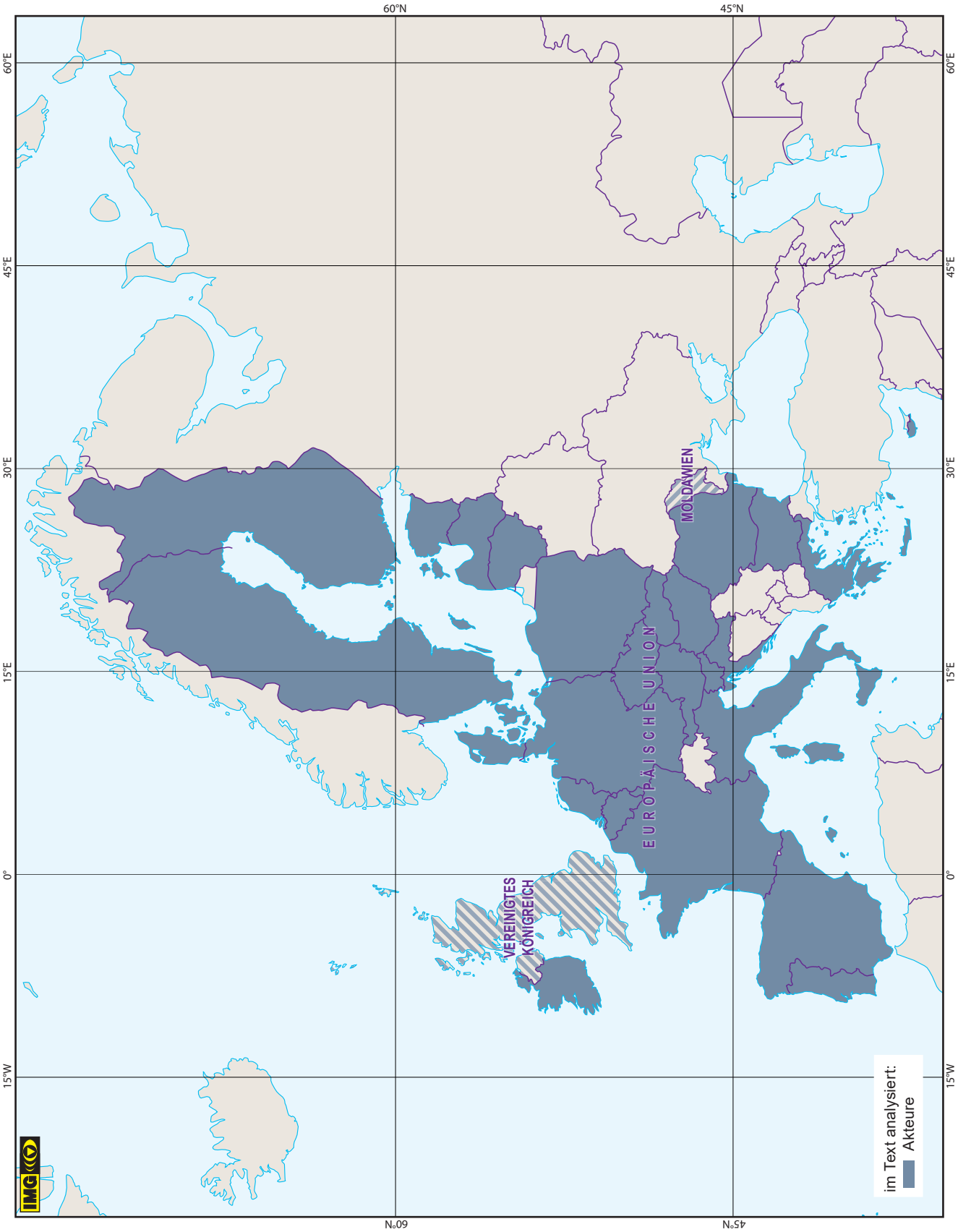
### ***Donald Trump - der große Katalysator***

Wir leben in interessanten Zeiten. Die Vereinigten Staaten von Amerika – ihres Zeichens Führungsnation der westlichen Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges – sind für viele Menschen in Westeuropa und anderswo nicht länger automatisch Vorbild in Sachen moderner, aufgeklärter westlicher Demokratie. Die Zeiten, in denen man im Westen im Rahmen großer gesellschaftspolitischer und ideologischer Fragestellungen immer zuerst nach Washington blickte, sind definitiv vorbei. Dieser Prozess ist jedoch nicht allein mit der Person bzw. der Präsidentschaft Donald Trumps verknüpft. Gerade (West)Europa scheint in den letzten Jahren eine Art „Abnabelungsprozess“ durchlaufen zu haben, der zwar nicht spektakulär, aber dennoch konstatierbar und stetig ist. Donald Trumps Rolle hierbei war und ist hier sicherlich die eines Katalysators, der diesen Prozess nur noch weiter beschleunigt.

Noch vor wenigen Jahren wäre es schier undenkbar gewesen, dass eine Persönlichkeit wie der Kanzler bzw. die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland der USA einen Besuch abstattet, ohne zumindest einen Abstecher ins Oval Office zu machen. So geschehen erst vor kurzem bei der vielbeachteten Rede von Angela Merkel in Harvard. Viele andere Beispiele ließen sich nennen. Gerade Deutschland - als der wohl traditionell loyalste Verbündete der USA auf dem Kontinent - zeigt sich zunehmend irritiert von Washington und Donald Trump tut wenig, diesem Gefühl entgegenzuwirken. Doch mit diesem Eindruck, der sich wohl noch am ehesten als eine Mischung aus Brüskierung und Verunsicherung beschreiben ließe, ist Berlin wahrlich nicht alleine. Der allgemeine Tenor lautet: So geht man mit Verbündeten nicht um! Und wenn man wirklich Probleme lösen möchte - und davon sollte man unter Freunden ausgehen – so tut man das sicher nicht über die kommunikative Einbahnstraße Twitter. Das muss







Europa

## Europa und die EU

### Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Vom 23. bis 26. Mai 2019 waren 427 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den EU-Staaten aufgerufen, neu ihre 751 Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu wählen. Neben der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) kandidierten u.a. die Fraktionen „Europa der Freiheit und direkten Demokratie“ (EFDD) – darin enthalten sind die UKIP bzw. neu die Brexit Party sowie die Cinque Stelle –, die Liberaldemokraten (ALDE), die Grünen / Europäische Freie Allianz (EFA), die Linke (GUE/NGL) mit den Parteien Syriza, die Linke und Podemos, die Euroskeptiker EKR u.a. mit den britischen Tories und der polnischen PiS und die Rechtsnationalisten der EDF, die sich aus dem Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen, der FPÖ, der PVV von Geert Wilders, der Lega, dem Vlaams Belang, der Partei „Die Finnen“ sowie der „Dänischen Volkspartei“ (Dansk Folkeparti) zusammensetzt. Die EDF umwarb die Fidesz von Ungarns Premierminister Viktor Orbán, deren Mitgliedschaft bei der EVP zuvor suspendiert worden war. Der Grund lag in den zahlreichen mit Lügen unterlegten Angriffen gegenüber EU-Institutionen und prominenten Repräsentanten des eigenen Lagers wie dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker.

Die Wahlbeteiligung bei der EU-Wahl 2019 war mit mehr als 50% so hoch wie seit Jahrzehnten nicht, in Deutschland lag sie bei 61,5%, in Österreich bei 59,3% (um 13,4% mehr als 2014), auch in der Slowakei stieg sie von 13% (2014) auf 20%.

Ein neues Phänomen, das vor allem in Deutschland den EU-Wahlkampf beeinflusst hatte, ist die „Fridays for Future“-Bewegung: Der Kampf gegen den Klimawandel mobilisierte junge Menschen. Am 24. Mai 2019 – also während der Zeit der EU-Wahl – waren 1,8 Millionen Menschen in 2.350 Städten weltweit dem Ruf der 16jährigen „Fridays for Future“-Initiatorin Greta Thunberg gefolgt, gegen den Klimawandel auf die Straße zu gehen. So kam in Deutschland der Angriff gegen die CDU/CSU und SPD *„aus dem Kinderzimmer“*, es handelte sich um die *„erste deutsche Klimawahl“*, so schrieb die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“. Jeder dritte Deutsche zwischen 18 und 24 Jahren wählte die Grünen. Die 37jährige EU-Abgeordnete Ska Keller begeisterte mehr Erstwähler als CDU/CSU und SPD zusammen. Auch bei den 25- bis 34-Jährigen schnitten die Grünen am besten ab. Erstmals war die SPD bei

einer bundesweiten Wahl hinter den Grünen gelandet. Es war mit 15,8% das schlechteste SPD-Ergebnis der Nachkriegsgeschichte. SPD-Vorsitzende Andrea Nahles meinte: *„Wir erleben eine Zäsur als SPD“* und verließ wenige Tage nach der EU-Wahl den Parteivorsitz. Erstmals in der Geschichte beeinflusste auch ein Video mit dem Titel *„Die Zerstörung der CDU“*, das vom Youtuber Rezo am 18. Mai veröffentlicht wurde, EU-Wahlen. Dies führte bei der CDU zum millionenfachen Stimmenverlust. Rezo betonte gegen Ende der Aufnahme: *„Ihr sagt doch immer, dass die jungen Leute mehr Politik machen sollen, dann kommt doch damit klar, wenn die jungen Leute eure Politik scheiße finden.“* Darauf folgte eine Tour de force durch Wohlstandsverteilung, Chancenungleichheit und Klimapolitik, Bündnispolitik und aufgeheizte Urheberrechtsdebatten. Die Erosion von CDU und SPD stellt in Deutschland sicherlich eine Zeitenwende dar, wie es Giovanni Di Lorenzo von der Zeitung „Die Zeit“ ausdrückte.

Grün wählten in Österreich knapp ein Drittel der Unter-30-Jährigen, die ÖVP wählte nur jeder vierte. Auch bei den französischen Erstwählern gewannen die Grünen vor der Liste „La République en marche“ von Präsident Emmanuel Macron. In Griechenland hatte Ministerpräsident Alexis Tsipras (Syriza) bei den EU- und den Kommunalwahlen vernichtende Niederlagen eingefahren. So verkündete Tsipras, schnellstens Neuwahlen durchführen zu lassen. Zu groß war der Abstand von 9,5% auf den Wahlsieger Kyriakos Mitsotakis von der Nea Dimokratia bei der EU-Wahl (33,2%, über 10% mehr als bei der EU-Wahl 2014), um bis zum Ende der Legislaturperiode im Oktober 2019 weitermachen zu können. Syriza hat inzwischen die Sozialisten (Pasok, 7,5% Stimmen bei der EU-Wahl) als Großpartei links der Mitte abgelöst. Abgestürzt in Griechenland sind die rechtsextreme Goldene Morgenröte mit 5% (2014: 9%), sie verlor 4% an die „Griechische Lösung“, ebenso eine rechtsextreme Partei. In Österreich fand die EU-Wahl einen Tag vor der erstmaligen Umsetzung eines Misstrauensvotums gegen eine Bundesregierung statt, die vom damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz und vom damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache angeführt worden war. Grund war die sogenannte „Ibiza-Affäre“: Videos wurden von deutschen Medien veröffentlicht, in denen auf Ibiza knapp drei Monate vor den Nationalratswahlen am 15. Oktober 2017 der damalige spätere Vizekanzler und FPÖ-Parteiboss Strache Medienbeteiligungen und Staatsaufträge für illegale Spenden angepriesen bzw. versprochen hatte – bei einem Treffen mit einer Frau, die sich als Nichte eines russischen Oligarchen ausgegeben hatte.

Im Vergleich zur EU-Wahl von 2014 brachte die diesjährige EU-Wahl folgendes Ergebnis:

EVP	179 Sitze (-38)
S&D	153 Sitze (-33)
ALDE	105 Sitze (+37)
Grüne / EFA	69 Sitze (+17)
EKR (Konservative)	63 Sitze (-13)
ENF (Rechtspopulisten)	58 Sitze (+21)
EFDD (Freidemokraten)	54 Sitze (+12)
GUE/NGL (Linke)	38 Sitze (-14)
Andere Parteien	24 Sitze
Fraktionslose	8 Sitze

Der Rassemblement National (RN) wurde in Frankreich (74 Sitze) mit 22 Sitzen stärkste Partei knapp vor der Partei von Präsident Macron „La République en marche“ mit 21 Sitzen und den Grünen mit 12 Sitzen. Der RN schaffte es 2019 wie 2014 die Vorgängerpartei FN (Front National) als Erster durch das Ziel. Im Vereinigten Königreich (73 Sitze) konnte die im Mai 2019 gegründete Brexit Party von Nigel Farage Platz 1 mit 29 Sitzen (d.h. aus dem Stand 30,5% der Stimmen) für sich verbuchen, danach folgten die Liberaldemokraten mit 16 Sitzen (knapp 20% der Stimmen), der Labour (13,6% der Stimmen) und die Grünen mit jeweils 11 Sitzen. Die Tories landeten weit abgeschlagen auf Platz 5 mit 4 Sitzen (knapp 9% der Stimmen). Dies bedeutete das schlechteste landesweite Wahlergebnis in der Geschichte der Tories. In Italien (73 Sitze) konnte die Lega Platz 1 (34,3% der Stimmen (EU-Wahl 2014: 6,2%, das gibt 28 Sitze im Europäischen Parlament, ein Plus von 23) einnehmen mit 28 Sitzen vor dem Partito Democratico mit 18 Sitzen (22,7% der Stimmen). Die Lega stieg somit zur stärksten Kraft auf und verdoppelte ihren Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen 15 Monate zuvor. Die Cinque Stelle hat zwar mit 32,7% mit Abstand die Mehrheit im Parlament in Rom, sie stürzte jedoch bei der EU-Wahl auf 17,1% ab und landete auf Platz 3. In Polen (51 Sitze) kam der PiS mit 23 Sitzen auf Platz 1. Die Sozialdemokraten konnten sich einzig und allein innerhalb der EU-28 nur in Spanien (54 Sitze) unter Regierungschef Pedro Sánchez mit 20 Sitzen als stärkste Kraft behaupten, gefolgt vom Partido Popular mit 12 Sitzen. In Ungarn (21 Sitze) schaffte es der Fidesz auf 13 Sitze vor den Sozialdemokraten mit 5 Sitzen. Mit 29 Sitzen (-5 Sitze) konnte in Deutschland (96 Sitze) die CDU/CSU Platz 1 für sich reklamieren, gefolgt von den Grünen (21 Sitze; + 10) und der SPD (16 Sitze; -11). In Griechenland (21 Sitze) gewann die konservative Nea Dimokratia vor der Syriza von Premierminister Alexis Tsipras mit 9 Sitzen. In Dänemark war die „Dänische Volkspartei“ (Dansk

Folkeparti) bei der EU-Wahl 2014 zwar noch stärkste Kraft gewesen, vor den Sozialdemokraten. Bei der EU-Wahl 2019 fiel die „Dänische Volkspartei“ jedoch von 26% auf 10%. In Österreich lautete das Ergebnis wie folgt: Die ÖVP gewann den Platz 1 (34,6% der Stimmen, +7,6 im Vergleich zur EU-Wahl 2014; 7 Mandate, +2), gefolgt von der SPÖ (23,9% der Stimmen, -0,2; 5 Mandate, gleiche Mandatsanzahl wie 2014), der FPÖ (17,2% der Stimmen, -2,5%; 3 Mandate, -1), den Grünen (14,1% der Stimmen, -0,4%; 2 Mandate, -1), den NEOS (8,4% der Stimmen, +0,3%; 1 Mandat, gleiche Mandatszahl wie 2014), Europa Jetzt (1,0%) und der KPÖ 0,8%.

### **Schlussfolgerungen: EU-Wahl 2019**

Nach der EU-Wahl 2019 bilden Pro-EU-Parteien eindeutig die Mehrheit. Die liberale Fraktion ALDE befindet sich aufgrund ihrer starken Gewinne nun in der Rolle des Königmachers, was vor allem die Wahl des künftigen Kommissionspräsidenten betrifft. Erstmals besitzen die großen Fraktionen EVP und S&D keine Mehrheit mehr im Europäischen Parlament.

Rechtsnationalisten und -populisten haben bei der EU-Wahl 2019 erheblich dazugewonnen, während Linkspopulisten verloren haben. In Italien hat sich die Situation im Verhältnis zur letzten Parlamentswahl in Rom sogar um 180 Grad gedreht: Die Lega liegt nun weit vorn, MoVimento Cinque Stelle verlor stark, beide zusammen kommen hingegen immer noch auf über 50 Prozent der Stimmen. Da die Auswirkungen der Eurokrise langsam zurückgehen, verloren linke Parteien wie Cinque Stelle, Podemos, Syriza oder La France insoumise. Da das Thema Migration den Süden nun stärker betrifft, weil die Sekundärmigration in den Norden nicht mehr funktioniert, sind Rechtspopulisten nun auch in Italien erfolgreich. Salvini hat sich den Anti-Austeritätskurs der Linken geschickt angeeignet. So vermischen sich linke mit rechten Themen. In Dänemark waren es die Sozialdemokraten, die migrationskritische Positionen übernommen haben, sie sind somit bei den Europawahlen belohnt worden. Um einst sozialdemokratische Wähler von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei zurückzugewinnen, hat die seit 2015 amtierende Parteichefin der Sozialdemokraten, Mette Frederiksen, ihre Ausländerpolitik nach rechts umgepolt. So stimmte ihre Partei etwa für das Gesetz, dass es der dänischen Polizei erlaubt, ankommenden Kriegsflüchtligen teuren Schmuck wegzunehmen. Sie will „westliche“ und „nicht-westliche“ Ausländer unterschiedlich behandeln, Asylager in Afrika gründen und hält den Islam für „eine Integrationsbarriere“. Für Frederiksen wurde es klarer, dass unregelmäßige Globalisierung, Masseneinwanderung und die Bewegungsfreiheit für Arbeitskräfte von den

unteren sozialen Klassen bezahlt werden. Der Chef der Dansk Folkeparti, Kristian Thulesen Dahl, lobte Frederiksen öffentlich für ihren Rechtsruck. Ungarns Fidesz unter Regierungschef Viktor Orbán gewann die EU-Wahlen zum dritten Mal mit einem Thema: Migration und wie man sie verhindern kann. Fidesz hat ihre Absolute in Ungarn ausgebaut.

In Griechenland kündigte Premierminister Alexis Tsipras nach der Niederlage seiner Partei vorgezogene Neuwahlen für Ende Juni an, ursprünglich sollte im September 2019 gewählt werden.

Die Grünen wurden bei der EU-Wahl 2019 in Deutschland erstmals zweitstärkste Kraft. Sie kamen als große Gewinner auf Platz 2, in Frankreich kamen sie auf Platz 3. Die Grünen legten auch in den Hauptstädten Dublin und Brüssel enorm zu. Grünen-Spitzenkandidatin Ska Keller sprach von einem „Sunday for Future“. Junge Menschen sprechen jetzt mehr über die Klimakrise, und die Botschaft verbreitet sich. Wenn über Greta Thunberg berichtet wird, dann wird auch über die Klimakrise berichtet: *„Das ist ein guter Nebeneffekt dieser Berühmtheit“*, so Thunberg: *„Die Leute werden schon aufmerksam, wenn wir ihnen vorhalten: Ihr stehlt uns unsere Zukunft! Gemeinsam können wir Druck auf die Entscheidungsträger ausüben.“*

In Deutschland bedeutete die EU-Wahl 2019 eine Blamage für die regierende Koalition aus CDU/CSU und SPD. CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer mahnte eine bessere Arbeit in der Koalition ein. In der SPD machte zuvor Juso-Chef Kevin Kühnert mit Themen wie die Vergesellschaftung von Konzernen wie BMW Druck auf die SPD-Führung, er sagte: *„Ohne Kollektivierung ist eine Überwindung des Kapitalismus nicht denkbar.“* Entscheidend sei, so Kühnert, dass die Verteilung der Profite demokratisch kontrolliert werde. Auch private Vermietungen solle es demnach „im Optimalfall“ nicht mehr geben. Kühnerts nachgeschobenen Satz, dass der Kapitalismus in zu viele Lebensbereiche vorgedrungen sei, können jedoch viele Politiker unterschreiben, darunter Berlins regierender Bürgermeister, Michael Müller, der wegen der Wohnungsnot sich einer Debatte über die Enteignung großer Immobilienkonzerne zu stellen hat. Für Kühnert gilt jener Satz, der auf Seite 16 des SPD-Grundsatzprogramms von Hamburg aus dem Jahr 2007 vermerkt wurde: *„Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist.“* Philip Manow, Politikwissenschaftler aus Bremen, hält es für die SPD nicht ausgeschlossen, dass sie *„den Weg der niederländischen und französischen Sozialdemokratie geht und somit als gestaltende Kraft aus dem Parteiensystem verschwindet.“* Dann hätte Deutschland zwei „Mitte-Parteien“, CDU und Grüne, und das könnte vermutlich dann die Rechtspopulisten stärken. In

Deutschland waren für die Wähler erstmals seit vierzig Jahren die EU-politischen Motive genauso relevant wie die bundespolitischen. Die gestiegene Wahlbeteiligung kann als Mobilisierung gegen die Koalition aus Salvini, Le Pen und andere interpretiert werden.

In Österreich fand die EU-Wahl einen Tag vor dem Misstrauensantrag gegen die gesamte Regierung des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz statt. Die ÖVP erzielte ihr bestes Ergebnis seit dem EU-Beitritt 1995, die SPÖ ihr schwächstes Ergebnis auf Bundesebene. Der äußerst erfolgreiche Ausgang für die ÖVP konnte als Vertrauensbeweis für den damaligen Bundeskanzler Kurz am Tag vor dem Misstrauensvotum gegen ihn gewertet werden, die FPÖ selbst wurde offensichtlich nicht für den Ibiza-Video-Skandal abgestraft. Die Regierungskrise hatte ÖVP-Klientel mobilisiert. Man könnte aus dem Wahlergebnis herauslesen, dass die Österreicher mehrheitlich keinen neuen Kanzler gewünscht haben.

Das Europäische Parlament, das am 2. Juli 2019 in Straßburg in der neuen Zusammensetzung tagt, hat nun die Aufgabe, den neuen Präsidenten der Europäischen Kommission und die Kommissare anzuhören, davor wird der Kommissionspräsident der EU in Absprache mit den jeweiligen Ländern dem Europäischen Parlament vorgeschlagen. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron sowie der niederländische Premierminister Mark Rutte äußerten sich gegen das Spitzenkandidaten-Modell, bei dem sich 2014 das Europäische Parlament durchgesetzt hatte. Macron meinte dazu: *„Ich habe viel Respekt für Herrn Weber – aber ich fühle mich nicht an einen Prozess gebunden, den die großen Parteien für sich selber geschaffen haben.“* Laut EVP und S&D soll demnach der künftige Kommissionspräsident folgendes Anforderungsprofil haben: *„Der nächste Kommissionspräsident hat sein Programm und seine Persönlichkeit vor der Wahl bekannt gemacht und sich in einer europaweiten Kampagne engagiert.“* Demnach würden dafür nur die Spitzenkandidaten der EVP und S&D Manfred Weber und Frans Timmermans in Frage kommen. Macron sieht außer Timmermans jedoch noch andere Persönlichkeiten, die diese Funktion ausüben könnten.

### **Italiens Regierungsparteien in Opposition**

Noch nie in der Geschichte der EU befanden sich italienische Regierungsparteien in der Rolle der Opposition. Noch stellt Italien den Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, sowie die Hohe Beauftragte für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Federica Mogherini. Italien wird aber nun von der Lega und dem MoVimento Cinque Stelle regiert, Lega-Chef Matteo

Salvini gilt nun als Leitfigur des Lagers europäischer „Souveränisten“, die seit 13. Juni eine Fraktion formen – die „Identität und Demokratie“ (ID). Neben den Abgeordneten der Lega sind darin auch u.a. jene des Rassemblement National (RN), der AfD, der FPÖ und des Vlaams Belang vertreten. Diese Gruppe erfüllt die Fraktionskriterien, sie zählt also weit mehr als 25 Mitglieder mit Vertretern aus sieben Ländern der EU. Derzeit kommt die Gruppe, die sich aus neun Parteien zusammensetzt, auf 73 Abgeordnete, sie ist nun fünftstärkste Fraktion im Europäischen Parlament – hinter den Grünen. Salvini hätte sich bis zu 140 Mandate gewünscht. Die stärksten Einzelparteien dieser Fraktion sind Salvinis Lega mit 28 Mandaten und der französische RN von Marine Le Pen mit 22 Mandaten. Salvini erhielt eine Absage von Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der nun doch eine Beibehaltung der Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei (EVP) anstrebt. Orbán rechnet sich in der EVP mehr Einfluss aus. Ein Bündnis mit dem polnischen PiS kommt für Salvini ebenso nicht in Frage, da Salvini offen mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin sympathisiert. Ein Nein gab es ebenso für Salvini vom „Forum für Demokratie“ von Thierry Baudet, einem Rechtspopulisten aus den Niederlanden. Dessen drei Abgeordnete schließen sich der Gruppe „Europäische Konservative und Reformer“ an, genauso wie die drei Abgeordneten der spanischen Partei Vox. Auch die Brexit Party von Nigel Farage wird sich Salvinis Gruppe nicht anschließen, diese scheidet nach dem Brexit aus dem Europäischen Parlament aus. Farage saß in der letzten Legislaturperiode in derselben Fraktion wie die MoVimento Cinque Stelle. Vor den Wahlen war ihr Vizepräsident Luigi di Maio durch Europa getourt mit dem Ziel, neue Verbündete zu finden. Er traf sich in Frankreich mit Vertretern der „Gelbwesten“ und mit Vertretern polnischer, finnischer und kroatischer Rechtsextremer. Die meisten dieser Parteien gewannen jedoch kein einziges Mandat im Europäischen Parlament, die Cinque Stelle stellt nur noch 14 Abgeordnete.

Unterdessen erhöhten im Streit um den angespannten Staatshaushalt die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission den Druck auf Italien. Am 29. Mai 2019 erhielt Italiens Finanzminister Giovanni Tria einen Warnbrief der Kommission. Darin verlangt die Kommission Erklärungen dafür, warum es „nicht genügend Fortschritte“ bei der Sanierung des Staatshaushalts gegeben habe. Der Schuldenberg Italiens beläuft sich auf 132,2% (2,3 Billionen Euro) der Wirtschaftsleistung, nach Griechenland der zweithöchste der EU und einen der höchsten weltweit. Allein die Zinsausgaben Italiens beliefen sich 2018 auf rund 65 Milliarden Euro (3,7% des BIP). Der Brief gilt als Vorbereitung auf ein mögliches Defizitverfahren, das Italien noch einmal eine Strafe von über 0,2% der

Wirtschaftsleistung bescheren könnte. Salvini zeigte sich vom drohenden Strafverfahren der EU gegen Italien wenig beeindruckt und bekräftigte seine Forderung, den Stabilitätspakt der EU aufzuweichen: „*Meine ganze Energie wird eingesetzt, um diese alten Regeln zu ändern*“, erklärte Salvini, gestärkt durch die EU-Wahlen am 26. Mai, bei denen seine Lega-Partei zur stärksten Kraft im Land aufgestiegen ist. Italien, so Salvini, müsse das „Recht auf Wachstum und Zukunft“ zurückerlangen. Für dieses „Recht auf Wachstum“ – und eine ganze Reihe an teuren Versprechen – braucht Salvini enorm viel Geld. Konkret sucht seine Regierung 30 Milliarden Euro, um Steuern für Unternehmen und Familien in diesem Ausmaß senken zu können. Die EZB, so Salvini, soll künftig für Schulden der Euromitglieder garantieren. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB sei jedoch verboten, so EZB-Ratsmitglied Olli Rehn. Schließlich hatte am 5. Juni die Europäische Kommission die Aufnahme eines Defizitverfahrens gegen Italien empfohlen. Damit jedoch ein derartiges Verfahren umgesetzt wird, bedarf es einer Zustimmung der Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten.

### **Moldawien – Machtkampf der Eliten**

Vier Monaten nach der moldauischen Parlamentswahl im Februar, nach mehrmals abgebrochenen Verhandlungen und erhöhtem Druck seitens der EU und Russlands, bildete sich am 8. Juni eine Übergangsregierung, die sich aus Russland-nahen Postkommunisten (PSRM) und dem westlich orientierten liberalen Reformbündnis Acum zusammensetzt. Folglich wurde die Obfrau von Acum, Maia Sandu, mit 61 von 101 Stimmen im Parlament zur neuen Regierungschefin gewählt, eine PSRM-Funktionärin wurde neue Parlamentspräsidentin. Sandu, Ökonomin und frühere Bildungsministerin, meinte bei ihrer Regierungsübernahme: „*Der Diktator ist gefallen*.“ Mit dem „Diktator“ ist die bisherige Regierungspartei (Demokratische Partei) bzw. deren Obmann, Vladimir Plahotniuc, gemeint, dieser war jedoch nicht bereit, seine Herrschaft aufzugeben. Plahotniuc hatte gemeinsam mit einer kleinen Gruppe den Staat in einer Weise institutionell unterwandert, dass von „State Capture“ gesprochen werden kann: der Einverleibung des Staates für die Verfolgung von Privatinteressen. Ihm und seiner Demokratischen Partei wird Bestechung, Wahlmanipulation und Kontrolle der Behörden vorgeworfen. Die neue Regierung unter Sandu wird von der EU als „demokratisch legitimierte Regierung“ anerkannt. Ihrerseits erkennt die EU „wegen offenen Machtmissbrauchs zu Gunsten einer Partei“ (Anm.: der Demokratischen Partei) keines der Urteile des Verfassungsgerichts an. Das Parlament und 86 Bürgergruppen sprachen dem Verfassungsgericht das



Misstrauen aus und riefen seine sechs Richter zum Rücktritt auf. Moldaus Streitkräfte erklärten sich in diesem Machtkampf für unparteiisch: „*Da es keine absolute Sicherheit über die politische Situation im Land gibt, ist die nationale Armee nur der verfassungsmäßigen Ordnung unterstellt.*“ Präsident Igor Dodon, der seine Suspendierung durch das Verfassungsgericht nicht anerkennt, betonte, er halte an der am 8. Juni vereidigten neuen Regierung fest. Am 10. Juni setzte das Parlament als erste Amtshandlung einen Untersuchungsausschuss ein, der wiederum prüfen soll, wer 2015 bei einem der größten Bankenskandale aller Zeiten beteiligt war. Damals verschwanden aus den Währungsreserven der Nationalbank rund eine Milliarde US-Dollar. Andere Banken waren ebenso an den Verschiebungen beteiligt, die die Republik Moldau damals an den Rand des Ruins brachten. Bei einem Verlust der Macht und tatsächlicher Aufklärung müssten etliche Angehörige der letzten Regierung und des Lagers um Plahotniuc damit rechnen, inhaftiert zu werden. Das Verfassungsgericht ist aufgrund seiner Dominanz durch Plahotniuc und „*höchst zweifelhafte Entscheidungen*“ diskreditiert, so ein Diplomat. Die Lebensdauer der neuen Regierung bleibt höchst wahrscheinlich gering, ob Reformen mit den Postkommunisten überhaupt durchgesetzt werden können, bleibt offen. Der Oligarch Plahotniuc bleibt jedoch weiterhin ein enormer Machtfaktor, er wird jedoch in Russland polizeilich gesucht. Ein Phänomen zeigt diese neue Regierungsbildung: vereint können sich pro-EU- und prorussische Kräfte einer korrupten Regierung entledigen, der neuen Regierung sprachen sowohl die EU als auch Russland ihr Vertrauen aus.

### **Ein Hard Brexit wird möglich**

Nach großen Uneinigkeiten im Unterhaus um die Vorgehensweise in Hinblick auf den Brexit hatten die EU-27 grünes Licht gegeben, den Brexit bis zum 31. Oktober 2019 zu verzögern. Ursprünglich sollte der Brexit mit 29. März 2019 nach Artikel 50 des Vertrags von Lissabon vollzogen sein, auch stand danach kurz der 12. April 2019 für einen derartigen Schritt im Raum. Ein Hard Brexit sollte vermieden werden, dafür setzte sich vor allem Irlands Premierminister Leo Varadkar ein. Einige EU-Regierungschefs sprachen sich im Zuge der Verlängerung des Brexit-Verfahrens für einen zusätzlichen Zeitraum von einem Jahr aus, Frankreichs Präsident Macron plädiert für eine kürzere Verfahrenszeit, die es London ermöglichen solle, mehr Druck auf den Meinungsbildungsprozess im Unterhaus auszuüben. Die Mehrheit der Abgeordneten hatte im Frühjahr 2019 insgesamt dreimal den Entwurf für einen Ausstiegsvertrag abgelehnt. Aufgrund der Verzögerungen seitens des Unterhauses beteiligte sich

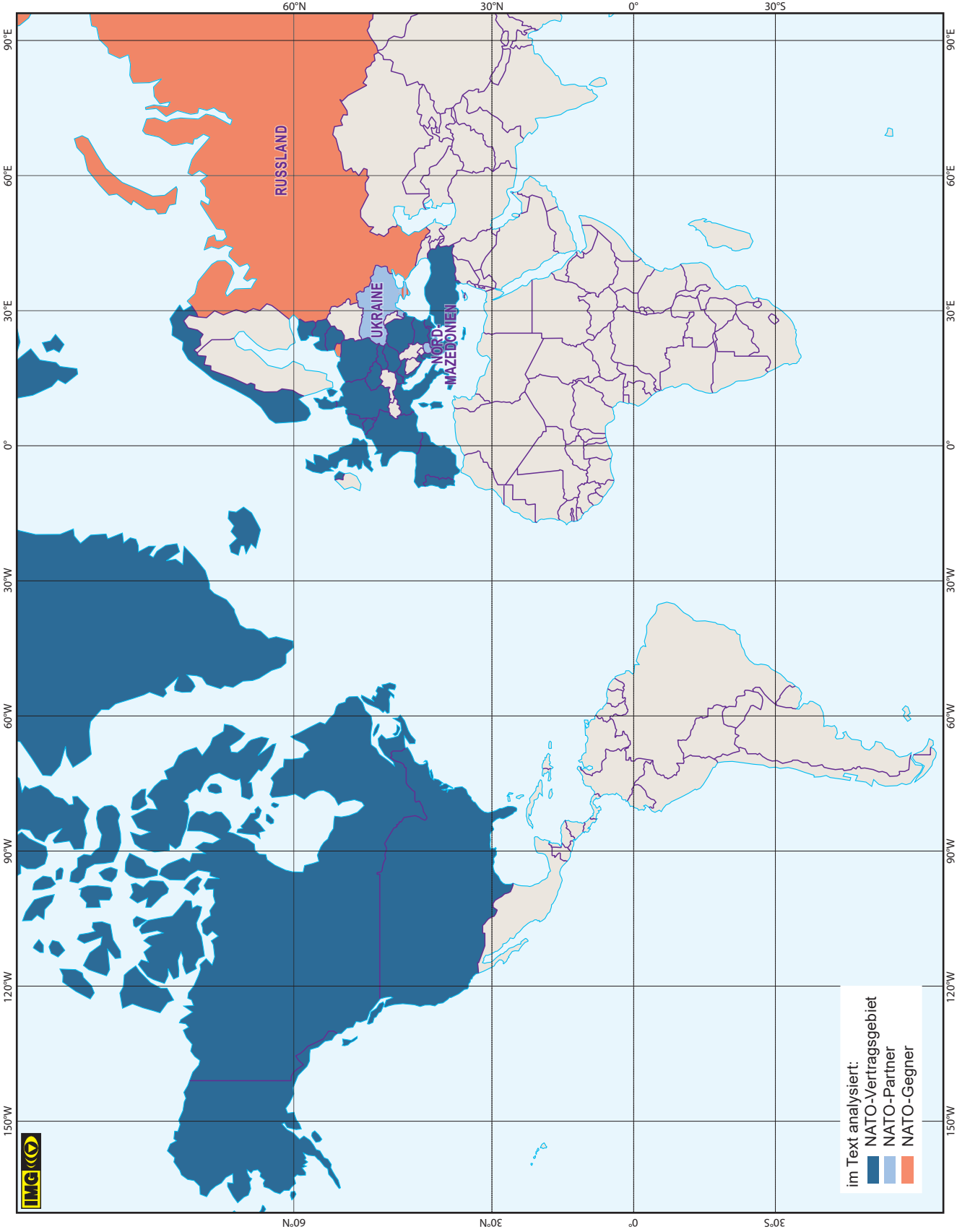
das Vereinigte Königreich an der EU-Wahl im Mai 2019. Kurz vor der EU-Wahl verkündete Premierministerin Theresa May, dass sie am 7. Juni 2019 als Parteivorsitzende zurücktreten und solange Premierministerin sein werde, bis ein Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin seitens der Tories bestimmt werde. Am 7. Juni schließlich trat May als Parteivorsitzende der Tories zurück, die wiederum bei der EU-Wahl massiv abstürzte. Im Juli werden an die 160.000 Parteimitglieder der Tories zwischen zwei Spitzenkandidaten für das Amt des Premierministers entscheiden. Das durchschnittliche Tory-Mitglied ist weiß, männlich, pensioniert, wohlhabend und fordert einen eindeutigen Bruch mit der EU. Der ehemalige Außenminister Boris Johnson verspricht den Vollzug des Brexit am 31. Oktober 2019 und ist bestrebt, die ausständigen Zahlungsverpflichtungen seines Landes an die EU (ca. 45 Milliarden Euro) als Verhandlungspfand einzusetzen, um bessere Austrittsbedingungen für Großbritannien zu erwirken. Kurzzeit-Außenminister Dominic Raab ist sogar bestrebt, das Unterhaus auflösen, um den Hard Brexit trotz aller Widerstände der Abgeordneten durchzusetzen.

Der Brexit-Prozess gestaltet sich somit als weiterhin ergebnisoffen, abgeleitet von den derzeitigen Entwicklungen könnte es jedoch zu einem Hard Brexit kommen. Streitpunkt im Vereinigten Königreich – vor allem zwischen den Tories, der DUP (Democratic Unionist Party) und Labour – bleibt vor allem das Procedere, wie der Brexit tatsächlich erfolgen soll. Seitens Labour werden Stimmen für die Errichtung einer künftigen Zollunion mit der EU lauter. Eine Zollunion würde verhindern, dass das Karfreitagsabkommen vom 10. April 1998 de facto aufgekündigt und in der Folge in Nordirland erneut bewaffnete Konflikte zwischen protestantischen und katholischen Gruppen entstehen würden. Zudem würde eine Zollunion die Bildung einer künstlichen Zoll- und Handelsgrenze zwischen Nordirland und Großbritannien vermeiden. Tories drohten bereits im britischen Parlament, alles zu unternehmen, um die EU von innen zu zerstören, falls sich der Brexit weiterhin hinauszögere und das Vereinigte Königreich dadurch weiterhin Teil der EU bleiben sollte. Durch einen Brexit würde der drittgrößte Netto-Beitragszahler (2014) für die EU wegfallen. Sicherheitspolitisch bleibt das Vereinigte Königreich jedoch weiterhin als NATO-Mitglied wesentlicher Teil des euro-atlantischen Sicherheitsverbundes. Durch interne Unstimmigkeiten zwischen England und Schottland über den Brexit bleibt die Frage offen, ob ein Brexit nicht nur die wirtschaftliche Stabilität des Landes, sondern auch die Einheit des Vereinigten Königreiches selbst gefährden könnte. Auch ohne Theresa May als Premierministerin ändert sich wenig an der Brexit-Blockade. Im britischen Unterhaus gibt es keine Mehrheit für das Brexit-

Abkommen. Die EU ist nicht gewillt, dieses neu zu verhandeln. Ein No Deal-Szenario lehnt das Unterhaus weiterhin ab. Außenminister Jeremy Hunt erklärte jedenfalls im April vor Studenten in Japan den Brexit wie folgt: *„Viele EU-Länder wollen, dass Europa eines Tages ein Land werden soll wie die USA. Sie glauben, dass Europa auf diesem Weg stärker sein wird. Aber Großbritannien hat eine andere Vision. Wir wollten immer unabhängig sein.“* Aus der EU wird jedoch weder eine „Europäische Republik“ noch die „Vereinigten Staaten von Europa“ – derartige Projekte finden in keinem Land der EU mehrheitlich Zustimmung. Zudem bleibt die Mär bei vielen britischen Politikern wie Boris Johnson *„No Deal ist besser als ein schlechter Deal“* weiterhin bestehen, ungeachtet zahlloser Studien über die Gefahren des Brexit, einschließlich einer zehnprozentigen Preissteigerung für Lebensmittel, einer möglichen Wirtschaftskrise, einer Abwertung des Pfund sowie der großen Abwanderung zahlreicher Industriebetriebe (auch und vor allem in der Automobilbranche) und Banken. Derzeit betragen die Exporte der EU-27 nach Großbritannien 2,6% ihres BIPs, umgekehrt sind dies an die 12%. Der Schaden auf britischer Seite wäre somit deutlich größer. Ein Schaden betrifft bereits die Auflösung von Verträgen mit Fährbetreibern, die London für den Fall eines Hard Brexit Ende März vereinbart hatte: die Kosten für den britischen Steuerzahler betrugen an die 100 Millionen Euro. US-Präsident Donald Trump mischte sich auf seine Art in die britische Innenpolitik ein und forderte einen Brexit ohne Deal – und somit eine dichte Grenze zwischen Irland und Nordirland.

**Gunther Hauser**





North Atlantic Treaty Organization (NATO)

## Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Im April 1949 wurde in Washington unter dem Eindruck der sowjetischen Bedrohung die „North Atlantic Treaty Organisation“ gegründet. Dieses sicherheitspolitische Bündnis sollte sich als eine der erfolgreichsten Allianzen der modernen Geschichte herausstellen. Es schützte über Jahrzehnte Mittel- und Westeuropa und erlaubte somit diesem Teil des Kontinents eine prosperierende Entwicklung im Rahmen der EU. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nahm die NATO beinahe alle Mitglieder des ehemaligen Warschauer Pakts auf und entsprach damit deren Wunsch nach ausreichender Sicherheit. Es folgte eine Phase der Konzentration auf Krisenmanagementoperationen zur Umsetzung von UN-Mandaten in Südosteuropa und Zentralasien, bevor mit der russischen Einverleibung der Krim die kollektive Abschreckung und Verteidigung wieder in den Vordergrund rückte.

Trotz dieser Erfolgsgeschichte hat das Bündnis naturgemäß auch mit internen Spannungen zu kämpfen. Der „NATO-Doppelbeschluss“ 1979 und die US-Invasion im Irak 2003 sind Vorläufer heutiger Beispiele. Diese betreffen vor allem die Position Deutschlands wegen seiner mangelnden Bereitschaft, 2% BIP für die Verteidigung aufzuwenden, die Türkei wegen des Ankaufs russischer S-400 Lenkwaffen und die erstmals mitunter heftig geäußerten Zweifel Washingtons an der Notwendigkeit der NATO. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die Spannungen lösen, die für Juli vorgesehene Auslieferung der S-400 an Ankara wird eine erste Orientierung sein.

### 70 Jahre NATO

Am 4. April fand dazu in Washington ein Treffen der NATO-Außenminister statt. An Themen standen der INF-Vertrag, eine gewisse Verbesserung des maritimen Dispositivs im Schwarzen Meer und die weitere Zusammenarbeit mit Georgien sowie der Ukraine auf der Tagesordnung. NATO-Generalsekretär Stoltenberg sprach vor dem US-Kongress und betonte, dass eine geeinte Allianz politisch, wirtschaftlich und militärisch stärker als jeder mögliche Herausforderer sei. Er erinnerte daran, dass über all die Jahre die Verbündeten in Nordamerika und Europa unter derselben Flagge dem Frieden und der Demokratie gedient hätten. Er räumte auch interne Spannungen ein, die es aber in der Geschichte der NATO schon immer gegeben habe. Differenzen basierend auf offenen Diskussionen seien ein Ergebnis demokratischer Verhältnisse und damit keine Schwäche, sondern Stärke. Um die aktuellen

Herausforderungen zu meistern, müsse nun aber wieder mehr als früher getan werden. Bei einem Termin mit US-Präsident Trump am Vortag würdigte er daher dessen Einsatz für die NATO und sein Drängen zu höheren Verteidigungsausgaben.

Das 70-jährige Jubiläum der NATO wird von internen Problemen überschattet, und das schon seit längerer Zeit. Der bedeutendste Test für den Zusammenhalt wird die Anschaffung russischer S-400 Lenkwaffen in diesem Sommer und die US-Reaktion darauf sein. Die USA selbst verfolgen eine unklare Strategie, die sich in Zweifeln am Bündnis durch den Präsidenten bei gleichzeitiger fortgesetzter praktischer Unterstützung zeigt. Der in dieser schwierigen Lage eigentlich geforderte mächtigste EU-Staat, Deutschland, fällt leider als stabilisierender Anker weitgehend aus.

Dennoch wurde das Treffen von allianzinternen Problemen überschattet. US-Vizepräsident Pence kritisierte Deutschland und die Türkei für ihre Politik im Bündnis. Deutschland wurde wegen des zu geringen Wehretats und wegen Nord Stream 2 angegriffen. Es dürfe nicht sein, dass sich in der aktuellen sicherheitspolitischen Lage ein Verbündeter zu stark von russischen Energieimporten abhängig mache. Die Türkei wurde erwartungsgemäß wegen der Anschaffung des russischen Flugabwehrsystems S-400 kritisiert.



S-400 bei der alljährlichen Siegesparade am Roten Platz

Als Reaktion darauf hat das Pentagon die Auslieferung der ersten F-35 für die türkische Luftwaffe zurückgehalten und die Suche nach Alternativen begonnen, um einen Ausfall des Landes am gemeinsamen F-35 Programm kompensieren zu können. Die Zeit drängt, da die ersten F-35 für November 2019 vorgesehen sind. US-Senatoren stellten zwischenzeitlich klar, dass Ankara im Fall des Festhaltens am S-400 System komplett aus dem Programm ausgeschlossen werde, mit allen negativen Folgen für die darin integrierte türkische Verteidigungsindustrie. Wenig überraschend präsentierte

die Russische Föderation mit ihrer Su-57 daraufhin ein Ersatzmodell für die F-35, ob auch eine vergleichbare Kooperation der Rüstungsindustrien begonnen werde, bleibt noch offen.

In Deutschland gibt es mittlerweile bei den Verteidigungsausgaben Signale, dass sogar die für 2024 avisierten 1,5% des BIP gefährdet sind. Obwohl die 1,5%-Marke noch immer weit unter den Vorgaben liegen würde, hätten diesen Wert doch namhafte europäische Alliierte akzeptiert. Nicht aber die kolportierten 1,3%, die das gesamte Bündnis wieder den Angriffen des US-Präsidenten aussetzen könnten und Berlins Verlässlichkeit infrage stellen würden. Darüber hinaus würden damit auch US-Repräsentanten und Senatoren, die sich für ein eindeutiges Bekenntnis Washingtons zur Allianz einsetzen, geschwächt, da auch diese das „2 Prozent Ziel“ aller Alliierten fordern.

### **Und dennoch: US-Beiträge für die NATO**

#### **US-Präsident Trump garantiert Unterstützung für die NATO**

Als Reaktion auf einen Bericht der „New York Times“, wonach US-Präsident Trump rund um den NATO-Gipfel vom Juli 2018 mehrmals mit dem Austritt der USA aus der Allianz gedroht haben soll, gab er eine Pressekonferenz im Pentagon. Er werde zu „100% für die NATO sein“, aber die Verbündeten müssten eben auch mehr leisten. Demokratische Senatoren verwiesen darauf, dass Zweifel um die Verpflichtungen der USA in der NATO „Putins Traum“ wären und bereiteten mit dem Repräsentantenhaus eine Vorlage vor, die allen zukünftigen Präsidenten verbieten würde, ohne parlamentarische Zustimmung die NATO zu verlassen. Diese Vorlage wurde zwischenzeitlich mit überwältigender Mehrheit angenommen und dem Senat übermittelt. Sie beinhaltet eine Unterstützung für die kollektive Verteidigung, die Aufnahme Nordmazedoniens in das Bündnis und die Finanzierung der „European Deterrence Initiative“. Gleichzeitig werden aber auch alle Verbündeten aufgefordert, das „2%-Ziel“ zu erreichen (s. o.) Eine überaus große Delegation von Abgeordneten aus dem Repräsentantenhaus und Senat versicherte überdies während der Münchener Sicherheitskonferenz den europäischen Alliierten, dass eben beide Häuser bei der Außen- und Sicherheitspolitik Washingtons ein Mitspracherecht hätten und sie für die Einbindung der Verbündeten stünden. Diesen Beweis könnten sie bald antreten müssen, da US-Präsident Trump beabsichtigt, Stationierungskosten für US-Truppen durch die Alliierten bezahlen zu lassen.

#### **5,9 Milliarden \$ für die „European Deterrence Initiative“ 2020**

Neben all den politischen Unwägbarkeiten wird hingegen die konkrete US-amerikanische Beitragsleistung für die aktuelle NATO-Politik der Abschreckung gegenüber Russland fortgesetzt. Der Entwurf des US-Verteidigungsbudgets sieht für 2020 Ausgaben in Höhe von 5,9 Milliarden \$ vor und damit etwa 10% weniger, als vom Kongress vorgeschlagen (aber zum Vergleich immer noch mehr als das Doppelte des österreichischen Wehretats). Die Trump Administration will auch keine sinkende Bedeutung Europas erkennen, da in den letzten Jahren viele Mittel in kostenintensive Neubauten flossen, die nun weitgehend fertiggestellt sind. Mit dem Geld sollen, wie von USEUCOM General Scaparotti gefordert, die US-Streitkräfte im Raum verstärkt, Ausbildung und Übung intensiviert und ausgeweitet werden. Der Großteil des Budgets wird dem Heer zugutekommen und die Luftwaffe wird in Polen 232 Millionen und in Island 57 Millionen \$ investieren. Schließlich sind 250 Millionen \$ für den Ersatz ausgeschiedenen oder verlorenen Geräts vorgesehen, das an die Ukraine geliefert wurde.

#### **US-Drohnenbasis in Polen einsatzbereit**

Eine dieser kostenintensiven Neubauten stellt die Luftwaffenbasis in Miroslawiec, ostwärts von Stettin, dar, die am 1. März 2019 offiziell als einsatzbereit erklärt wurde. Auf ihr ist eine mit MQ-9 „Reaper“ ausgerüstete US-Drohneneinheit stationiert, womit die USA Überwachungs- und Aufklärungsflüge, vor allem über dem Baltikum und dem Schwarzen Meer, durchführen können. Ein Einsatz über der Ukraine wird ausgeschlossen, da hier die Gefahr eines Abschusses durch von Russland unterstützten Rebellen bestünde. In Powidz in Polen wurde weiters aus allgemeinen NATO-Mitteln, dem „NATO Security Investment Program“, um 260 Millionen \$ Infrastruktur auf einem 38 Hektar großen Gelände errichtet, das für die Lagerung von US-Ausrüstung vorgesehen ist. Damit werden die US-Streitkräfte in Europa bald über fünf derartige Einrichtungen verfügen, die die Ausstattung einer Heeresdivision aufnehmen. Das Projekt hat aber nichts mit dem sogenannten „Fort Trump“, der polnischen Einladung zur permanenten Stationierung größerer US-Kapazitäten, zu tun.

#### **SACEUR Scaparotti fordert und warnt**

Zur Erhöhung der Abschreckung gegenüber Russland und als Antwort auf die Modernisierung der Streitkräfte Moskaus fordert General Scaparotti mehr US-Kräfte in Europa. Vor allem die Einheiten der Marine sollen verstärkt und permanente Stationierung von Heeresverbänden ins Auge gefasst werden. Diese im



Kongress erhobenen Forderungen stehen aber im Widerspruch zum Bedarf der US-Marine im Pazifik und zur Absicht des Pentagon, größere Truppenverlegungen zugunsten von Modernisierungen militärischer Fähigkeiten zurück zu stellen.

Bei derselben Kongressanhörung sprach sich General Scaparotti auch gegen eine Lieferung von F-35 an die Türkei aus, sollte diese wie angekündigt das russische Luftabwehrsystem S-400 beschaffen. Dieses System kann in die integrierte Luftverteidigung der NATO nicht eingefügt werden und stellt für die F-35 insofern eine Bedrohung dar, da dadurch die Leistungsparameter des Flugzeugs an Moskau verraten werden könnten.



F-35 der US-Streitkräfte

Mittlerweile wurden aber schon die ersten türkischen Piloten ausgebildet und Ankara plant unverändert bis zu 100 Stück dieses Kampfflugzeugs der 5. Generation zu beschaffen, an dessen Entwicklung es auch beteiligt war. Teile des Rumpfs und des Cockpits wurden von der türkischen Rüstungsindustrie entwickelt. Dennoch bestätigte das Pentagon Überlegungen im Sinne SACEURs, der Türkei bereits zugesagte hochmoderne Waffensysteme vorzuenthalten. Dies betreffe nicht nur die F-35, sondern auch die im vergangenen Dezember genehmigte Lieferung von „Patriot“-Flugabwehrsystemen.

## **NATO-Aktivitäten**

### **Temporäre Verlegungen von US-Kräften**

Mitte März verlegten 6 Bomber vom Typ B-52 von Louisiana nach Fairford/Großbritannien, um an NATO-Übungen über Europa und den angrenzenden Seegewässern teilzunehmen. Seit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 wurde zumindest einmal im Jahr eine derartige Verlegung durchgeführt, auch mit Bombern der Muster B-1 und B-2. Und im Sommer wird zum ersten Mal ein Luftabwehrsystem „Terminal High Altitude Defense System“ (THAAD) der US-Armee nach Europa, und zwar nach Rumänien, verlegen. Dort befindet sich eine Anlage des NATO

Raketenabwehrschiffs, das einer routinemäßigen Wartung unterzogen wird. Während der Einsatzdauer steht das THAAD auch unter NATO-Verantwortung. Bisherige Einsätze außerhalb der USA erfolgten in Guam, in Südkorea und in Israel.

### **Ungarn übernimmt die Führung der NATO-Luftraumüberwachung über dem Baltikum**

Von Mai bis September 2019 wird die ungarische Luftwaffe die NATO-Luftraumüberwachung über dem Baltikum führen. Der Einsatz der ungarischen „Gripen“ erfolgt aus Litauen, ergänzt durch spanische F-18 vom selben Fliegerhorst und von britischen „Eurofighter“, die in Estland stationiert sind. Es wird die 50. Rotation dieser Mission sein, die 2004 begonnen und 2014 verstärkt wurde.

### **NATO Cyber-Übung**

Die diesjährige NATO Cyber Übung „Lockheed Shields“ hatte einen nationalen Wahlgang als Szenario. Diese fiktive Wahl war in der Übung von Cyber-Angriffen auf die zivile Infrastruktur geprägt, die letztendlich zu Energieengpässen, zu Störungen der Kommunikation, zur Verunreinigung von Trinkwasser und sogar zu lokalen Unruhen infolge verzerrter Wahlergebnisse führten. An der Übung beteiligten sich mehr als 1.000 Teilnehmer unter der Führung des Cyber-Exzellenzzentrums in Tallin. Die „Verteidiger“ bildeten ein Team der NATO aus der Kommunikationsagentur der Allianz.

### **G5 Huawei-NATO**

NATO-Generalsekretär Stoltenberg bestätigte, dass auch innerhalb der Allianz die Aktivitäten des chinesischen Telekommunikationsunternehmens Huawei und die damit verbundenen Spionagevorwürfe erörtert werden. Dabei geht es der NATO natürlich um die Cybersicherheit ihrer Netzwerke sowie ihrer kritischen Infrastruktur und um die Berücksichtigung dieser Aspekte durch die einzelnen Mitgliedsstaaten. Vertreter der US-Regierung und General Scaparotti als USEUCOM warnten besonders Deutschland vor einer Reduktion des allianzinternen Datenaustauschs, falls beim Ausbau der 5G-Telekommunikationsinfrastruktur der Zuschlag auf Huawei fallen würde.

### **Norwegen beschuldigt Russland Funksignale zu stören**

Das Verteidigungsministerium des NATO-Alliierten beschuldigt weiterhin Russland, militärische Funkverbindungen und GPS-Signale im Hohen Norden zu stören. Frühere Vorwürfe wurden während der

Übung „Trident Juncture“ im Herbst 2018 erhoben und schon Monate zuvor wurde ein Scheinangriff der russischen Luftwaffe auf militärische Einrichtungen verurteilt. Ähnliche Anschuldigungen wurden auch von Helsinki vorgebracht, doch die russische Seite verneinte jegliche Aktion.

Oslo und Helsinki sehen ihre NATO-Politik als Auslöser der Maßnahmen Moskaus. So unterstützt Norwegen eine erhöhte NATO-Präsenz im Norden des Landes und Finnland näherte sich in den letzten Jahren zunehmend der Allianz an, ohne aber einen Antrag um Mitgliedschaft zu stellen. Diese Annahme wurde zumindest indirekt vom russischen Außenministerium bestätigt. Beide Länder wollen nun im Rahmen von „NORDEFCO“ koordiniert auf das russische Vorgehen reagieren.

## **Partner**

### **USA-NATO-Russland und der INF-Vertrag**

Nicht erst Trump, sondern schon die Obama-Administration warf Moskau die Verletzung des INF-Vertrags vor. Die Konfrontation zwischen Washington und Moskau spitzte sich spätestens seit vergangenem Dezember zu und trieb zu Jahresanfang ihrem Höhepunkt entgegen. Am 25. Jänner trafen sich die NATO-Alliierten mit Russland unter dem Dach des NATO-Russland Rates. Hauptthemen waren die Lage in der Ostukraine und eben der Streit um den INF-Vertrag. NATO-Generalsekretär Stoltenberg betonte nach dem Treffen, dass sich alle 29 Verbündeten einig darin waren, dass Russland mit der Entwicklung der 9M279-Rakete den INF-Vertrag verletze. Das Gegenargument des stellvertretenden russischen Außenministers Rjabkow, dass die NATO mit dem Raketenabwehrschild gegen den INF-Vertrag verstoße, wurde nicht geteilt. Dabei handelt es sich um konventionelle Boden-Luft Raketen, die nicht vom INF-Vertrag berührt werden.

Kurz vor Ablauf der von den USA gesetzten Frist trat am 2. Februar die US-Regierung offiziell vom INF-Vertrag zurück. Nun bleiben noch 6 Monate Zeit, um in bilateralen Verhandlungen das Ende des Abkommens wieder rückgängig zu machen. Die Aussichten sind aber ungünstig.

Die erste russische Reaktion bestand in der Anschuldigung, dass die USA den Vertrag bereits seit 1999 verletzten und das Raketenabwehrsystem in Osteuropa relativ einfach auf „Tomahawk“-Raketen umgerüstet werden könne. Außerdem präsentierte Verteidigungsminister Shoigu einen Plan, bereits 2020 aus der seegestützten „Kalibr“-Lenkwaffe eine landgestützte Version zu entwickeln.

Nach der Aufkündigung des INF-Vertrags durch die USA trafen sich die Verteidigungsminister der Allianz im NATO Hauptquartier am 13. und 14. Februar. Hier wiederholte sich die einhellige Verurteilung Moskaus und NATO-Generalsekretär Stoltenberg rief die Russische Föderation erneut auf, die verbleibende Vertragsdauer noch zu nutzen, um zum Verhandlungstisch zurück zu kehren.

Die zuvor einseitig und pauschal geäußerte Absicht des Weißen Hauses zum zumindest teilweisen Abzug von US-Truppen aus Afghanistan wurde bei diesem Treffen insofern relativiert, als die Minister ankündigten, zukünftig Entscheidungen wieder gemeinsam zu treffen. Die Einsätze im Irak und im Kosovo werden wie geplant fortgesetzt, wenn auch bezüglich der geplanten kosovarischen Armee die NATO noch ihre Position finden muss. Zusicherungen zu erhöhten Verteidigungsausgaben und zur Kooperation mit der EU beendeten das Routinetreffen.

### **Mazedonien ändert seinen Namen**

Etwa zur selben Zeit beendeten Athen und Skopje den lang andauernden „Namensstreit“. Mit dem Abkommen von Prespa ändert die „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ ihre Bezeichnung in „Nordmazedonien“. In beiden Ländern mussten sich die Befürworter gegen teils heftigen nationalistischen Widerstand durchsetzen. Mit der Beilegung des beinahe 28 Jahre währenden Zwists sind für Skopje die Beitrittsverhandlungen zur NATO und zur EU einen wichtigen Schritt weitergekommen, da Athen diese nicht mehr blockieren wird. Die Entwicklung kam auch rasch voran. Nach der Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls zur Allianz erhielt Nordmazedonien nun den offiziellen „Einladungstatus“ und kann an allen NATO-Treffen als Beobachter teilnehmen. Dies geschah einige Tage später zum ersten Mal im NATO-Militärkomitee.

### **NATO-Ukraine**

Fünf Jahre nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim beriet die NATO-Ukraine Kommission in Brüssel. Vertreter Kiews und der Krimtataren berichteten dabei von Menschenrechtsverletzungen der russischen Behörden auf der Schwarzmeeralbinsel. NATO-Generalsekretär Stoltenberg bekräftigte anschließend die unveränderte Position des Bündnisses, wonach die Annexion nicht anerkannt und die Ukraine weiterhin unterstützt wird.

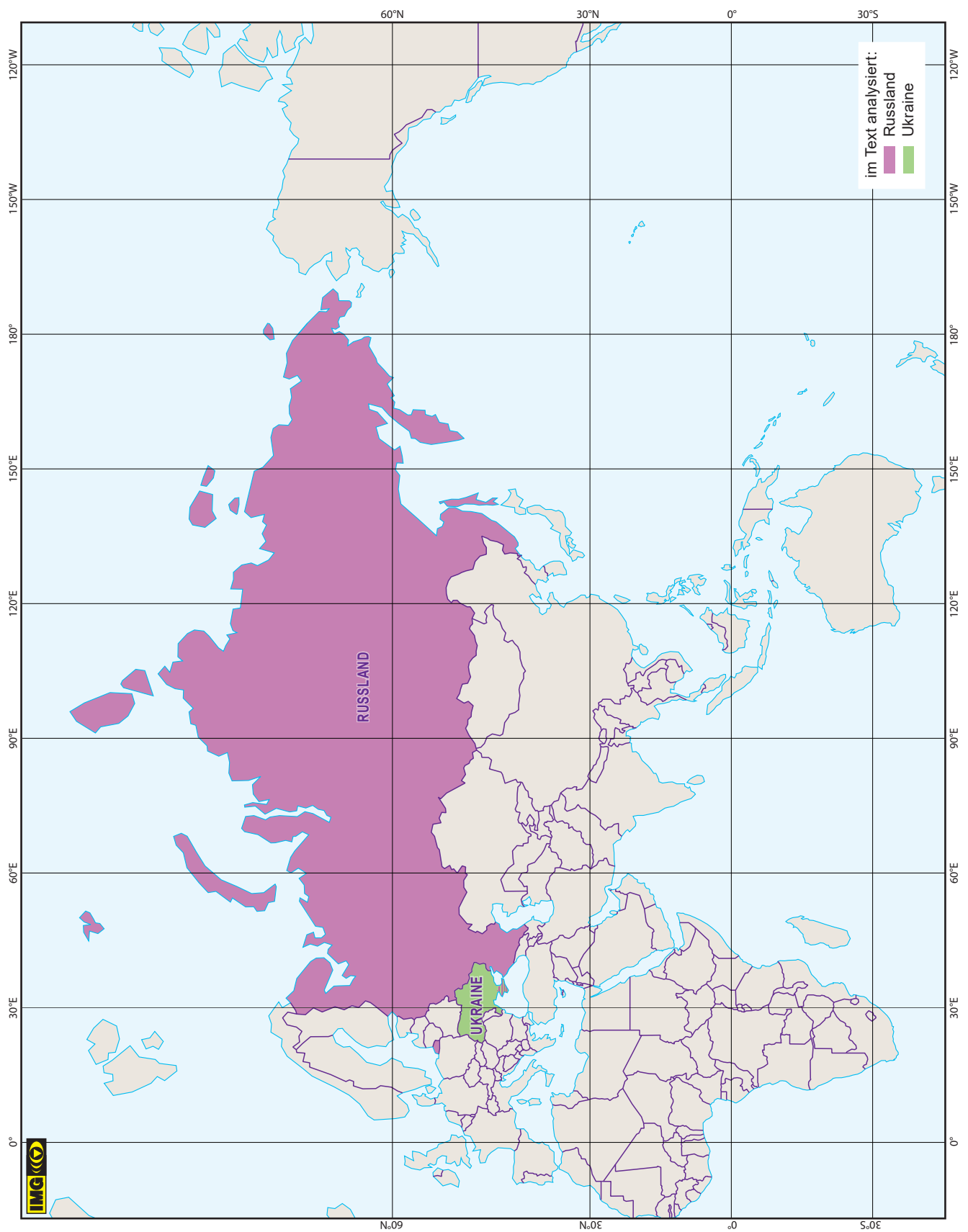
### **Zusammenfassung**

Die 70-Jahrfeiern werden auf Außenministerebene abgestuft, um einem Treffen mit US-Präsident Trump

auf Ebene der Staats- und Regierungschefs auszuweichen. Einseitige US-Rückzugsankündigungen für Afghanistan schwächen das Prinzip „in together, out together“. Trotz heftiger Drohungen aus Washington hält der türkische Verbündete am Kauf teurer Waffen aus Moskau fest, obwohl für viele Alliierte der Kreml wieder eine Bedrohung darstellt. Dies sind nur wenige Beispiele innerer Zerrissenheit, wie sie schon seit Monaten beobachtet werden und die den inneren Zusammenhalt fortgesetzt schwächen. Allein die mögliche Weiterentwicklung, ein Ausscheiden der Türkei aus der NATO, würde derart massive Folgen für das Bündnis nach sich ziehen, die kaum ausreichend zu skizzieren sind. Der Verlust einer starken geostrategischen Position im Krisenraum Naher Osten, von bedeutenden Stützpunkten und nicht zuletzt der Kontrollmöglichkeiten im Bosphorus und dem angrenzenden Schwarzen Meer sind nur einige der negativen Konsequenzen. Darüber hinaus ist die Auswirkung auf das bilaterale Verhältnis Athen-Ankara ebenfalls unklar und kaum positiv.

In derart unsicheren Lagen, wie sie für das transatlantische Verhältnis, für Europa und den angrenzenden Räumen charakteristisch sind, käme Deutschland als dem stärksten europäischen Alliierten eine entscheidende, stabilisierende Rolle zu. Doch Berlin scheint abgemeldet zu sein. Keine wie immer geartete Initiative, die von Deutschland ausgeht, um das Verhältnis zwischen Europa und den USA zu verbessern. Trotz sattem bekannter Mängel der Bundeswehr wird das von allen vereinbarte „2% defence investment pledge“ (2% des BIP für Verteidigungszwecke, Anm.) kaum verfolgt und beim ersten Rückgang der erwarteten Steuereinnahmen gleich wieder infrage gestellt. Was zeichnet Deutschland aus, dass es dieses gemeinsame Ziel nicht erreichen muss? Würde das auf den reichsten Staat der EU nicht in besonderem Maße zutreffen? Derartigen Überlegungen dürfte in den politischen Entscheidungszirkeln bestenfalls eine Nebenrolle zukommen. Leider setzt sich dieses unverständlich passive Verhalten auch in einer EU, die unter nationalistischem Druck steht, fort. Die Vorstöße des französischen Präsidenten Macron zur Vertiefung diverser Politikfelder der EU mögen nicht immer die besten sein, eine Antwort, die über das „schaun ma mal“ hinausgeht, hätten sie aber doch verdient. Und vor allem: wenn die Pariser Überlegungen zur Stärkung des Euro oder der EU schon nicht so gut sind, wo bleiben die besseren Alternativvorschläge der deutschen Seite? Nichts als Schweigen.

**Otto Naderer**



Der postsowjetische Raum

## ... und ihre Partner und Herausforderer

### Ukraine nach dem Machtwechsel – eine außen- und sicherheitspolitische Trendwende?

Vor dem Hintergrund der Verschärfung der sicherheitspolitischen Rivalitäten entscheidender globaler und regionaler Akteure, rückten im Berichtszeitraum die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine, aber auch der Konflikt im Land selbst wieder in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit. Somit erhielten die Situation in den „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk, sowie die von Russland annektierte Halbinsel Krim im Zusammenhang der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine wieder eine hohe Priorität in den internationalen Beziehungen. Am 21. April wurde Wolodymyr Selenskyj (übliche Schreibweise in deutschsprachigen Medien: Wladimir Selenski; und in englischen Medien: Volodymyr Zelenskyy) mit überwiegender Mehrheit zum neuen ukrainischen Präsidenten gewählt und löste somit Petro Poroschenko an der Staatsspitze ab.

Dieser Machtwechsel bewirkte eine Verschiebung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse, wobei die künftige Ausprägung der außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung durch gewisse Unsicherheiten gekennzeichnet ist. Während des Berichtszeitraums wurden vom neuen Präsidenten aber bereits erste außenpolitische Akzente gesetzt, die durchaus weiterführende sicherheitspolitische Schlussfolgerungen im Sinne einer strategischen Lagebeschreibung zulassen.

#### Entwicklungen in Folge der „Euromaidan-Revolution“

Die Ukraine ist seitdem politischen Umbruch, hervorgerufen durch die sogenannten Euromaidan-Proteste (benannt nach dem Kiewer Hauptplatz „Majdan Nesaleschnosti“ / „Platz der Unabhängigkeit“), die im November 2013 begannen und am 22. Februar 2014 zum Sturz des damaligen prorussischen Präsidenten Viktor Janukowitsch führten, durch eine komplex-heterogene (partei-)politische Elitenstruktur mit teilweise undurchsichtigen oligarchischen Interessensverflechtungen charakterisiert. Die „Euromaidan-Revolution“ wurde ausgelöst, nachdem Präsident Janukowitsch ein Assoziierungsabkommens mit der EU nicht unterzeichnen und sich stattdessen noch stärker an Russland binden wollte. Der Sturz von Janukowitsch forderte über 100 Menschenleben und führte zu einer fundamentalen innen- und außenpolitischen Neuausrichtung des Landes. Dieser Regimewechsel wird in der Ukraine offiziell als „Revolution der Würde“ bezeichnet. Obwohl für die Opfer der „Maidan-Bewegung“ Janukowitsch treue

Sicherheitskräfte verantwortlich gemacht werden, wurden die genauen Umstände der Ereignisse strafrechtlich zunächst nicht aufgearbeitet. Dies wurde bereits 2015 vom Europarat in einem unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Nicolas Bratza, erstellten Bericht kritisiert. Die nicht transparente Aufarbeitung der Vorkommnisse im Zuge der Euromaidan-Proteste wird in der Ukraine aber kaum mehr thematisiert. Stattdessen dominieren Themen wie die grassierende Korruption sowie die sozio-ökonomischen Verhältnisse.

Zweifelsohne haben die Euromaidan-Ereignisse nicht nur für die Ukraine eine immense Bedeutung, sondern waren und sind auch für die daraus resultierenden Prozesse der internationalen Beziehungen enorm wichtig. Nach dem Regimewechsel übernahmen prowestliche Akteure die Macht in Kiew, beendeten abrupt die bis dahin betriebene prorussische Außen- und Sicherheitspolitik und erklärten die Mitgliedschaft in der EU und NATO zu den obersten außenpolitischen Zielen. Moskau reagierte unmittelbar mit der völkerrechtswidrigen Annexion der mehrheitlich von ethnischen Russen bewohnten Halbinsel Krim, auf der sich auch der strategisch wichtige Marinestützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte (zum damaligen Zeitpunkt ca. 16.000 russischen Soldaten) befand. Im Osten des Landes rebellierten prorussische Separatisten gegen die neuen Machthaber in Kiew und riefen in weiterer Folge die sogenannten „Volksrepublik Lugansk“ (VRL) und die „Volksrepublik Donezk“ (VRD) ausgerufen. Von der ukrainischen Post-Maidan-Regierung wurde zunächst versucht, den Aufstand im Osten im Rahmen einer Antiterroroperation (ATO) niederzuschlagen. Schließlich führte die bewaffnete Auseinandersetzung zu einem von Russland unterstützten Separationskrieg, während die Regierung in Kiew sich der NATO annäherte und seit dem vom Westen gestärkt wird.

Die Opferbilanz der bewaffneten Auseinandersetzung wurde – von den internationalen Medien kaum beachtet – zu Jahresbeginn 2019 nach oben korrigiert. Aufgrund der verbesserten Zählmethode der Uno-Menschenrechtsbeobachtermission (OHCHR) und der Nichtregierungsorganisation Ukrainian Helsinki Human Rights Union konnte die Opferzahl besser ermittelt werden. Demnach gab es seit Ausbruch der Kämpfe bis Januar 2019 um ein Fünftel mehr Todesopfer als bis dahin angenommen wurde. Insgesamt starben 12.447 Menschen, davon 3.320 Zivilisten, 3.813 ukrainische Militärangehörige und 5.314 Separatisten. Die genaue Zahl der getöteten ukrainischen Paramilitärs sowie auch russischer Militärangehörige ist nicht bekannt. Eine Schätzung geht von ca. 220 getöteten russischen Soldaten alleine bei den heftigen Kämpfen im Jahr 2015 aus. Unter dem Konflikt leidet vor allem die Zivilbevölkerung so sind laut dem internationalen Roten

Kreuz 3,1 Mio. Menschen aus der Ost-Ukraine geflohen, von welchen sich 1,7 Mio. innerhalb der Ukraine aufhalten.

Obwohl die kriegserische Auseinandersetzung in der Ukraine weder offiziell als Bürgerkrieg noch als zwischenstaatlicher Krieg deklariert wurde, wird im allgemeinen Sprachgebrauch sehr wohl vom Krieg zwischen staatlich-geführten Kräften unter der Führung der Kiewer Regierung auf der einen und von Moskau unterstützten prorussischen Separatisten auf der anderen Seite gesprochen. Dieser Konflikt spiegelt jedoch unterschiedliche geopolitische Interessenslagen wider, wodurch wiederum lokale, regionale und auch globale Dimensionen bei der Darstellung der sicherheitspolitischen Situation berücksichtigt werden müssen. Zwar ist bewiesenermaßen Russland an der bewaffneten Auseinandersetzung seit Anbeginn aktiv beteiligt, jedoch wurde wie bereits erwähnt dieses Handeln weder gemäß der ukrainischen Gesetzeslage, noch völkerrechtlich offiziell als zwischenstaatlicher Krieg deklariert.

### **Eskalation im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen**

Eine dramatische Zuspitzung der ukrainisch-russischen Beziehungen erfolgte im Vorfeld der ukrainischen Präsidentschaftswahlen. Ende November 2018 wurde in Folge eines ukrainisch-russischen Zwischenfalls in der Meerenge von Kertsch erstmals seit Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzung 2014 das Kriegsrecht von Poroschenko per Präsidentschaftsdekret ausgerufen. Am 24. November 2018 wurde ein ukrainisches Marinebot von einem Schiff des russischen Grenzschutzes gerammt. Zudem wurden 24 ukrainische Besatzungsmitglieder von russischen Behörden inhaftiert und seitdem nicht mehr freigelassen. Präsident Poroschenko verkündete noch am selben Tag in einer Fernsehansprache, dass sich die Ukraine unmittelbar vor einem bewaffneten Angriff durch Russland befinden würde. Der damalige Präsident sprach zudem von einem drohenden „großen Krieg“ und daher wäre die Ausrufung des Kriegsrechts in bestimmten ukrainischen Regionen notwendig. Zwar haben sich Moskau und Kiew gegenseitig das Nichteinhalten von Abmachungen bei der gemeinsamen Nutzung der Meerenge vorgeworfen und somit die Schuld am Vorfall dem jeweils anderen zugeschoben, doch die USA und weitere westliche Staaten haben das Vorgehen Russlands als Verletzung der ukrainischen Souveränität und als einen „aggressiven Akt“ verurteilt.

Das Kriegsrecht wurde für zunächst 30 Tage angesetzt und Poroschenko beabsichtigte die Verlängerung um weitere 30 Tage, was jedoch auf massive Kritik seiner politischen Kontrahenten und weiten Teilen der Bevölkerung stieß. Poroschenkos Mitbewerber um das Präsidentenamt vermuten hinter der Ausrufung des

Kriegsrechts eher wahltaktische Motive. Man unterstellte Poroschenko mit dem Kriegsrecht die Versammlungs- und Pressefreiheit einschränken zu wollen. Daher wurde dies nicht als eine konkrete Maßnahme gegen einen tatsächlich bevorstehenden Angriff Russlands auf die Ukraine gewertet.

### **Der Kampf um das Präsidentschaftsamt**

Zu Jahresbeginn 2019 standen die realen Chancen von Präsident Poroschenko wiedergewählt zu werden sehr schlecht. In der Wählerpräferenz erhielt er nur noch von 10% Zustimmung. Als aussichtsreichste Kandidatin galt die ehemalige Regierungschefin und umstrittene Langzeitpolitikerin Julia Timoschenko, aber auch der international weitgehende unbekannte Schauspieler und Komiker Wladimir Selenski bekam mehr Unterstützung als der amtierende Präsident. Unmittelbar vor dem ersten Urnengang konnte eine Verschiebung in der Wählerpräferenzen beobachtet werden und die lange Zeit favorisierte Timoschenko wurde allmählich von ihrer günstigen Position verdrängt.

Während Julia Timoschenko den amtierenden Präsidenten die Fähigkeit das Land zu führen in Abrede stellte, präsentierte sich dieser als Beschützer des ukrainischen Volkes vor der russischen Aggression. Zudem wies er auch auf durchaus herzeigbare Erfolge hin. So konnte die ukrainische Wirtschaft ein Wachstum verzeichnen und auch das Staatsdefizit wurde reduziert. Vor allem wurde mit Hilfe des Westens die ukrainische Armee modernisiert und somit die Schlagkraft erheblich erhöht. Selenski thematisierte vor allem die allgemeinen schlechten sozialen Lebensbedingungen, die grassierende Korruption und versprach der kriegsmüden Bevölkerung eine Befriedung des Konfliktes. Tatsächlich stellte die Korruption in der Ukraine eines der größten Probleme dar, obwohl sich diese seit dem Machtwechsel im Korruptionsindex von „Transparency International“ verbessert hat (2013 Platz: 144, 2019 Platz: 120). Alleine beim Zoll sollen der Ukraine aufgrund der Korruption geschätzte 4,2 Milliarden Euro jährlich entgehen.

Mitten im Wahlkampf wurde für Präsident Poroschenko ein äußerst peinlicher Korruptionsskandal bekannt. Ein Netzwerk von investigativen Journalisten der Projektgruppe „Bihus Info“ fand heraus, dass bis zu 8 Mio. EURO beim Handel mit Rüstungsgütern veruntreut wurden. Ein kriminelles Netzwerk kaufte notwendige Rüstungsgüter billig in Russland ein und verkaufte die Ware teuer an die eigenen Streitkräfte weiter. Neben Angehörigen der Antikorruptionsbehörden (NABU) sowie weiterer Strafverfolgungsbehörden, waren unter anderem auch Direktoren von Rüstungsfabriken in die Machenschaften involviert. Besonders unangenehm für Poroschenko war, dass das Netzwerk bis in seinen



inneren Machtkreis reichte. So dürfte Poroschenkos Freund und langjähriger Wegbegleiter, Oleh Gladkowskyj, der die Funktion des stellvertretenden Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrates innehatte, die illegalen Machenschaften von oben geschützt haben. Am 23. März demonstrierten ukrainische Nationalisten in Kiew gegen Poroschenko und für die Absetzung des stellvertretenden Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrates. Einige Parlamentsabgeordnete kündigten sogar aus Protest an, Poroschenkos Partei zu verlassen. Der Skandal führte zu unzähligen Verhaftungen und Gladkowskyi wurde schließlich abgesetzt.

### **Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen**

Der Wahlkampf um das Präsidentschaftsamt wurde intensiv geführt, wobei insbesondere Methoden des „Dirty Campaigning“ zum Einsatz kamen. Am 31. März 2019 fand der erste Urnengang der Präsidentschaftswahlen statt, bei der insgesamt 39 Kandidaten zur Auswahl standen, die Wahlbeteiligung lag bei 63,52%.

Kandidat:	Prozentpunkte:	Stimmen:
Wladimir Selenski	30,24%	5.713.825
Petro Poroschenko	15,95%	3.014.523
Julia Timoschenko	13,40%	2.532.230
JurijBojko	11,67%	2.205.974
Anatolij Hryzenko	6,91%	1.306.411

Ergebnisse des ersten Wahldurchgangs der fünf stärksten Kandidaten

Poroschenkos Wahlkampfstrategie als „patriotischer Landesvater“ im Kontext des Konfliktes mit Russland zu positionieren war schließlich erfolgreich und schaffte trotz des Korruptionsskandals den Einzug in die Stichwahl. Poroschenko versuchte seinen Herausforderer als eine des Amtes nicht würdige Person zu präsentieren. Vor allem stellte er Selenskis „Saubermannimage“ in Abrede.

Als landesweit bekannter Schauspieler und Kabarettist genoss Selenski bei der Bevölkerung hohe Popularität. Ironischerweise spielte Selenski in einer Comedyserie „Diener des Volkes“ einen Geschichtslehrer, der selbst über Nacht zum Präsidenten wurde und vor allem gegen korrupte Politiker vorging. Seine reale Kandidatur als Präsidentschaftskandidat hat Selenski überraschend angekündigt. Dies geschah im TV-Sender „1+1“, der dem umstrittenen Oligarchen Igor Kolomoiski gehört und seit 2015 als Erzfeind von Poroschenko gilt. Daher versuchte der amtierende Präsident seinen Mitbewerber als „Marionette“ und „Handlanger“ eines Oligarchen darzustellen, der das Land wieder in Richtung des Feindes Russland treiben möchte.

Unmittelbar vor der Stichwahl reiste Poroschenko nach Berlin und Paris und traf die deutsche Kanzlerin sowie den französischen Präsidenten. Bei beiden bilateralen Treffen wurden auch die Situation in der Ostukraine sowie die ukrainisch-russischen Beziehungen erörtert. Angesichts der schlechten Umfragewerte von Poroschenko war jedoch klar, dass dies seine letzte Auslandsreise als ukrainischer Präsident sein würde. Schließlich wurde die Stichwahl am 21. April bei einer Wahlbeteiligung von 61,37% mit folgendem Ergebnis ausgetragen:

Kandidat:	Wladimir Selenski	Petro Poroschenko
Prozentpunkte:	73,22%	24,45%
Stimmen:	13.541.528	4.522.320

Ergebnis des zweiten Wahldurchgangs der ukrainischen Präsidentschaftswahl

Der haushohe Erfolg des Herausforderers übertraf alle Prognosen. Die Mehrheit der Ukrainer sehnten sich mit der Wahl von Selenski eine Änderung der politischen Kultur, aber in erster Linie eine Verbesserung ihrer Lebenssituation bei gleichzeitiger Bekämpfung der Korruption herbei. Poroschenko kündigte unmittelbar nach der Wahl an, eine harte Politik gegen den künftigen Präsidenten – sowohl von der Regierungsbank aus auch im Parlament betreiben zu wollen. Trotz des Präsidentenwechsels würde die Regierung, in der Poroschenkos Partei mit Wladimir Hroisman den Regierungschef stellte, nach wie vor bestehen.

Am 20. Mai wurde Selenski schließlich offiziell zum Präsidenten der Ukraine angelobt und hielt auch erstmals eine Ansprache vor dem Parlament. In seiner Rede kündigte er an, das Parlament aufzulösen und innerhalb der nächsten zwei Monaten Neuwahlen durchführen zu lassen. Zudem forderte er die Abgeordneten auf, den Geheimdienstchef und den Generalstaatsanwalt zu entlassen. Bereits vor seiner Rede sind mehrere Minister freiwillig zurückgetreten, darunter der Verteidigungsminister Stepan Poltorak sowie der Außenminister Pawel Klimkin. Der Zeremonie im Parlament wohnten unter anderem die Staatsoberhäupter von Georgien, Litauen und Estland bei. Anwesend war auch der für die Ukraine zuständige US-Sondergesandte Kurt Volker, was als Signal für eine Kontinuität der bisherigen internationalen Ziehungen verstanden wurde.

### **Erste außen- und sicherheitspolitische Akzente**

Die außenpolitische Ausrichtung des neuen Präsidenten löste im Westen zunächst Unsicherheit aus, da von

Selenski während des Wahlkampfes angekündigt wurde, eine Konfliktbeilegung im Osten der Ukraine erreicht werden sollte. Dies wurde als ein Abgehen Selenskis vom bisherigen harten Kurs gegenüber den Separatisten interpretiert, womit er in weiterer Folge auch an einer Annäherung an Russland interessiert sein könnte, so die Befürchtung seiner Kritiker. Selenski selbst hat bereits vor seiner Nominierung zum Präsidenten angekündigt, die Westorientierung des Landes beizubehalten. Somit werden die zentralen außen- und sicherheitspolitischen Ziele, der Beitritt zur EU und zur NATO weiterhin verfolgt. In seiner Angelobungsrede im Parlament forderte er Russland auf, die seit November 2018 inhaftierten Matrosen freizulassen. Zu dem appellierte er an die Separatisten, sich dem ukrainischen „Vaterland“ wieder anzunähern. Gleichzeitig kündigte er aber auch an, auf kein ukrainisches Territorium verzichten zu wollen. Damit wurden zwar deutliche Botschaften an die Separatisten und auch an Russland gesetzt, aber dennoch war zumindest in der Tonalität ein Unterschied zum vorhergehenden Amtsträger erkennbar. Aus Moskau wurden weder Gratulationswünsche noch besondere Gesten der Bereitschaft einer möglichen Annäherung signalisiert, im Gegenteil. Unmittelbar nach dem zweiten Wahlausgang unterzeichnete der russische Präsident Vladimir Putin eine Weisung an das Innenministerium, das den Bewohnern „mit ständigen Wohnsitz“ in bestimmten Bezirken „der ukrainischen Gebiete Donezk und Lugansk“ die russische Staatsbürgerschaft im Schnellverfahren verliehen werden kann. Damit könnten unter anderem die an den Kämpfen beteiligten pro-russischen Separatisten in Russland schnell eingebürgert werden. Nur Tage darauf ließ Putin zudem verlautbaren, dass die Vergabe der russischen Staatsbürgerschaft auch auf die Bewohner der gesamten Ukraine ausgedehnt werden könnte. Dieses Vorgehen des Kremls wurde im Westen als eine Machtdemonstration gegenüber der Ukraine unter der Führung von Selenski verstanden. Nur kurze Zeit später reagierte der neue ukrainische Präsident mit einem ironischen Eintrag auf Facebook wie folgt: *„Wir werden die ukrainische Staatsbürgerschaft Vertretern aller Völker geben, die unter autoritären und korrupten Regimen leiden. In erster Linie Russen, die heute wohl am meisten leiden“*. Trotz des ersten medialen Schlagabtauschs haben beide Präsidenten bereits signalisiert, an gemeinsamen Gesprächen zur Lage in der Ostukraine interessiert zu sein.

### Erste Auslandsreise

Die Mitgliedschaft in der NATO und in die Integration in die EU werden weiterhin die außen- und sicherheitspolitische Prioritäten der Ukraine sein, dies bekräftigte Selenski bei seinem ersten Auslandsbesuch als Präsident, der symbolisch am 4. Juni in Brüssel

stattfand. Selenski traf sich zu bilateralen Gesprächen mit NATO Generalsekretär, Jens Stoltenberg, EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker sowie mit EU-Ratspräsidenten Donald Tusk. Bei den Gesprächen im NATO-Hauptquartier wurde vor allem die künftige operative Zusammenarbeit mit der NATO hervorgehoben:

- Zusage der NATO für die Ukraine im Konflikt mit Russland,
- Zeitnahe Durchführung gemeinsamer Manöver im Schwarzen Meer,
- Planung und Durchführung weiterer gemeinsamer Übungen,
- Unterstützung bei der Ausbildung des ukrainischen Küstenschutzes,
- Kooperation in den Bereichen Cyber Defence, und medizinische Rehabilitation.

Juncker und Tusk sagte dem ukrainischen Präsidenten Unterstützung der EU bei der Umsetzung von wichtigen Reformen zu. Es wurde betont, dass die ukrainische Souveränität nicht in Frage gestellt werden dürfe und damit wurden die jüngsten russischen Maßnahmen hinsichtlich der Staatsbürgerschaftsverleihung verurteilt. Demnach würden auch die EU-Sanktionen gegen Russland nicht gelockert. Auch eine rasche Verbesserung der Beziehungen zwischen Kiew und Moskau ist nicht zu erwarten. Dies bestätigt auch die offizielle Reaktion der Ukraine, nachdem die Parlamentarische Versammlung des Europarats (Pace) am 25. Juni Russland das Stimmrecht in diesem Gremium wieder zugebilligt hatte. Russland wurde infolge der Annexion der Krim und der Involvierung im Konflikt in der Ostukraine mit Sanktionen belegt, die nun aufgehoben wurden. Vertreter der Ukraine zeigten sich empört und kündigten an, ihre Arbeit im Europarat einstellen zu wollen. Der neue ukrainische Präsident zeigte sich „enttäuscht“ und vermittelte über Facebook, dass es ihm nicht gelungen sei, die deutsche Kanzlerin und den französischen Präsidenten umzustimmen.

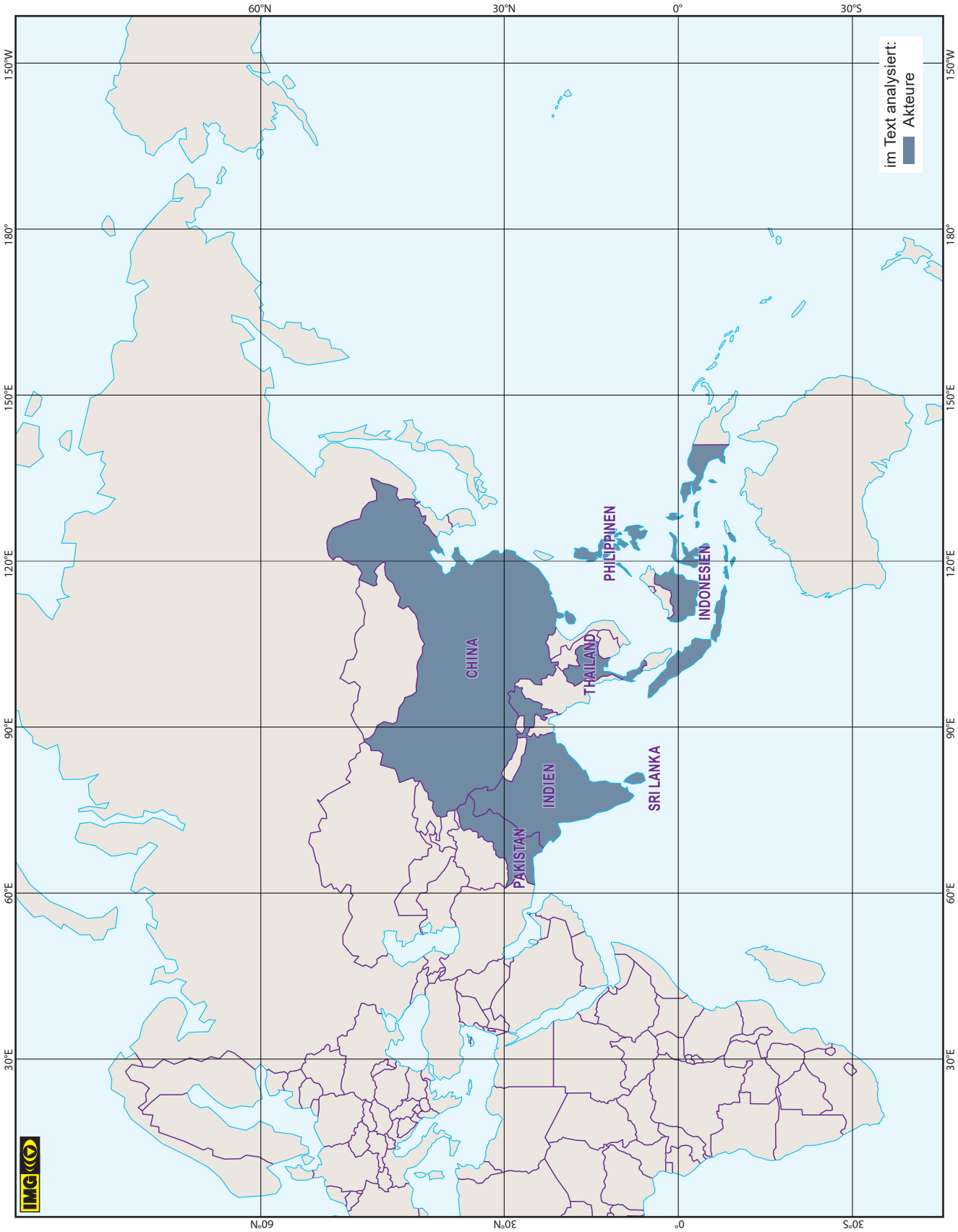
### Ausblick

Der neue Präsident der Ukraine sieht sich nicht nur mit fundamentalen sozioökonomischen Schwierigkeiten – insbesondere der Korruptionsbekämpfung – konfrontiert, sondern muss auch klare Standpunkte zum Konflikt in der Ostukraine sowie der annektierten Krim beziehen. Um innenpolitische Herausforderungen bewältigen zu können, wird er eine ihm gegenüber loyale Regierung brauchen, die aus den Parlamentswahlen am 21. Juli hervorgehen wird. Von der Regierungskonstellation wird auch die Durchführbarkeit vieler Reformen abhängen.

Im außen- und sicherheitspolitischen Kontext wird die neue politische Führung im Rahmen geopolitischer

Machtstrukturen gegenüber den USA, EU und vor allem Russland positionieren müssen. Davon werden schließlich auch für die EU und somit auch für Österreich entscheidende sicherheitspolitischen Prozesse ableitet werden. Die von Selenski beim ersten Auslandsbesuch getätigten Aussagen deuten auf eine Kontinuität der außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung der Ukraine hin. Auch die Beziehungen mit Russland dürften zumindest auf absehbare Zeit keiner Veränderung unterzogen werden. Somit dürfte kurz- bis mittelfristig keine Nennenswerte Änderung eintreten, was auch bedeutet, dass eine Eskalation der Lage weder im Osten der Ukraine, noch im Konflikt mit Russland eher nicht zu erwarten ist. Generell ist eher wahrscheinlich, dass angesichts der anhaltenden Spannungen in den internationalen Beziehungen insbesondere zwischen USA auf der einen und Iran und China auf der anderen Seite, dass das Interesse globaler Akteure am Ukrainekonflikt sowie an der innenpolitischen Entwicklung im Land selbst eher abnehmen wird. Dies würde bedeuten, dass die EU eine führende Rolle bei der Konfliktregulierung einnehmen müsste. Zwar würde die NATO generell ein wichtiger Akteur bleiben, aber eine nachhaltige stabile Situation kann nur im Einvernehmen der EU und Ukraine zusammen mit Moskau erreicht werden. Dies scheint zumindest theoretisch möglich zu sein.

**Rastislav Bachora**



Indo-pazifischer Raum

## Der indopazifische Raum

In den letzten Monaten prägten Polarisierung und Extremismus die Sicherheits- und Außenpolitik im indopazifischen Raum. Überdies prägten Wahlkampfstrategien und -ergebnisse in Süd- und Südostasien zentrale politische Entwicklungen. Anschläge vertieften die grundlegenden wirtschaftlichen, politischen, ethnischen und religiösen Spannungen, z.B. im philippinischen Jolo am 27.1., in Pulwama im indischen Kaschmir am 14.2. und in Sri Lanka am 21.4.2019. In Indien nahmen der Konflikt mit Pakistan und der Hindu-Nationalismus (Hindutva) zu, in Indonesien die Identitätspolitik und der Einfluss konservativer Moslemorganisationen. In Südthailand und in den Philippinen droht die Unterminierung der jahrzehntelangen Autonomieverhandlungen mit moslemischen Separatisten durch in- und zunehmend ausländische Extremisten.

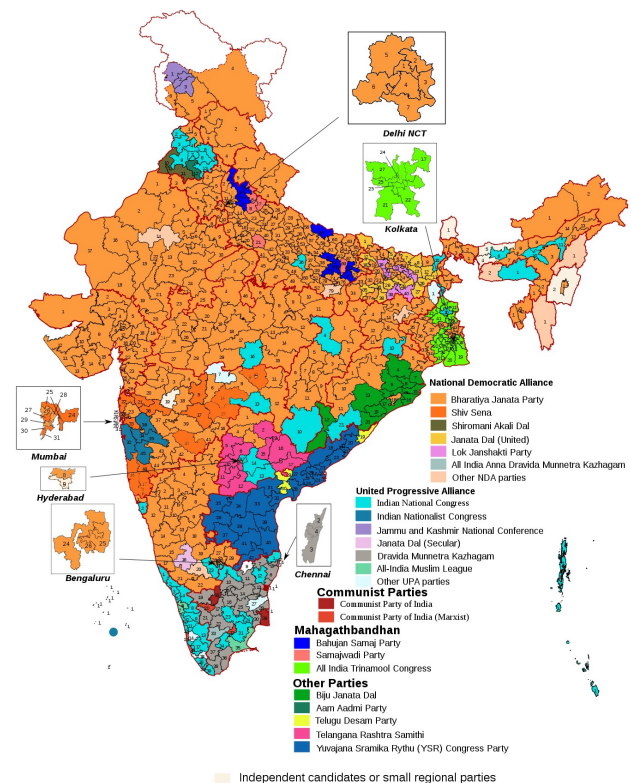
### Fortschreitende Polarisierung von USA & China

Der wirtschaftliche Konflikt zwischen den USA und China dehnte sich auf einen politischen aus, weiters sektoriell, z.B. auf seltene Erden, den Handel und neue Technologien, sowie geographisch v.a. auf Südostasien. Mit dem South China Sea and East China Sea Sanctions Act erhöhten die USA den Druck auf China. Der US-Kongress wird dem Gesetzesvorschlag vom 23.5.2019, erstmals eingebracht im März 2017, vermutlich zustimmen. Er soll China von der Festlegung von Grundlinien und einer ADIZ (Air Defence Identification Zone) im Südchinesischen Meer abbringen. Vorgesehene US-Maßnahmen sind die Beschlagnahmung von Vermögenswerten in den USA sowie die Verweigerung von US-Visa für Personen und Unternehmen, die „Stabilität und Sicherheit“ beeinträchtigen. Als potentielle Konsequenzen werden in Asien eine chinesische Gegenreaktion, Intensivierung der Rivalität, Spaltung der ASEAN-Länder sowie militärische und wirtschaftliche Instabilität des gesamten Raumes befürchtet. Der Vorteil liegt nur scheinbar beim Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Tatsächlich erwirkte die politische und juristische Bekämpfung des chinesischen Expansionismus im Südchinesischen Meer kein Einlenken Chinas. Ungünstig für die konsensorientierte ASEAN ist allerdings der Zeitpunkt der US-Intervention. Die aktuelle größere Stabilität resultiert aus Chinas Aufwertung der Nachbarschaftspolitik zu einem zentralen Aspekt seines strategischen Umfelds. Zum Vorteil der Seidenstraße, zur Verminderung von potentielltem Widerstand und Orientierung an den USA sowie zum Werben um Unterstützung für die eigenen Ziele stellte China die bi- und multilateralen Beziehungen sowie vertrauensbildende Maßnahmen in den Mittelpunkt, z.B. durch die derzeitige gemeinsame

Erarbeitung eines Verhaltenskodex im Südchinesischen Meer, das Auftreten als lokaler Sicherheitsgarant und die kollektive Ressourcennutzung. Vor diesem Hintergrund will sich ASEAN auf seine strategische und diplomatische Zentralität und Ausgewogenheit rückbesinnen, zur Stärkung der eigenen Relevanz sowie seines Einflusses auf die Großmächte durch Offenheit und Inklusivität.

### Indien: Parlamentswahl stärkt Modi

Die nationale Sicherheit und die vielschichtige Außenpolitik überlagerten die traditionellen wahlentscheidenden Wirtschaftsthemen bei der indischen Parlamentswahl 2019. 67% der 900 Mio. Wahlberechtigten gaben von 11.4. bis 19.5. in sieben Etappen für 543 Mitglieder des Unterhauses des Parlaments (Lok Sabha) bis 2024 ihre Stimme ab. Dazu standen 1 Mio. Wahllokale, 10 Mio. Wahlhelfer und seit 2004 elektronische Wahlmaschinen bereit. Die Stimmenauszählung begann am 23.5. Zu den maßgeblichen Bundesstaaten zählen Uttar Pradesh mit 200 Mio. Einwohnern, Maharashtra, Westbengalen, Bihar und Tamil Nadu.



Wahlergebnis der indischen Parlamentswahl 2019

Seine kohärente Wahlkampfstrategie stützte der durch die Wiederwahl gestärkte Premierminister Narendra Modi noch mehr auf die Hindutva. Diese, sein Charisma als starke Führungspersönlichkeit und die angekündigte Wirtschaftsreform galten als entscheidende Faktoren für

Modis deutlichen Wahlsieg 2014. Seine wirtschaftliche Erfolgsbilanz als Premierminister des Bundesstaates Gujarat (2001 bis 2014) konnte er auf Regierungsebene kaum fortsetzen, blieb jedoch der populärste Politiker. Der Oppositionskandidat der Kongresspartei, Rahul Gandhi, formte zwar Allianzen, interne Differenzen verhinderten jedoch eine einheitliche Haltung gegenüber Modis Bharatiya Janata Party (BJP).

Mit einer aktiveren, persönlichen Diplomatie stärkte Modi die Beziehungen zu den USA, China, Japan und Israel. Die strategische Autonomie und Bemühungen um einen Interessensausgleich bleiben im Mittelpunkt (siehe ISS-Aktuell 1/2019). Mit den USA intensivierte Indien die Verteidigungskooperation, gemeinsam mit Australien und Japan soll der vierseitige strategische Verteidigungsdialog Quad mit dem Ziel des freien und offenen Indopazifiks wiederbelebt werden. Der US-Rückzug aus Afghanistan bereitet Indien Sorgen. Mit Japan initiierte es den Asien-Afrika Wachstumskorridor als Alternative zur Seidenstraße. Diese lehnt Indien trotz Mitgliedschaft in der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank ab. Chinas Einfluss in den indischen Nachbarländern Bangladesch, Malediven, Myanmar, Nepal und Sri Lanka nimmt zu. Die traditionelle Beziehung zu Russland wird durch die russisch-chinesische Koordinierung betreffend Afghanistan belastet. Mit den Golfstaaten - wichtige Ölimportquelle und Arbeitsplatz für 7 Mio. Inder - verbesserte sich das Verhältnis. Die Kooperation mit Israel wächst bei Verteidigung und Antiterrorkampf. Der Iran bietet über den Hafen Tschabahar einen essenziellen Zugang zu Afghanistan, die US-Sanktionen und die iranische Rivalität mit Saudi-Arabien belasten auch Indien. Die vorwiegend wirtschaftliche Beziehung zu Europa läuft v.a. über Großbritannien, mit mittelfristig entsprechend negativen Konsequenzen bei einem Brexit.

Die internen Probleme umfassen die Wirtschaftslage, Demographie, Bürokratie, Arbeitsplatzverluste aufgrund der Digitalisierung, das Bildungswesen und religiöse Gewalt. Zwar halbierte sich die Armut innerhalb eines Jahrzehnts auf 28% und erhöhte den Lebensstandard von 271 Mio. Menschen. Doch der Mangel an Kreditzugang, Arbeitsplätzen, Wasser- und Stromversorgung sowie der Preisverfall für Agrarprodukte treffen v.a. den ländlichen Raum. Die Demonetarisierung und die Einführung einer Mehrwertsteuer im Juli 2017 zur Schaffung eines landesweit einheitlichen Marktes schwächten als schlecht implementierte Antikorruptionsmaßnahmen die (Export-) Wirtschaft, v.a. Kleinbetriebe. Modis Gegenkandidat Rahul Gandhi versprach 2019 die Vereinfachung des komplexen Steuersystems. Zur letztlich wenig erfolgreichen Eindämmung des Schwarzgeldes wurden im November 2016 die größten

Banknoten eingezogen, jene für 1.000 Rupien (15 US-\$) und für 500 Rupien. Deren Anteil am Bargeld, das die Wirtschaft dominiert, betrug allerdings 86% und Millionen Inder hatten keinen Zugang zu den neuen Geldscheinen. 40% der Wirtschaftsleistung und 75% der Arbeitskraft entfallen auf den informellen Sektor. Das BIP-Wachstum sank in den sechs Folgemonaten um 2%. Im Wettbewerb der einzelnen Bundesstaaten wird Modi, nun mit absoluter Parlamentsmehrheit, künftig stärker regionale Akzente setzen, seine Seniorität und Erfahrung zählen als Vorteile.

### **Indonesien: Wahlen bestätigen Jokowi**

Konservative islamische Organisationen und Geistliche stärkten ihren Einfluss auf die Politik Indonesiens. Die Rücksichtnahme auf das wachsende islamische Bewusstsein durch die Präsidentschaftskandidaten nahm stetig zu. Am 17.4. wurden der Präsident und erstmals gleichzeitig das Nationalparlament, die Provinz- und Bezirksvertreter bis 2024 gewählt. Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 78% der 193 Mio. Wahlberechtigten gewann der amtierende Präsident Joko Widodo (Jowoki) gegen Prabowo Subianto mit 55,5% deutlicher als 2014 und verfügt mit 65,5% über eine größere parlamentarische Mehrheit als bisher. Er konnte sich auf eine breite Machtbasis stützen, darunter 31 von 34 Provinzgouverneuren und 9 von 16 politische Parteien. In Indonesien zählt v.a. die Unterstützung durch einflussreiche Persönlichkeiten (tokoh). Er hob seine Wirtschaftserfolge hervor, darunter ein neues Steuersystem, Investitionsanreize, Infrastrukturprojekte und Verbesserungen im Gesundheitswesen. Die gleichzeitige Herausforderung der ökonomischen Entwicklung lag in der Inflation und den hohen Lebensmittelpreisen trotz Importförderung. Die Geschäftsleute favorisierten den Status Quo und damit Jokowi. Der mangelnden islamischen Glaubwürdigkeit begegnete Jokowi mit der pragmatischen Nominierung des Klerikers Ma'ruf Amin als Vizepräsidenten und einer Pilgerreise nach Mekka kurz vor dem Wahltermin.

Ma'ruf Amin fungiert als ranghoher Geistlicher für die landesweit größte islamische Organisation NU (Nahdlatul Ulama). Er gewann Unterstützung aus der zweitgrößten islamischen Organisation Muhammadiyah, obwohl ein Großteil ihrer Mitglieder Prabowo bevorzugte. Als Vorsitzender der höchsten islamischen Wissenschaftseinrichtung MUI (Majelis Ulama Indonesia) verantwortet er bis zur Einführung des verpflichtenden Halal-Gesetzes ab 17.10.2019 die bisher freiwillige Halal-Zertifizierung. Diese erfolgt derzeit für 20% der für Moslems erlaubten Produkte. Der lokale Markt für Lebensmittel, Kosmetik und Pharmazie wird auf 300 Mrd. US-\$ geschätzt. Innerhalb des 1,4 Billionen US-\$ schweren Halal-Weltmarktes soll



Indonesien zu einem globalen Hub aufgebaut werden. Im Rahmen der ab Herbst gesetzlich vorgeschriebenen Zertifizierung werden MUI bzw. Ma'ruf Amin eine zentrale Kontrollfunktion übernehmen.

Jokowis Gegenkandidat, der pensionierte Generalleutnant Prabowo Subianto, nahm seit 2004 an jeder Wahl teil und initiierte stets gewalttätige Demonstrationen gegen seine Wahlniederlagen. Er verfügte über geringere finanzielle Ressourcen, jedoch starken Rückhalt bei konservativen Moslems, deren Organisationen und zwei islamischen Parteien. Sandiaga Uno (Sandi), einer der landesweit wohlhabendsten Geschäftsleute und Geldgeber der Prabowo-Kampagne, kandidierte als Vizepräsident. Viele Moslems erhofften sich mit Prabowo eine tiefere Islamisierung und unterstützten ihn mit islamischen Doktrinen, z.B. islamischer Solidarität. Viele waren überzeugt, dass die Wahl für Prabowo in Übereinstimmung mit der politischen Fatwa von 16.9.2018 eine religiöse Pflicht sei: „*If I wrongly chose Prabowo-Sandi, my sin is the ulama's responsibility. However, if I incorrectly choose Jokowi-Ma'ruf, then no one bears my sin, because the ulama did not support them.*“ (Rahmat Surya, Geschäftsmann).

### **Thailand: Militär behält die Macht**

Aufgrund des neu eingeführten, proportionalen Repräsentationssystems bleibt General Prayuth Chan-ocha von der Palang Pracharath Partei, überzeugter Royalist und ehemaliger Armeechef, Premierminister Thailands. Kurz vor dem Wahltermin am 24.3. verbot das Verfassungsgericht eine der einflussreichsten Oppositionsparteien, Thai Raksa Chart, mit der Schwester des Königs, Prinzessin Ubolratana, als Spitzenkandidatin. Seit langem wird die thailändische Politik von Militär, Königsfamilie und Wirtschaftselite dominiert. Gewählte zivile Regierungen werden regelmäßig vom Militär gestürzt. Die Thai Raksa Chart Partei ist mit der weiterhin populärsten Partei Pheu Thai verbunden. Diese wurde vom ehemaligen und nun im Exil lebenden Premierminister Thaksin Shinawatra gegründet. Wegen der Agrarsubventionen und der Bemühungen zur Institutionalisierung eines erschwierlichen Gesundheitswesens unterstützten ihn v.a. die Landbevölkerung und Arbeiterschaft. Seine Schwester Yingluck wurde 2014 als Premierministerin durch die jetzige Militärjunta entmachtet. Die demokratische Partei, unter der Führung des ehemaligen Premiers Abhisit Vejjajiva, verkündete im Vorhinein die Ablehnung einer potentiellen Koalition mit der Pheu Thai Partei. Um ihre Macht zu erhalten änderte die Militärjunta 2017 die Verfassung und inkludierte ein Verbot für politische Treffen und Wahlkämpfe sowie ein proportionales Repräsentationssystem, das im Fall eines Pheu Thai-Wahlsiegs deren Mehrheit im

Parlament verhindert. Durch Koalitionen versuchte Pheu Thai die Anzahl ihrer Parlamentssitze zu maximieren.

### **Überregionale Bedrohungslage in S- und SO-Asien: Extremismus und Terrorismus**

Für den regionalen und globalen Terrorismus entstehen in Süd- und Südostasien alternative Zentren. Speziell in Südasien verändert sich das Bedrohungsbild durch Aufsplitterungen und Vereinigungen der über 100 islamistischen Terrorgruppen ständig. Lokale Konflikte und individuelle Faktoren, z.B. persönliche Rache oder Marginalisierung, nutzt v.a. der Islamische Staat (IS) zur Vermeidung eines langen Radikalisierungsprozesses für eigene Zwecke. Der IS betrachtet sowohl direkt befohlene Attentate, als auch die durch seine Ideologie inspirierten, als seine eigenen. Der Extremismus weist eine enge Verknüpfung mit der Kriminalität auf, z.B. Waffen- und Drogenhandel (crime terror nexus). Der Fokus für häufig kampferprobte Rückkehrer aus dem Nahen Osten, ausländische und einheimische Kämpfer, liegt in Gebieten, die bereits heute durch Fundamentalismus gefährdet und schwierig zu kontrollieren sind. Dazu zählen die Regionen zwischen den Philippinen, Indonesien und Malaysia, zwischen Bangladesch und Myanmar, zwischen China, Afghanistan und Zentralasien sowie zwischen Afghanistan und Pakistan. Eine Verlagerung zeigt sich ins Landesinnere Pakistans, in den indischen Kaschmir und nach Xinjiang, eine besondere Gefährdungszunahme in den südlichen Philippinen. Die gewalttätigsten Schauplätze sind Sri Lanka, Afghanistan und Indien. Religiöse Gruppen, Einzelpersonen und politische Parteien nutzen in multiethnischen und multireligiösen Gesellschaften den Islam, aber auch den Hinduismus und Buddhismus zur Polarisierung.

In einer möglichen opportunistischen, taktischen oder geschäftlichen Kooperation zwischen dem IS und Al-Qaida (AQ) liegt aufgrund der geänderten operativen Umgebung eine große potentielle Gefahr, z.B. bei Logistik, Waffen oder Informationsaustausch. Beide verbindet eine ähnliche Weltsicht und der Sunnismus. Die physische und virtuelle Gefahr des IS nimmt mit der Machtdezentralisierung, flachen Hierarchien und zunehmend autonomen Zellen im operativen und ideologischen Bereich global zu. Bei der Verlagerung von Syrien in die Peripherie konzentriert sich der IS auf die bestehenden Wilayats (externe Provinzen) in Afghanistan, Pakistan, seit Juli 2018 auf die Philippinen, seit Mai 2019 auf Kaschmir (Wilayah of Hind statt bisher Provinz Khorasan) sowie auf die fragmentierten, regional wieder erstarkenden Cyber-Kalifate. Künftige Wilayats könnten in Bangladesch, Indonesien und Xinjiang entstehen. Die IS-Provinzen führen Medienkampagnen zur Radikalisierung und

Rekrutierung durch sowie Militärkampagnen für Kampftraining, Tarnung, Waffenherstellung u.ä. Nach der Institutionalisierung und Etablierung diverser Untergrundnetzwerke, z.B. für die interne Sicherheit, verkündete der IS für 2019 im Rahmen einer 4-stufigen Strategie die Ermordung von Verrätern, die Kontrolle und Rekrutierung, Kämpfe in Städten und in offener Konfrontation. Als Ziele visiert der IS symbolische und strategische Ziele an, darunter Zivilisten, kritische Infrastruktur wie z.B. Flughäfen, internationale Organisationen und Botschaften. Zunehmendes Interesse zeigt der IS an chemischen, biologischen und radiologischen Waffen wie Anthrax oder Botulinum. Die klassischen Anschlagsmittel umfassen Fahrzeuge, Messerangriffe, Bombenanschläge, bewaffnete Überfälle und Drohnen mit Explosivstoffen. AQ stellt in manchen Regionen wegen der Widerstandsfähigkeit und Flexibilität bei der taktischen Kooperation mit Einheimischen und anderen bewaffneten Gruppen, z.B. mit den Taliban in Afghanistan im Gegenzug zu Zufluchtstätten und Aktionsräumen, eine größere Gefahr dar, als der IS. AQ operiert in Pakistan, Afghanistan, Indien, Bangladesch, China sowie in den Philippinen und nutzt Myanmar als Transitland.

Zur Bewältigung der vor- und nachgelagerten Bedrohungen, für Prävention und Bekämpfung fehlt es den meisten Ländern an personellen und finanziellen Kapazitäten sowie an einer effizienten Kooperation zwischen der Strafverfolgung, den Geheimdiensten und dem Militär. Ziel ist das Kappen der Finanzressourcen und von sicheren Zufluchtsorten, nicht zuletzt durch stärkere regulatorische Mechanismen, Bildung und Kommunikation. Wenige Länder verfügen über strukturierte Programme, die meisten über unklare Vorstellungen, manche über Ad hoc-Konzepte. BIMSTEC bietet als regionale Kooperationsinitiative von Bangladesch, Bhutan, Indien, Myanmar, Nepal, Sri Lanka und Thailand eine Plattform für Antiterrorübungen. Nötig ist die kontextbezogene (Neu-) Interpretation der relevanten religiösen Texte, damit diese nicht länger als Rechtfertigung für Extremismus dienen können, sowie die Formulierung neuer Gegennarrative zur Dschihadistenpropaganda und internationale religiöse Dialoge. Die Deradikalisierungsmaßnahmen für häufig kampferfahrene Rückkehrer und einheimische Extremisten gelten als essenziell, die diesbezüglichen Bemühungen in Indonesien allerdings als gescheitert.

### **JeM-Terroranschlag im indischen Kaschmir**

#### **Indien im Kaschmirkonflikt**

Beim schwersten Terroranschlag seit drei Jahrzehnten tötete ein einheimischer Selbstmordattentäter am 14.2. in Pulwama im indischen Bundesstaat Jammu und

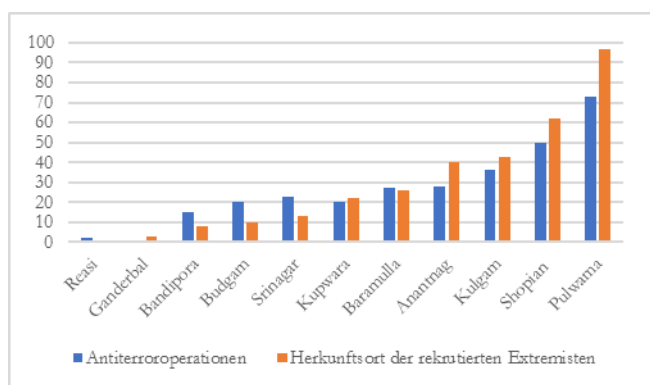
Kaschmir (J&K) 44 paramilitärische Polizisten. Signifikant sind die Öffentlichkeitswirksamkeit, die resultierende Vertiefung der indisch-pakistanischen Spannungen und der Zeitpunkt vor dem US-Rückzug aus Afghanistan. Der Anteil der Kaschmiris in den Extremistenorganisationen Pakistans steigt stetig an. Als Reaktion änderte Indien seine sicherheitspolitische Strategie grundlegend. Dies zeigt sich in den Vergeltungs- und Präventiv-Luftangriffen durch die IAF (Indian Air Force) auf Balakot in Pakistan sowie Muzaffarabad und Chakoti in Azad Kaschmir am 26.2.2019. Mit der erstmaligen Überschreitung der Line of Control (LoC) seit 1971 zeigte die IAF Entschlossenheit, Risikobereitschaft, militärische Kapazitäten und Symbolik. Zwölf Mirage 2000 mit israelischen SPICE-2000 gelenkten Gleitbomben flogen Einsätze gegen JeM-Terrorcamps (Jaish-e-Mohammed) in Balakot in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa, 80 km im Landesinneren Pakistans. „*Deterrence has to be seen and not just done*“, kommentierte Vikram Sood, ehemaliger Chef des indischen Auslandsnachrichtendienstes. Bei den Gegenangriffen Pakistans offenbarte die IAF die Schwäche des vorgeschobenen Luftwaffenstützpunkts in Srinagar, v.a. hinsichtlich einer Deterrence by Denial entlang der LoC, bei Aufklärung und Überwachung. Der tatsächliche Erfolg der Deterrence by Punishment ist unklar, wird von Pakistan in Abrede gestellt und von der IAF mit einer vorsichtigen Formulierung als Erreichung der selbstgesetzten Ziele bestätigt. Erstmals führten zwei Atommächte Luftschläge durch, limitiert und kontrolliert. Parallel erfolgten Artilleriegefechte. Ein funktionierendes Krisenmanagement existiert nicht.



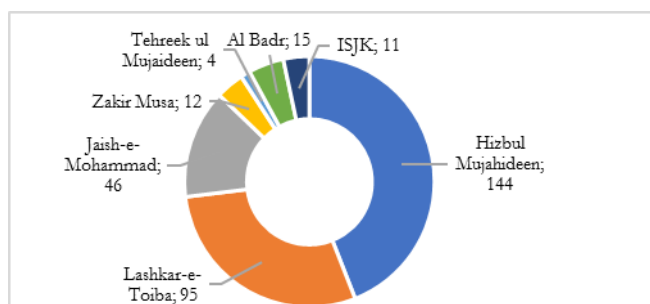
IAF-Angriffszielen in Kaschmir

Die jeweiligen politischen und strategischen Motive sprechen sowohl für als auch gegen eine Eskalation. Die bisherigen punktuellen Vergeltungsschläge im Rahmen einer Mischung aus Soft und Hard Power konnten die pakistanischen Terroranschläge als effektive und kostengünstige Strategie nicht unterbinden. Die Luftangriffe übertrafen die bisherigen Artilleriegefechte,

stellten Indiens Reputation der strategischen Zurückhaltung in Frage, vermieden allerdings die höchste potentielle Eskalationsstufe in Form eines Einsatzes von Präzisionsraketen. Modi demonstrierte konventionelle militärische Überlegenheit und Führungsstärke, nicht zuletzt wegen des Wahlkampfes. Die Versicherung gegenüber der eigenen Anhängerschaft ist sowohl Indien als auch Pakistan wichtiger als eine Widerlegung des inkompatiblen gegnerischen Narrativs.



Antiterroroperationen und Herkunftsbezirke der Extremisten nach J&K-Bezirken (Jänner 2017 bis Februar 2019)



Anzahl der rekrutierten Extremisten in J&K gemäß Organisation (Jänner 2017 bis Februar 2019)

Indiens neue Sicherheitspolitik zeigt eine externe und interne Dimension. Sie umfasst eine proaktivere (internationale) Informationspolitik, eine systematische politische und wirtschaftliche Isolation Pakistans, z.B. im Rahmen des UN-Sicherheitsrates, und die Bemühungen um einen internationalen Gesetzesrahmen zur Terrorbekämpfung. Aus der Position der Stärke lehnte Indien eine Geiselverhandlung ab. Pakistan ließ den am 27.2. beim Gegenschlag abgeschossenen IAF-Piloten der MiG-21 Bison am 1.3. frei. Die angedrohte Aufkündigung des Indus-Wasservertrags von 1960 und damit der Wassernutzungsrechte Pakistans setzte Indien nicht um, aus Sorge um sein Image als international verantwortlicher Akteur. Aus Sicherheitsgründen schränkte Indien in J&K den grenzüberschreitenden Handel ein. In einem Grundsatzprogramm kündigte Modi am 8.4. die Außerkraftsetzung der Artikel 370 und 35(a) der indischen Verfassung nach seiner Wiederwahl an. Darin sind die Autonomierechte des Kaschmirs

sowie die Definition der ständigen Einwohner festgelegt. Die damit einhergehende Ermöglichung des Erwerbs von Land und Eigentum für Nicht-Kaschmiris hätte enorme politische und demographische Auswirkungen. Im Inland zog Indien das Sicherheitspersonal von 18 Separatistenführern der Hurriyat-Konferenz der All Parties (APHC) und von 155 Politikern ab. In der APHC schlossen sich am 9.3.1993 26 politische, soziale und religiöse Organisationen zur Ursachenthematisierung des Kaschmir-Separatismus zusammen. Die J&K-Bezirke Pulwama, Shopian und Kulgam zählen zu den instabilsten. Eine Instrumentalisierung als islamistischer Konflikt gilt aufgrund der historischen, territorialen und politischen Konfliktursache als unwahrscheinlich, auch wenn die Gewalt, sozioökonomische und politische Instabilität als Pull-Faktoren für transnationale Terroristen wie den IS dienen könnten.

### Pakistan im Kaschmirkonflikt

Der Abschuss zweier IAF-Kampfflugzeuge am 27.2. diente laut Pakistan nicht der Vergeltung, sondern der Demonstration seines Rechtes, Willens und seiner Kapazität zur Selbstverteidigung, mit möglichst geringen Kollateralschäden. Die Kosten einer langfristigen Konfrontation könnte Pakistan kaum tragen. Unter Vermeidung einer klaren Position beziehen sich die offiziellen Stellungnahmen auf den Ablauf der indischen Angriffe, die pakistanische Abwehr sowie den raschen indischen Rückzug ohne Schaden und Verletzte für Pakistan.

Die von Bahawalpur im Punjab aus operierende islamistische Terrorgruppe Jaish-e-Mohammed (JeM) strebt den Anschluss des mehrheitlich muslimischen J&K an Pakistan an. JeM verfügt seit 2015 über stetig verbesserte operative Kapazitäten und 40.000 paramilitärische Kämpfer. Ein reiner Antiterrorkampf berücksichtigt allerdings nicht die zugrunde liegenden historischen Ursachen des Kaschmirkonflikts. Durch die Ausnutzung der Unzufriedenheit der lokalen Bevölkerung, deren Radikalisierung und der bewussten Provokation einer indischen Gegenreaktion gewinnt JeM die für Extremisten unabdingbare internationale Aufmerksamkeit. JeM gilt als verlängerter Arm des pakistanischen Geheimdienstes, steht seit 2001 auf der UN-Liste der Terrororganisationen, ist seit 2002 in Pakistan verboten und verfügt über enge finanzielle und personelle Verknüpfungen mit den afghanischen Taliban, aber auch mit AQ, TTP (Tehrik-e-Taliban Pakistan), LeT (Lashkar-e-Taiba) und LeJ (Lashkar-e-Jhangvi). Die Finanzierung läuft über eine humanitäre Hilfsorganisation. Den Aufenthalt des einflussreichen JeM-Gründers und Anführers Masood Azhar im Inland bestätigte Pakistan.

### **China & andere im Kaschmirkonflikt**

Die USA unterstrichen Indiens Selbstverteidigungsrecht und die Dringlichkeit einer effektiven Bekämpfung von Terror mit politischem Willen und Ressourcen durch Pakistan. Russland zeigte ebenfalls Solidarität im Antiterrorkampf. China rief beide Seiten zur Zurückhaltung auf. Seine aufmerksame Beobachtung diene der Einschätzung der indischen Militär- und Abschreckungskapazitäten. Seine eigenen Militärkräfte verstärkt China seit einiger Zeit nahe der indischen Grenze in Tibet, u.a. mit Militärcamps und dem Ausbau dreier ziviler Flughäfen. Im Gegenzug verlegte Indien per 1.4. das strategische Kommando der bewaffneten indo-tibetanischen Grenzpolizei (ITBP) von Chandigarh nach Leh-Ladakh in J&K. Am 1.5. stimmte China nach langjährigem Veto, so auch noch am 13.3., der UNSR-Resolution 1267 zur Anerkennung des JeM-Anführers als globalen Terroristen zu. Die Sanktionen bringen, als diplomatischer Sieg Indiens, ein weltweites Reiseverbot, Waffenembargo und Kontensperre.

### **Islamistischer Terroranschlag in Sri Lanka**

Das Erstarken des islamistischen Extremismus in Sri Lanka, Südindien und den Malediven, die internationale Vernetzung, die Instrumentalisierung lokaler Konflikte sowie mangelnder Wille und Kapazität zur Extremismusbekämpfung zeigten sich in den Anschlägen in Sri Lanka am 21.4. in Colombo und Negombo mit 250 Todesopfern und 500 Verletzten. Die Angriffsziele Luxushotels und Kirchen galten dem Westen und der Wirtschaft. Nach der Ausrufung des Notstandes liegen die Herausforderungen für die zerstrittene Regierung in der Wiederherstellung von Sicherheit und der Funktionsfähigkeit der Nachrichtendienste sowie der Regulierung des religiösen Raumes, des Internets und des (islamischen) Bildungswesens. Die kleine örtliche Terrorgruppe National Tawhid Jamaat (NTJ) führte sieben koordinierte, fast zeitgleiche Selbstmordattentate aus. Sie verfügt über Verbindungen zur pakistanische LeT und zur zunehmend aktiven JMI (Jamaat ul Mujahideen India). Diese ist in Bengalen tätig und kooperiert eher mit AQ als mit dem IS. Der IS rief am 29.6.2014 in Sri Lanka ein IS-Kalifat aus. Die NTJ ist eine Splittergruppe der tamilischen SLTJ (Si Lanka Tawhid Jamaat), diese wiederum eine Gruppierung der 2004 gegründeten indischen TNTJ (Tamil Nadu Tawhid Jamaat). In den vergangenen drei Jahren widmete sich die NTJ, v.a. vom teils salafistisch geprägten Osten des Landes aus, dem Aufbau von Kapazitäten, der Rekrutierung über soziale Medien und der Radikalisierung der Jugend. Bisher war Sri Lanka eher für buddhistischen Ethnonationalismus bekannt, v.a. durch die Gewalt befürwortende Bodu Bala Sena (BBS). Die buddhistischen Singhalesen stellen die Bevölkerungsmehrheit. Der Anteil der Großteils hinduistischen Tamilen liegt bei 15%, jener der Moslems

bei 10%. Die langjährigen Spannungen zwischen Moslems und Buddhisten wurden durch die Rohingya Verfolgung in Myanmar beschleunigt. Syrienrückkehrer rächten Baghouz im Namen des IS durch die Zerstörung buddhistischer Tempel.

### **Extremismus in Afghanistan und Pakistan**

Im Gebiet zwischen Afghanistan und Pakistan befördert die gemeinsame Stammeszugehörigkeit die grenzüberschreitende Verbindung zwischen den Kampfgruppen auf beiden Seiten der 2.430 km langen, geographisch herausfordernden Grenze. Gegen die Unterwanderung errichtet Pakistan einen Grenzzaun um 550 Mio. US-\$. Der Islamische Staat Khorasan (ISK) bedroht, in grundsätzlicher geopolitischer Rivalität zu den Taliban, teils jedoch auch in Konzilianz, als formeller und gewalttätigster IS-Ableger die afghanische Regierung und Pakistan. Aktiver in seiner Zufluchtstätte Afghanistan richten sich die städtischen Terrorattacken gegen Schiiten, die Regierung und ausländische Ziele. Das strategisch positionierte ISK-Hauptquartier befindet sich an der gewinnbringenden Drogentransitroute in der Ostprovinz Nangarhar. Kämpfer aus Nahost unterstützen die ca. 6.000 ISK-Mitglieder. In Pakistan hingegen stößt ISK auf größeren Widerstand, v.a. durch TTP. Abgesehen von einer starken Regenerationskapazität stärkt der ISK seine geographische Reichweite mit Allianzen. Abtrünnige TTP-Kämpfer schlossen sich zur pakistanischen ISK-Fraktion zusammen, die von Ost- und Nordost-Afghanistan aus wirkt. Eine zweite, ebenfalls in Nord-Afghanistan stationierte Hauptgruppe besteht aus Usbeken. Al-Qaida Central (AQC) ist als langfristige Bedrohung präsent und konzentriert sich auf die Reorganisation, Rekrutierung und Reorientierung. Im Sinne einer Globalisierung bietet AQC von seiner afghanischen Basis aus lokalen Kämpfergruppen ideologische Unterstützung und spricht dem globalen Dschihad die Bedeutung ab.

In Afghanistan zeigt sich die zunehmende Akzeptanz der Taliban als Verhandlungspartner durch die USA, China, Pakistan und Russland. Die Gebietsgewinne der v.a. im südlichen Afghanistan gefestigten Taliban resultieren aus operativen und taktischen Strategieänderungen. Statt verlustreicher Angriffe auf Provinzhauptstädte, jedoch bei Aufrechterhaltung der entsprechenden Kapazitäten, konzentrieren sich die Taliban zunehmend auf die Einkreisung der Städte durch eine Ausweitung im ländlichen Raum. Dazu kommt die operative Kampfstärke von 75.000 Mann inklusive umfassender administrativer Unterstützung sowie die ethnische Ausweitung auf Usbeken und Tadschiken. Die Etablierung einer Verwaltung und das Oktroyieren eigener Regeln soll die Dysfunktion der afghanischen Regierung betonen, deren Sturz das

vorrangige Ziel darstellt, und dient den Taliban als Post-Konflikt-Vorbereitung. Staatssymbole und Ressourcen werden zum eigenen Vorteil beansprucht und uminterpretiert. Dazu kommt die Kooptierung von Hilfsprojekten und Regierungsinstitutionen. Außerdem sind in Afghanistan mindestens fünf zentralasiatische Terrorgruppen mit engen Verbindungen zu den Taliban und AQ präsent, darunter die islamische Bewegung von Usbekistan (Islamic Movement of Uzbekistan, IMU), die islamische Dschihad-Union (Islamic Jihad Union, IJU), Jund al-Khilafah, Jamaat Ansarullah und der afghanische KIB-Ableger.

In Pakistan beruht die sich stets weiterentwickelnde und vielschichtige Gefährdungslage auf radikalen neo-religiösen, ethno-separatistischen, etablierten und neuen, lokalen und transnationalen Gruppen, unabhängigen Zellen, Netzwerken und wechselnden Allianzen. Immer öfter gelten die Anschläge China. Die orthodox-sunnitische Barelwi-Bewegung ist eine an Popularität gewinnende, radikale neo-religiöse Gruppe. Die berüchtigtste Untergruppe, Tehrik-i-Labbaik Pakistan (TLP), ging bei den Parlamentswahlen 2018 als fünftstärkste politische Partei auf Landesebene und als drittstärkste Partei in der Provinz Punjab hervor. Mehr als die Hälfte der pakistanischen Moslems gehören den Barelwi an. Die Erfolgsfaktoren liegen in der strategischen Nutzung der sozialen Medien, der gewalttätigen Rhetorik und im religiösen Narrativ bzw. den undurchsichtigen Blasphemiegesetzen, die häufig zum Ausschalten von Gegnern durch falsche Anschuldigungen und zum Initiieren von Massenausschreitungen genutzt werden. Der ISK behält trotz des Widerstands von lokalen militanten Gruppen wie TTP mit seinen Zweigorganisationen LeJ-A (Lashkar-e-Jhangvi Al-Alami) und JuA (Jamaat-ul-Ahrar) seine Durchsetzungsstärke, v.a. in den Südpunkten Belutschistan und Sindh. JuA, eine der aktiveren und vernetzten Terrorgruppen, wenn auch seit 2017 mit reduzierter operativer Stärke, verschob seinen Aktionsradius in die afghanische Grenzregion. TTP ist im Selbstbild dominanter Akteur und beabsichtigt mit der Standardisierung seiner Ziele und internen Prozesse die Konsolidierung seiner Einheit und operativen Stärke. TTP verübte 2018 einen der landesweit tödlichsten Anschläge bisher. Al-Qaida im indischen Subkontinent (AQIS, auch Ansar al Islam) zeigt sich in Pakistan mit geringerer Aktivität. Mit Sitz in Karachi und einem lokalisierten Zugang mit Anwerbung innerhalb Pakistans sieht AQIS die Konfliktsachen v.a. in Regierung, Militär und Verbindung zu den USA. Deklarierte Gegner der chinesischen Präsenz sind sowohl Islamisten, als auch Separatisten in Belutschistan. TTP lehnt, wie auch der ISK, die chinesische Unterdrückung der Uiguren ab und bezeichnete in seinem im September 2018

veröffentlichen Verhaltenskodex alle nicht-islamischen, mit Pakistan verbündeten Länder als lohnende Ziele. Der ISK nutzt Anschläge auf Ausländer zur Demonstration von Präsenz und Stärke. Außerdem widersetzen sich sechs Separatistengruppen in Belutschistan den als Ausbeutern empfundenen Chinesen, am heftigsten die starke, lernfähige und von Afghanistan aus operierende Baloch Liberation Army (BLA) sowie die Baloch Liberation Front (BLF). Pakistan vermutet eine (finanzielle) Unterstützung der Separatisten durch Indien, woraus ein indisch-pakistanischer Stellvertreterkrieg resultiert. Für China gilt Pakistan als Schlüssel zu regionaler Stabilität und zum Erfolg gegen Dschihadismus und Terrorismus.

### **Extremismus im Golf von Bengalen**

In der Region zwischen Bangladesch und Indien sorgt das Zusammenwirken der Taliban-Verbündeten JMB (Jama'atul Mujahideen Bangladesh) mit AQ für eine beständige überregionale Bedrohungslage. Eine JMB-Gruppe setzte sich von Bangladesch in das indische Westbengalen ab und nennt sich seither JMI (Jamaat ul Mujahideen India). Eine andere JMB-Splittergruppe (Neo-JMB) schlug nach der Aufnahme in den IS v.a. in Bangladesch einen radikaleren Weg ein. In Bangladesch erhöhten die Terrorfinanzierungen von JMB, Neo-JMB und AQIS die transnationale Kriminalität wie z.B. Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel im unzugänglichen Grenzgebiet zu Myanmar, aber auch Falschgeld und Raub. JMB agiert, aktiver als AQ, von Nordwest-Bangladesch aus in der Grenzregion und stützt sich auf ein umfangreiches formelles und informelles Netzwerk. Dieses inkludiert die salafistische Bewegung in Bangladesch (Ahle Hadis Andolon Bangladesh, AHAB), die Indian Mujahideen (IM), die LeT sowie Unterstützung aus Saudi-Arabien, anderen Golfländern und der bangladescher Diaspora. Der Bangladesch-Flügel von AQIS nutzt, wie auch AQ in Myanmar, die Rohingya-Vertreibung argumentativ für seine eigenen Zwecke und kooptiert Hilfsorganisationen wie z.B. Small Kindness Bangladesh (SKB).

In Myanmar resultiert die instabile Sicherheitslage aus bewaffneten Konflikten zwischen ethnischen Gruppen und dem Militär, aus interethnischen und interreligiösen Spannungen sowie der von AQ ausgenutzten Rohingya-Flüchtlingskrise im westlichen Staat Rakhine. Der seit einem Jahrzehnt nicht zuletzt aufgrund der Passivität der Regierung zunehmende, gewalttätige buddhistische Nationalismus richtet sich gegen den 4%igen moslemischen Bevölkerungsanteil, v.a. die Rohingya. Eine der bekanntesten Bewegungen, Ma Ba Tha, lobbiierte erfolgreich für anti-moslemische Gesetze. Die in mehreren Staaten Myanmars aktive separatistische und terroristische Arakan Armee kämpft in Rakhine auf



der Seite der Buddhisten. Als Fürsprecher der Rohingya verfügt die seit 2017 zunehmend geschwächte Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) in den Flüchtlingscamps über einflussreiche Netzwerke, unklar ist die breitere Zustimmung unter den Rohingya. Der transnationale AQ-Charakter zeigt sich in mehreren Bereichen. AQ nutzt Myanmar als Transitgebiet und die Rohingya-Krise gegen das burmesische Militär mit den Argumenten, die lokalen Moslems zu verteidigen, ihre militärische Unterdrückung zu rächen und die islamischen Gebiete zurückzuerobern. Der Rohingya-Narrativ dient AQ zur Etablierung von militanten Wohltätigkeitsorganisationen, zum Spendensammeln und zur Rekrutierung unter den knapp einer Million Rohingya-Flüchtligen in Bangladesch.

### Extremismus in SO-Asien

Die größte Bedrohung in Südostasien bleibt der IS, dessen operativer Knotenpunkt die tausenden Inseln der südlichen Philippinen in der Sulu- und Celebessee. In Indonesien und Malaysia nimmt die Radikalisierung von Frauen und Jugendlichen am stärksten zu. Wegen des länderübergreifenden Charakters teilen Indonesien, Malaysia und die bei Antiterrormaßnahmen bisher erfolgreichsten Philippinen Best Practice-Verfahren. Sie kooperieren bei maritimen Patrouillen, Grenzkontrollen, Luftüberwachung und Trainings sowie im ASEAN-Rahmen auf diplomatischer und wissenschaftlicher Ebene. Die neue Initiative „Our Eyes“ konzentriert sich seit Jänner 2018 auf Informationsaustausch und Kooperation zwischen Militär und Polizei in Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand.

Als Anpassung an die veränderte Sicherheitslage, als Multiplikatoreffekt, zur Stärkung seiner Reichweite und Präsenz schuf der IS eine von einflussreichen IS-Predigern, Propagandisten und Anwerbern genutzte solide Unterstützungsbasis im Internet. Diese Online-Sozialbewegung mit kollektiver Identität und Werten umfasst formelle und informelle Netzwerke und mobilisiert mit Narrativen, die auf Konflikten bzw. einem Anti-Islam-Krieg basieren. Mit der Fokussierung und Kollektivierung der Unzufriedenheit und der Herauskristallisierung eines Anführers trat die populärste Phase ein. In Malaysia wurden 98% der Terroristen online rekrutiert. Ähnlich der realen Aktivitäten folgte zwischen 2016 und 2017 durch die Lokalisierung und Feinabstimmung der IS-Argumentation eine Formalisierung. Ab nun sprachen die Propagandamaterialien der IS-Medienagenturen speziell Südostasien an. Trotz der seit Oktober 2017 zunehmenden Kontrollversuche über die IS-Internettätigkeiten durch Regierungen, Strafverfolgungsbehörden, Militär und soziale Netzwerke führt der IS seine Onlineaktivitäten fort,

auch auf offenen Plattformen. Die zunehmend genutzten verschlüsselten Systeme dienen in einer späteren Phase der Anwerbung und Kommunikation. Im Gegensatz zur geringeren Dynamik in Malaysia und Thailand zeigen in den Philippinen die häufigen Nachrichten- und Bildmaterial-Updates von Zusammenstößen zwischen IS-Kämpfern und dem Militär nicht nur eine Konstanz, sondern eine regelmäßige Referenz auf das „Wilayah von Ostasien“.



Indonesien

In Indonesien erlaubt das Rechtssystem keine Strafverfolgung von Einzelpersonen für die Verbreitung von Terroristenpropaganda und Anstiftung zu Gewalt. Es existiert eine große Anzahl an Onlineplattformen. Als aktivste IS-Terrorgruppe strebt die im November 2015 gegründete Jamaah Ansharud Daulah (JAD) in Zentral- und Ost-Java die Sicherung territorialer Basen an. Weiters gibt es Jamaah Ansharul Khilafah (JAK), Lion of Allah sowie kleinere Zellen und Einzelpersonen. Als Ziele für die vermehrten, taktisch weiterentwickelten Angriffe, v.a. mit Messern und Selbstmordattentaten, gelten Sicherheitskräfte, religiöse Minderheiten und Demokratiesymbole. Frauen und Kinder sind wegen der geringeren Polizeikontrollen zunehmend involviert. Die mit AQ verbundenen Jamaah Islamiyah (JI) und Jamaah Ansaryusy Syariah (JAS) führten 2018 keine Anschläge durch, allerdings Vorbereitungen für den Dschihad und paramilitärische Trainings. Als wichtige Maßnahme verbot die Regierung JAD am 31.7.2018 als einzige Terrorgruppe. Dennoch weist JAD weiterhin über 1.000 Mitglieder auf, v.a. in den Regionen Jakarta, Java, Sulawesi und Sumatra. Personelle Mängel in Exekutive und Judikative sowie inadäquate GefängnisKapazitäten mit fortgeführter Rekrutierung stellen die größten Herausforderungen dar.

Das als Widerspruch zu den westlichen Gegenarrativen konzipierte IS-Monatsmagazin Hanifiyah Media richtet sich in malaiischer Sprache auf ca. 40 Seiten speziell an Leser in Malaysia und Indonesien. Als Ersatz für die bisherige indonesische Propagandazeitschrift Al-Fatihin erschien es erstmals am 22.11.2018 und rückt jeweils ein Thema in den Mittelpunkt, z.B. „Wir sind am rechten Pfad“ oder „Unterstützer Allahs“. Unter Ausnutzung historischer, die moslemischen Werte formender Ereignisse sowie mit religiösen Zitaten und emotionalen Appellen soll systematisch die IS-Authentizität erhöht



und Gegenargumente als „westliche Desinformation“ diskreditiert werden. So wird z.B. der Dschihad als stets gewalttätiger, bewaffneter Kampf dargestellt und die Moslems als „Helden im Kampf gegen die Ungerechtigkeit“ zum Handeln aufgerufen.



Philippinen

Auch in den Philippinen geht die größte Bedrohung vom IS aus, v.a. auf Mindanao. Die Maute Gruppe (IS-Lanao) konzentriert sich bei der Konsolidierung ihrer Ressourcen und operativen Stärke auf die Rekrutierung und Geldbeschaffung, v.a. durch Drogenhandel. Der

Abu Sayyaf Gruppe (ASG), berüchtigt für Entführungen mit Lösegeldforderungen in der Sulu- und Celebessee, werden große Ambitionen, Kampfstärke, Funktions- und Organisationsfähigkeit zugeschrieben.

Der Modus Operandi für die Piraterie umfasst kleine, mit Schusswaffen und Macheten bewaffnete Gruppen von bis zu drei Personen, deren schnelle Holzboote ein effektives Manövrieren um große Schiffe erlauben. Sie nutzen die Inselmeere zwischen Basilan, Jolo und Tawi-Tawi als Versteck. Mit der vermuteten Etablierung einer Zelle im malaysischen Sabah droht eine Neubelebung der maritimen Gebiete. Vorsätzliche und zufällige Zusammenstöße mit der maritimen Polizei belegen deren personelle und finanzielle Kapazitätsmängel zur effektiven Bekämpfung der Seeräuberei.

ASG und ihre Splittergruppe Bangsamoro Islamic Freedom Fighters (BIFF) gelten als Hauptgefahr. Dazu kommt die kleine, aber gefährliche und für ihre Racheattentate gefürchtete Ajang-Ajang Gruppe. Sie verübte das Jolo-Attentat am 27.1. und inkludiert ebenso wie die Tanum Gruppe ausländische Kämpfer. Auffällig ist eine Zunahme von Attentaten mit Fernzündung. Neben Ammoniumnitrat und Schießpulver greifen v.a. die BIFF auf C-4 als Sprengstoff zurück, das sie sich bei Bergwerksplünderungen oder auf dem Schwarzmarkt beschaffen. Die Philippinen behaupten sich vergleichsweise erfolgreich auch mit aktiven Angriffen gegen Terroristen, Verstecke und Waffenfabriken und daraus resultierenden Kapitulationen. Auch wenn nicht alle Dschihadisten pro IS sind, bieten die steten Antiterroroperationen dem IS die nötige Rechtfertigung für eine Intensivierung seiner Aktivität in der Region. Als Schwachstellen der Antiterrormaßnahmen gelten der Informationsaustausch, die Behördenkoordination und die Integration weiterer Behörden, z.B. Finanzinstitute und Antidrogenbehörden.

Mindanao erlebt seit Jahrzehnten Separatisten- und Islamistenkonflikte. Derzeit steigt der Zustrom regionaler und internationaler Kämpfer, die speziell Mindanao als kulturell legitimierten und operativ erfolgversprechenden Kampfplatz betrachten. Mit ihrer den IS-Gruppen organisatorisch überlegenen und starken Kampfkraft stellt auch die kommunistische Neue Volksarmee (NPA) eine aktive Bedrohung dar. Anhänger findet sie aus sozioökonomischen Gründen in den südlichen Philippinen. Das mit der Moro Islamic Liberation Front (MILF) lange verhandelte und am 26. Juli 2018 unterzeichnete Bangsamoro Organic Law (BOL) gesteht der moslemischen Bevölkerung in Teilen Mindanaos seit 29.3.2019 größere Selbstverwaltungsbefugnisse zu. MILF ist die größte Separatistengruppe und stellt die Lokalregierung. ASG lehnte BOL wegen der damit verbundenen

Entwaffnung und Auflösung aller Terrorgruppen ab. Zu den Vorteilen zählen ein günstigeres Steuersystem, ein 5%-Anteil vom Bundesbudget sowie die Repräsentation der Moro staatlich auf Minister- und lokal auf parlamentarischer Ebene. Als Herausforderung gilt die Implementierung, v.a. hinsichtlich lokaler Dispute, Verbesserung der staatlichen Kapazitäten vor Ort und die Sicherstellung der staatlichen Unterstützung für die Regionalregierung. Trotz des nun endlich vorangetriebenen Wiederaufbaus der vor über zwei Jahren während fünfmönatiger Kampfhandlungen mit dem IS völlig zerstörten Stadt Marawi durch langfristige Infrastruktur-, Wirtschafts- und Bildungsprojekte könnten die IS-Anwerbungsversuche bei der frustrierten Bevölkerung erfolgreich sein.



Antiterrorreinheit STAR (Malaysia)

Das in Malaysia diverse Bedrohungsbild inkludiert zunehmend weibliche und jugendliche Terroristen sowie eine Bedeutungszunahme der sozialen Medien. Fachkenntnisse, z.B. Bombenbauanleitungen und Kampferfahrung, stammen von ausländischen Terroristen. Einheimische, meist Einzelpersonen und kleine Zellen, wurden nach erfolglosen Ausreiseversuchen nach Syrien aktiv, konnten aber durch Antiterrormaßnahmen gestoppt werden.

In Thailands südlichen Provinzen Pattani, Yala, Narathiwat und in Teilen Songkhlas gibt es aus historischen Gründen, die in der Annexion des ehemals unabhängigen moslemischen Sultanats durch das buddhistische Thailand liegen, seit über einem Jahrhundert separatistische Anschläge durch Thai Moslems größtenteils malaiischer Ethnie. Eine weitere Bedrohung liegt im buddhistischen Extremismus. Die segmentierte Struktur, die Autonomie und Flexibilität ihrer Mitglieder fördert die Verschwiegenheit der größten und gewalttätigsten Separatistengruppe Barisan Revolusi Nasional (BRN). Die seit 2015 laufenden Friedensgespräche mit der Schirmorganisation der Separatisten, Mara Patani, unter Ausschluss des BRN nach Ablehnung dessen Bedingungen gestalten sich schwierig. Den Mediationsversuchen Malaysias 2019 spricht Thailand die Ernsthaftigkeit ab und sorgt sich vor einer Internationalisierung des Konflikts. Charakteristisch waren 2018 trotz der verstärkten

Sicherheitspräsenz simultane Bombenanschläge auf öffentlichen Plätzen, die taktische Veränderungen, sorgfältige Planung und wachsendes Selbstbewußtsein belegen. Die operative Stärke des BRN zeigt sich in der regionalen Ausweitung nach Nordwesten. Die Sicherheitskräfte gelten neben Zivilpersonen wie z.B. Provinzpolitiker als Angriffsziele. Befürchtet wird die Nutzung von Schulen zur Verbreitung einer Anti-Regierungsideologie und zum Abschöpfen von Geldmitteln für politisch motivierte Gewalt. Der Drogenhandel bzw. daraus erworbenes Schutzgeld sowie Waffenschmuggel zu malaysischen IS-Zellen offenbart die fortgeführte Verbindung zwischen Terror und Kriminalität. Wegen ideologischer Unterschiede ist die Kooperationsbereitschaft mit dem IS, AQ oder anderen Terrorgruppen limitiert. Die Separatisten fürchten bei willkürlichen und großflächigen Anschlägen um ihre Legitimität und lokale Unterstützung. Allerdings könnten die stockenden Friedensgespräche und bislang nicht aufgetretene Online-Radikalisierungen auch unter den Ethnonationalisten eine Hinwendung zum IS fördern.

Der zunehmende buddhistische Extremismus basiert intern auf Verfassungsänderungen, die seit 2017 die Unterstützung des Theravada-Buddhismus und Thai als Unterrichtssprache auch in Südthailand zum Nachteil der islamischen Bildung festlegen. Zusätzlich wirkt der Einfluss aus Myanmar und Kambodscha. Neben dem rechtlichen Rahmen wie Notverordnung, Gesetz für innere Sicherheit und Kriegsrecht für Konfliktgebiete umfassen die Antiterrormaßnahmen eine Ausweitung der regionalen Militärkontrolle in kleineren und damit mobileren Einheiten.

In Singapur, bislang ohne Anschläge, kann trotz der hohen gesellschaftlichen Resilienz wegen der geographischen Nähe zu Terrorzellen eine Bedrohung durch diese oder Selbstradikalisierung nicht ausgeschlossen werden. Im Mai 2018 erhielt die Polizei mit dem Public Order and Safety (Special Powers) Act weitreichende Sonderbefugnisse, wie z.B. das Ausschalten von Drohnen, den Entzug von Telekomdiensten, die Verpflichtung von Zivilisten und Gebäudeeigentümern zur polizeilichen Kooperation und ein Informationsverbot für Sicherheitsoperationen.

**Barbara Farkas**

### **5G: Geopolitik durch Standards**

Aus wirtschaftlichen Gründen und zur Einflussnahme auf die Weltordnung strebt China aktiv nach der globalen Führungsposition bei neuen Technologien wie z.B. 5G und künstlicher Intelligenz (KI). Als Förderer, Nutzer, Entwickler und Mitgestalter der disruptiven Technologien nimmt China heute weltweit eine zentrale Rolle ein. Das globale 5G-Wirtschaftsvolumen wird bis 2035 auf 12 Billionen US-\$ geschätzt, die Wertschöpfung auf 3,5 Billionen US-\$ und die zusätzlichen Arbeitsplätze auf 22 Mio. Chinas 5G-Industrie wird bis 2026 einen Wert von 180 Mrd. US-\$ erreichen, seine 5G-Investitionen bis 2030 \$400 Mrd. US-\$. Die 5G-Pionierländer genießen einen überproportionalen gesamtwirtschaftlichen Gewinn, nicht zuletzt durch die Wechselwirkung zwischen Innovationskraft und der Gewinnung von Talenten und Kapital. Die Produktivitätssteigerung durch die hohe Datenrate, verringerte Latenz, Energieeinsparung, Kostensenkung, höhere Systemkapazität und massive Gerätekonnektivität und -interaktion (IoT) ermöglicht zum Vorteil der Industrie, Regierungen und Konsumenten ein langfristiges Wirtschaftswachstum. 5G erlaubt erstmals eine wirtschaftliche Anwendung im großtechnischen Maßstab, z.B. für autonomes Fahren, Smart Cities oder die Fertigungsautomation. Auf einem km<sup>2</sup> lässt das 5G-Netz eine Mio. Geräteanschlüsse zu. Die 5G-Entwicklung prägt den wirtschaftlichen, technologischen und geopolitischen Wettstreit als Herausforderung für Regierungen, Märkte und Industrien. Die Standardsetzung, Frequenzuteilung, Verortung der Zulieferketten, der Schutz vor Cyberbedrohungen, die Beteiligung der einzelnen Unternehmen und Länder spielt heute eine entscheidende Rolle. Die Ausbaugeschwindigkeit und Ausrollung in Schlüsselmärkten hängen von unterschiedlichen Faktoren ab. Dazu zählen die Betreiberpräferenzen, staatliche Regulierungsmaßnahmen und Strategien, Produktzeitpläne der Infrastruktur- und Mobilgerätehersteller, Kosten und Skalierbarkeit der 5G-Infrastruktur, Entwicklungsfortschritt für Anwendungen und die individuelle Wertschöpfung der Mitwirkenden. China bevorzugt niedrige Frequenzen für die Kernkommunikation und hohe als Ergänzung, die USA wegen der militärischen Nutzung einiger Niederfrequenzen umgekehrt. Südkorea unterstützt eher die US-Position, die japanische Meinung ist geteilt.

Chinas strategischer Ansatz spiegelt das Verständnis für den Wettbewerbsvorteil und die Soft Benefits wider. Seine zahlreichen IKT-Standards, v.a. im Bereich Digitalwirtschaft und Cybersicherheit, nutzt China als Instrument der nationalen Politik und als potentielle internationale Richtlinie für Konzeption und Interoperabilität. Im Zuge der Konsolidierung seines Normensystems fasste China zahlreiche bisher nur lokal geltende oder sektorielle Branchenstandards zu landesweit gültigen Normen zusammen. Chinesische Branchenstandards sind nicht immer öffentlich zugänglich und häufig durch intransparente außergesetzliche Selbstverpflichtungen erweitert. Die verpflichtenden nationalen Normen erleichtern Zulassungsverfahren, wobei die Anerkennungsrate von europäischen oder internationalen Standards (IEC, ISO) noch immer relativ gering ist. Der gesamtstaatliche Zugang inkludiert die Erstellung von Grundsatzdokumenten, darunter eigene 5G-Weißbücher von China Telekom und ZTE im Sommer 2018, die Koordinierung von Unternehmen, Forschungsinstituten und Universitäten sowie die diskursive Stärke in relevanten internationalen Organisationen. Gefördert wird die Kooperation der Netzwerkausrüster, z.B. Huawei und ZTE, mit Komponentenzulieferern, Installationsexperten, Geräteherstellern, z.B. Oppo und Vivo, und Telekombetreibern, z.B. China Telecom, China Mobile und China Unicom. Letztere wurden 2014 zum staatlichen Mobilnetzbetreiber China Tower vereint. China nutzt Investitionen im Ausland, die Steuerpolitik, Subventionen, Technologiestandards, die Gewerbeordnung, das öffentliche Beschaffungswesen und herstellereigenspezifische technische Standards zur Beschleunigung des technologischen Wachstums. Alle Entwicklungs- und Strategiepläne, wie z.B. Made in China 2025 oder die Fünfjahrespläne, priorisieren die 5G-Entwicklung und damit verknüpfte Bereiche wie IoT, Big Data, KI, Halbleitertechnik und Industrie 4.0.

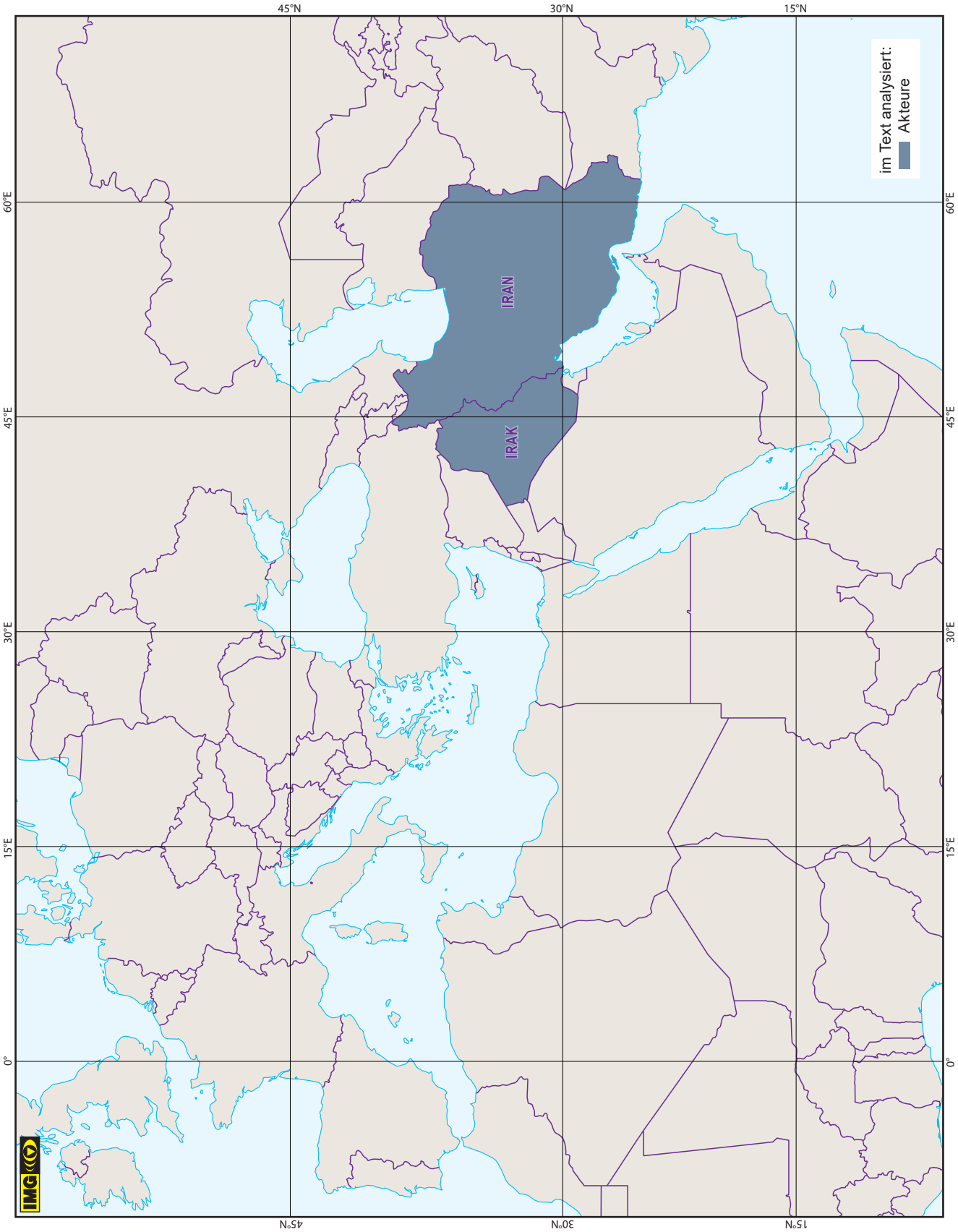
Internationale Standards definieren als konsolidierte Best Practice-Lösungen von Wissenschaft, Technologie und Erfahrung grundlegende Anforderungen, jedoch ohne Anleitung zur Umsetzung. Sie beschreiben Produkteigenschaften und Schnittstellen, deren Qualität und Überprüfung. Als rechtlich unverbindliche, technische Basis für wirtschaftliche und soziale Aktivitäten gelten Standards als Indikator für die technologische Entwicklung eines Landes oder Region, für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und dienen als Richtlinie für den Markteintritt. Die Entwicklung und Internationalisierung von Standards kann den Marktanteil der chinesischen Unternehmen bis zur weltweiten Marktdominanz erhöhen. Der Normungsprozess bestimmt nicht nur die Ausgestaltung der 5G-Netzwerke, sondern auch die Geldflüsse zwischen den Teilnehmern. Chinas 5G-Ambitionen liegen teilweise auch in der potentiellen Reduktion von Lizenzgebühren, v.a. für Computerchips, begründet. Die Partizipation an der Standardsetzung auf Basis von technischen Kriterien durch Fachleute steht jedem offen. China beteiligt sich mit technischen Vorschlägen und engagierter Teilnahme in den Gremien in enger Absprache mit seiner Industrie und den internationalen Organisationen.

Chinas IMT-2020 (5G) Unterstützungsgruppe zur Organisation des Normungsprozesses und zur Förderung der 5G-Implementierung wurde vom Ministerium für Industrie und Informationstechnologie (MIIT), der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) und dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie (MOST) 2013 etabliert. Zahlreiche 5G-Entwicklungsrichtlinien wurden seitdem publiziert. Die Mitglieder umfassen alle chinesischen Hauptakteure. Die technische 5G-Evaluierung verantwortet ChEG (China Evaluation Group). ITU, die Internationale Fernmeldeunion, startete 2012 in Zusammenarbeit mit China, Südkorea, Japan, USA und Europa ein Programm zur Definition von künftigen internationalen Mobiltelekommunikationssystemen (IMT). Nach der eigentlichen Standardsetzung erfolgt separat die Bestimmung von standardmäßigen wesentlichen Patentlizenzen (SEPs), die Lizenzgebühren generieren. Unter Einhaltung der Standards und SEPs kann jedes Unternehmen Geräte und Ausrüstung herstellen. Die von ITU etablierten Kriterien für Interoperabilität und Leistung werden in einem komplexen, globalen und langfristigen 5G-Standardisierungsprozess von 3GPP unter sieben nationalen Telekom-Normungsinstituten und 500 Organisationen koordiniert. Chinesische Firmen und Experten spielen eine führende Rolle in den relevanten Institutionen wie ITU, 3GPP und ISO. Die Einflussmöglichkeit der chinesischen Regierung und Unternehmen auf den Normungsprozess und die SEP-Bestimmung ist aufgrund der Vielzahl der involvierten Parteien und der Entscheidungsfindung auf Basis technischer Kriterien begrenzt. Kein Land dominiert die SEP-Lizenzen. Möglich ist ein Anstieg des chinesischen Anteils an den SEP-Patenten von 10% 2017 auf bis zu 40%. Die SEP-Lizenzinhaber verteilen sich auf die europäischen Unternehmen Ericsson und Nokia, Chinas Huawei und ZTE, Japans Fujitsu und Panasonic, Koreas Samsung und LG sowie Qualcomm, Intel, Cisco und Interdigital aus den USA.

Im Rahmen der Seidenstraße (BRI) datieren Chinas erste offizielle Grundsatzdokumente zur Formulierung internationaler Standards, zur Normenanpassung und gegenseitigen Zertifizierung aus 2015. Es folgten die Konsolidierung und operative Vereinfachung des Standardisierungsprozesses, sektorspezifische Konzepte und Aktionspläne. Zur Förderung der eigenen Standards in zahlreichen Industriebereichen entwarf das staatliche Normungsinstitut ein umfassendes Konzept namens „China Standards 2035“, das auch zivil-militärische Synergien berücksichtigt. Die Umsetzung seiner 5G-Standards zur Qualitätsoptimierung und technologischen Angleichung in den BRI-Ländern unterstrich China in einem Ende 2017 publizierten Dokument und einem allgemeinen Aktionsplan. Die von Huawei am Anfang 2019 gestartete 5G-Testregion liegt, wie auch Labors von Nokia und Ericsson, im Zentrum des Eastern Economic Corridors, durch den Thailand in die BRI eingebunden wird. Die erste landesweite 5G-Ausrollung gewann Südkorea am Anfang 2019.

Die USA fürchten um Technologievorherrschaft, Arbeitsplätze und nationale Sicherheit, die auf der tragenden Rolle der für die komplexen 5G-Netzwerke unabdingbaren KI beruhen. Dazu kommen technische Sicherheitsbedenken aufgrund der bisher traditionellen, künftig jedoch unscharfen Abgrenzung zwischen dem Funkzugangsnetz mit Basisstationen und Radiofrequenzen einerseits sowie dem Kernstück mit Zentralschaltung und enormen Datentransportnetzen andererseits. Die enorme Anzahl an angeschlossenen Geräten und die Bandbreite erhöhen das Potential für böswillige Aktivitäten. Die strukturellen Sicherheitsbedenken beziehen sich darauf, dass in einem solcherart vernetzten Ökosystem ein größerer Anteil der Wirtschaftsleistung auf globalen Datennetzwerken beruht. Die Angreifbarkeit durch Netzwerkausfälle, disruptive oder destruktive Cyberangriffe wird für die Unternehmen, Industrien, Städte und Länder steigen. Die Sicherheitsbedenken, v.a. der USA, beziehen sich nicht auf die Standards selbst, sondern darauf, welche Firmen die Ausrüstung wo herstellen und die Wahrscheinlichkeit für z.B. potentielle Schadprogramme (Malware). Die USA ergreifen jede Möglichkeit zur Unterbindung des wachsenden chinesischen Einflusses, u.a. mit einer Executive Order von 15.5.2019, und üben Druck auf andere Länder aus. Australien und Neuseeland untersagen wie die USA ihren staatlichen Institutionen die Benutzung von Geräten oder Netzwerken von Huawei und ZTE. In Japan kooperieren seit Oktober 2018 der Netzwerkausrüster NEC mit Samsung sowie Fujitsu mit Ericsson, in Australien Ericsson mit Telstra. In Kanada und Europa sind die Meinungen geteilt. In Großbritannien ist Huawei bereits seit längerem in der Wertschöpfungskette verankert. Sein lokales Cybersicherheits-Evaluierungszentrum HCSEC untersteht der strengen Kontrolle des britischen Nachrichtendienstes GCHQ und des Cybersicherheitszentrums NCSC. GCHQ nennt die Kombination von Kooperation und Skepsis als optimal sowie technische Expertise und Risikomanagement als Entscheidungsfaktoren. Das Fehlen von Beweisen für schädliche chinesische Aktivitäten betont auch NCSC. Als vorrangige technische Sicherheitslösungen sieht es die Erhöhung der Cybersicherheit und der Resilienz der Telekomnetze sowie die nachhaltige Diversität im Zuliefermarkt.





Middle East & North Africa (MENA)



## Der Nahe und Mittlere Osten

Die Nah- und Mittelostregion wird auch im Jahr 2019 von der geostrategischen Konfrontation zwischen der Islamischen Republik Iran und einer aus den USA geführten Nahost-Koalition bestehend aus Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel dominiert. Vor diesem Hintergrund werden die Krisen in Syrien und Jemen gelesen, obwohl diese freilich lokalen Ursprungs sind. In denselben Kontext wird auch der Konfessionskonflikt zwischen Schiiten und Sunniten gestellt, wobei in der Regel die Eigendynamik des Jihadismus übersehen und seit dem territorialen Ende des Islamischen Staates vernachlässigt wird. Eine Reihe von ungeklärten Volksgruppenkonflikten inklusive der Kurdenfrage sowie systemische Krisen der „stabilen“ autoritären Sicherheitsstaaten wie Algerien und Sudan, verkomplizieren die Lage weiter. Im Allgemeinen ist eine ständige Abnahme der Gestaltungskraft des Westens festzustellen.

### **Iran: das Ende politischer Optionen?**

Mit der Unterzeichnung des „Joint Common Plan of Action“ (JCPOA) im Jahr 2015 akzeptierte die Islamische Republik Iran strenge Inspektionen durch die zuständigen UN-Behörden für ihr Nuklearprogramm. Im Gegenzug dazu sollten die von der internationalen Gemeinschaft verhängten Sanktionen schrittweise aufgehoben und Iran in die Weltwirtschaft integriert werden. Im Anschluss daran erhofften sich beide Seiten die Normalisierung der Beziehungen und regionale Deeskalation.

Die einseitige Aufkündigung des Nuklearabkommens durch den amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump und die anschließende Politik der totalen Isolation des Landes werden mit dem amerikanischen Wunsch einer Nachverhandlung des JCPOA begründet, ohne jedoch konkrete Anhaltspunkte zu geben. Stattdessen heißt es vom Präsidenten ohne weitere Begründung, dass das JCPOA der schlechteste Deal sei, der je geschlossen wurde. Seine Berater nennen immerhin konkrete Gründe, wie die ballistischen Raketen Irans und die negative Rolle, die Teheran aus amero-arabischer Sicht in den Konflikten der Region spielt. Gelegentlich wurde auch der Wunsch nach einem Regimewechsel geäußert, wenngleich seitens der USA betont wird, keinen Waffengang riskieren zu wollen, es sei denn, Teheran würde die regionale Sicherheit gefährden oder sich gegen (nicht definierte) amerikanische Interessen stellen – womit implizit wieder die Regimefrage gestellt wird, denn Irans islamische Revolution von 1979 war per definitionem anti-amerikanisch.

Teheran wird von Seiten der USA und ihren Verbündeten die Urheberchaft einer Serie von sicherheitspolitisch relevanten Vorfällen in Europa (Anschlagsversuche in Paris und Kopenhagen), im Persischen Golf (Angriffe bzw. Sabotage von Tankern im Mai und Juni 2019) und im Irak (Angriffe vermutlich schiitischer Milizionäre auf amerikanische Einrichtungen) zur Last gelegt. Die Iraner weisen freilich jede Involvierung empört zurück.

Hinsichtlich der Vorfälle im Persischen Golf scheint ein Teil der europäischen und der internationalen Öffentlichkeit den amerikanischen, saudischen und emiratischen Behauptungen mit Skepsis zu begegnen, was sich freilich rasch ändern kann, sobald die USA sich tatsächlich entscheiden sollten, militärischen Druck auf den Iran auszuüben.

Davon abgesehen müssen die Entscheidungsträger der Islamischen Republik Iran sowohl mit Blick auf die eigene Bevölkerung als auch hinsichtlich der internationalen Gemeinschaft ihre Handlungsfähigkeit den USA gegenüber beweisen. Sie tun dies indem sie die Urananreicherungen langsam wieder aufnehmen, wobei die Iraner auf absehbare Zukunft im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags und des JCPOA bleiben werden. Damit will Teheran vor allem Druck auf die Europäer ausüben, die nach iranischer Ansicht zu wenig tun, um ihren Teil des Nuklearabkommens zu erfüllen, nämlich die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen.

### **Die Amerikanische Sanktionspolitik und ihre Folgen**

Für die Europäer stand die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehung mit der Islamischen Republik Iran nach der Unterzeichnung des JCPOA außer Frage. Vor allem Deutschland ging – und geht – im Umgang mit schwierigen Ländern von der Prämisse „Wandel durch Handel“ aus, also dem Gedanken, dass die wirtschaftliche Liberalisierung letztendlich zur gesellschaftspolitischen Liberalisierung führen würde.

Derselben Ansicht ist Irans Präsident Hasan Feridun-Ruhani, der die wirtschaftliche Öffnung des Landes in einen breiteren Kontext stellte, wonach die außenpolitische Deeskalation von einer Entspannung im Inneren begleitet werden sollte. Denn seiner Ansicht nach werden Investoren nur bei entsprechender Rechtssicherheit bereit sein, im Land aktiv zu werden. Doch Rechtssicherheit kann nicht nur für ausländische Investoren implementiert werden sondern muss der ganzen Bevölkerung zugutekommen. Eine von seinem Team ausgearbeitete Bürgerrechtscharta sollte den demokratiepolitischen Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen, gleichzeitig die nötige Staatsreform in die Wege leiten und für mehr Transparenz in Wirtschaft und Verwaltung sorgen. Dagegen stellten sich die Nutznießer des bisherigen Systems.

Dazu gehören ein Teil der Revolutionsgarden vor allem aber mächtige, politisch gut vernetzte Ayatollahs und ihre Anhänger, die Zugriff auf die finanziellen Mittel und Unternehmen riesiger, unkontrollierter „frommer Stiftungen“ haben (bonyâd, z.B. die „Stiftung des Imam Reza“ in Mashhad oder die „Stiftung der Kriegsversehrten und Veteranen“ in Reyshahr). Mit den Einkünften aus den Stiftungen wurden umfangreiche Klientelnetzwerke aufgebaut, die wiederum für innenpolitische Zwecke manipuliert werden.

**Sekundäre Sanktionen:** Die Wiedereinsetzung der amerikanischen Sanktionen betrifft vordergründig den Iran, Hauptadressat ist jedoch die Europäische Union (EU), die durch das amerikanische Sanktionsregime ihre handelspolitische Autonomie verliert, indem ihre Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen zum Iran nach amerikanischen und nicht nach europäischen Gesetzen gestalten müssen. Amerikanische Versuche, die eigenen Gesetze für dritte verbindlich zu machen (secondary sanctions), gibt es schon seit den 1990er Jahren. Damals führten die Europäer eine bindende „Blocking Regulation (BR)“ ein. Diese hatte das Ziel, die Extraterritorialität amerikanischer Rechtsakte in Europa zu verhindern, d.h. sollten sich europäische Firmen an die amerikanischen Sanktionen halten, werden sie im Gegenzug von der EU sanktioniert. Im gegenwärtigen Kontext ist dies allerdings nicht der Fall, sodass davon auszugehen ist, dass die BR bald zu totem EU-Recht wird. Auf politischer Ebene wurde versucht eine Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle SPV) namens „Instrument in Support of Trade Exchanges (INSTEX)“ einzurichten. Damit soll aber nur der von den US Sanktionen ohnehin ausgenommener Handel mit humanitären Gütern abgewickelt werden. Es ersetzt somit weder den für Teheran lebenswichtigen Handel mit Öl und Gas noch taugt es als Umgehung des Ausschlusses iranischer Banken vom SWIFT-System und wird deshalb von iranischer Seite als ungenügend kritisiert. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, dass INSTEX nicht mehr als ein diplomatischer Zwischenschritt ist, bevor die E-3 und in weiterer Folge die gesamte EU endgültig auf die amerikanische Linie einschwenken.

Außenpolitisch sind diese Stiftungen unter anderem in der Terrorfinanzierung tätig. Ein Erstarken des freien iranischen Unternehmertums und die Einbindung der Islamischen Republik in die globale Ökonomie hätten unbestritten positive Folgen gehabt, schon allein deshalb, weil sie zu Lasten des unkontrollierten Stiftungswesens gegangen wären und somit den radikalsten Gruppen der islamischen Fanatiker im

Land den wirtschaftlichen Boden entzogen hätten. Anders ausgedrückt, die - nun scheiternde - Ruhanische Reformpolitik wäre genau jener Schritt in Richtung politische Mäßigung gewesen, den westliche Regierungen vom Iran jahrzehntelang verlangten. Mit der Wiedereinsetzung des amerikanischen Sanktionsregimes wurde zunächst dem iranischen Reformprozess die wirtschaftliche Basis entzogen. Infolgedessen verlor die Bevölkerung das Vertrauen in die Zukunft und die Jugend der zusehends verarmenden bildungsbürgerlichen Mittelklasse verlässt das Land in Richtung Europa. Es handelt sich dabei um das vielversprechendste Element der Gesellschaft, nämlich die zukünftige Technokratenschicht, vor allem Ärzte und Techniker, aber auch Künstler und viele Intellektuelle. Zurück bleibt dann ein geistig und kulturell verrohtes Land, dessen Bevölkerung in immer größere Abhängigkeit von den die Wirtschaft erstickenden Stiftungen und deren Hintermännern gerät. Eine ähnliche Entwicklung fand in den 1990er Jahren im Irak statt. Das Resultat war eine dramatische Rückentwicklung des Landes bei gleichzeitiger Stärkung der Stabilität des Regimes. Spekulationen darüber, dass der erhöhte Leidensdruck der Bevölkerung diese zum Aufstand bewegen würde, beruhen auf der inkorrekten Gleichsetzung von Brotunruhen mit politischen Protesten. So groß der Unwille in der Bevölkerung mit dem Regime auch sein mag, so fehlen doch alternative politische und ideologische Konzepte, und darüber hinaus werden nicht das Regime sondern die USA für die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht.

### **Irans Rolle in der Region**

Ein Hauptkritikpunkt an der Islamischen Republik ist ihre tatsächliche oder vermeintliche Politik in der Region. Zweifelsohne ist Teheran in den wichtigsten Konfliktzonen der Region präsent und trachtet danach, möglichst viele eigene Akzente zu setzen. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass Iran bei weitem nicht der alles bestimmende Akteur im Nahen Osten ist, als den er dargestellt wird bzw. als den die iranischen Eliten ihr Land gerne sehen.

Hierbei wären zunächst jene Konflikte zu nennen, die einen direkten Einfluss auf die innere Sicherheit des Landes haben, wie der endlose Krieg in Afghanistan, wohin Teheran nach der großen Krise 1998 erst wieder 2003 in Kooperation mit den Amerikanern zurückkam. Seither konnten die Iraner ihren Einfluss im Lande stetig ausbauen, stehen dabei jedoch in Konkurrenz zu Pakistan und anderen Ländern. Eine mögliche Rückkehr der Taliban an die Macht würde einen deutlichen Verlust von Macht und Einfluss bedeuten und für Teheran schlimmere Folgen haben, als für den Westen. Zum einen kämen die afghanischen Schiiten unter Druck, was wiederum die Forderung nach solidarischer Unterstützung zur Folge haben wird, wodurch Teheran

wieder in die afghanischen Verhältnisse gesogen wird. Zum anderen sind die Taliban über ihre sunnitischen Netzwerke auch im Iran gut vernetzt und in der Lage, radikalen regimefeindlichen sunnitischen Kräften im Iran politische und militärische Unterstützung angedeihen zu lassen. Denn im letzten Jahrzehnt hat sich unbemerkt von der iranischen Öffentlichkeit eine neue, radikale von den Taliban, Al-Qaida und vom Islamischen Staat beeinflusste salafistische Bewegung unter den Sunniten Irans verbreitet, die zum Beispiel für die Anschläge auf das iranische Parlament, das Grabmal Khomeinis oder Militärparaden der Revolutionsgarde verantwortlich ist. Was diesen neuen, in der iranischen Geschichte noch nie dagewesenen sunnitischen Fundamentalismus so gefährlich macht, ist seine Verknüpfung mit gewissen Volksgruppen, vor allem den Balutschen, Arabern und Kurden Irans. Vor allem die Araber können dabei auf Unterstützung aus dem benachbarten Ausland zählen. Ebenso kompliziert ist die Lage bei den iranischen Kurden. Dort sind die radikalen sunnitischen Kräfte zwar nach wie vor in der Minderheit, sie üben aber Druck auf jene gemäßigten muslimisch orientierten kurdischen Eliten aus, die sich mit der Islamischen Republik arrangiert haben. Daneben existieren weiterhin die säkularen politischen Organisationen der Kurden, wie die KDP-I und andere, die gute Beziehungen zur kurdischen Selbstverwaltung im Nordirak unterhalten. Vor allem aber hat die PKK seit 2014 viele neue Anhänger im iranischen Kurdistan (Rojhilat) gefunden. Das ist zunächst ein Novum innerhalb der iranischen Kurdenszene. Durch den transnationalen Charakter der PKK, ihre stählerne Disziplin, dem Aufbau der politischen Entität „Rojava“ in Syrien und nicht zuletzt durch ihr Bündnis mit den USA sieht sich Teheran erstmals mit einer kurdischen Organisation neuer Qualität konfrontiert, die sich nicht mehr leicht manipulieren lässt sondern zum selbständigen machtpolitischen Akteur aufgestiegen ist. Für Teheran bedeutet dies, dass Iran in seiner Syrienpolitik die Auswirkungen auf die iranisch-Kurdistan bedenken muss.

Syrien scheint sich nach gegenwärtiger Lage zu einem Pyrrhussieg Irans zu entwickeln. Zwar konnte Teheran mit überraschend wenig eigenen regulären Truppen und unter Zuhilfenahme schiitischer Milizen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des syrischen Regimes leisten, doch stellt sich nach dem endgültigen Sieg Bashar al-Asads die Frage, inwieweit dieser iranischen Wünschen entgegen kommen kann. Immerhin handelt es sich bei Bashar al-Assad um einen Diktator, der sich aus eigener Kraft nicht an der Macht halten konnte. Zwar wird Teheran bestimmt mit Wirtschaftsverträgen belohnt werden, doch ist anzuzweifeln, dass Teheran zu den großen Gewinnern des Wiederaufbau zählen wird, wenn die dazu nötigen Finanzmittel von der internationalen Gemeinschaft oder arabischen Staaten zur Verfügung

gestellt werden sollten. Abgesehen davon stellt sich die Frage, wie das russisch-iranische Verhältnis weiter gestaltet wird. Die strategischen Interessen Teherans und Moskaus stimmten zwar hinsichtlich der Stabilisierung des Baath-Regimes in Syrien überein, über die Gestaltung der Zukunft des Landes scheinen die Ansichten jedoch relativ weit auseinander zu liegen. Jedenfalls wird sich Teherans von seinem ideologischen Konzept einer „Widerstandsachse“ gegen Israel mit Syrien als Frontstaat verabschieden müssen. Denn schon jetzt nimmt Russland die Rolle des Garanten für die Sicherheit Israels, insbesondere dem Schutz vor radikalen schiitischen Gruppen glaubwürdig wahr. Dazu kommt, dass sowohl die Russen als auch die Syrer den Abzug der schiitischen Milizen so rasch als möglich durchgeführt sehen wollen, was Teheran wiederum Glaubwürdigkeitsprobleme vor allem gegenüber der libanesischen Hizbullah bescheren dürfte, die zwar militärisch gestärkt aus dem Konflikt hervorgeht, aber einen Konflikt mit Israel aus gutem Grund scheut und außerdem die Sympathien bei den arabischen Sunniten verloren hat.

Als katastrophal für die Stellung Teherans in der Region muss die Konfessionalisierung der Konflikte beurteilt werden. Diese geht einerseits auf saudische bzw. saudisch-gesponserte Propaganda zurück, zum anderen jedoch auf die Politik Bashar al-Assads, der den Konflikt von allen Anfang an als konfessionellen Konflikt zeichnete, um die konfessionsübergreifende bürgerlich-demokratisch orientierte Zivilgesellschaft zu diskreditieren, noch bevor diese von den radikalen Islamisten endgültig an die Wand gedrückt wurde. Durch die Konfessionalisierung fällt automatisch der von Teheran erhoffte Führungsanspruch in der Region, der darauf beruhte, als moderner islamisch-revolutionärer Staat in der Region wahrgenommen zu werden, statt als schiitisch-persischer Aggressor, wie es heute der Fall ist. Dadurch erscheint auch das im Vergleich zu anderen Schauplätzen in denen Iran aktiv ist, bescheidene iranische Engagement im Jemen in einem konfessionellen Licht obwohl die eigentlichen Ursachen des Konflikts lokaler Natur sind. Teheran unterschätzte die saudischen Sensibilitäten für die Jemen Teil der Innenpolitik ist wodurch Riyadh die iranische Präsenz als Versuch einer Umklammerung Saudi Arabiens liest und dementsprechend großen Druck auf die Islamische Republik ausübt sodass der strategische und politische Nutzen den Teheran aus der Unterstützung für die Houthis zieht in keinem Verhältnis zu dem von den Saudis verursachten Schaden steht.

Schließlich ist noch zu erwähnen, dass selbst im Irak, wo nach landläufiger Meinung Iran die zweite Besatzungsmacht nach den USA sein soll, Teheran bei weitem nicht so stark ist wie behauptet. Zunächst ist festzuhalten, dass Iran mehrere unterschiedliche und

zum Teil widersprüchliche Politiken gegenüber dem Nachbarland führen muss: einerseits bilaterale Beziehungen, die immer noch an der offenen Grenzfrage am Shatt al-Arab leiden wo beide Seiten sich darüber im Klaren sind, dass die Interessensgegensätze in der Zukunft wieder aufbrechen werden. Dann bestehen Beziehungen zur kurdischen Entität im Nordirak, die vor allem vor dem Hintergrund der iranischen Kurdenszene wichtig ist und wo Teheran danach trachtet, das Überschwappen des kurdischen Nationalismus auf Irans Kurden einzudämmen. Schließlich sind noch die Beziehungen zu den irakischen Schiiten zu nennen, bei denen das Verhältnis zu den Parteien und Milizen von denen zum hohen schiitischen Klerus zu unterscheiden sind. All diese Dossiers erfordern gute Expertise und großes Fingerspitzengefühl sowie ausgezeichnete Koordination der involvierten Institutionen (Sicherheitsapparat, Diplomatie, Büro des Revolutionsführers, Klerus in Qom...). Teheran ist dazu zwar ohne erkennbare Probleme in der Lage, das neue Engagement sunnitisch-arabischer Staaten mit Irak und mit einzelnen schiitischen Führern des Landes stellt die iranische Diplomatie jedoch vor neuen Herausforderungen.

## **Irak**

Auf irakischer Seite sprachen sich wichtige Politiker gegen die von den Amerikanern verlangte Sanktions- und Isolationspolitik gegen Iran aus. Und zwar weniger aus ideologischen Gründen sondern aus pragmatischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen. So ist Iran ein wichtiger Investor und der größte Nachbar des Landes. Dennoch handelt es sich um eine fahrlässige Tatsachenverzerrung, wenn behauptet wird, die irakischen Schiiten wären in allem von den Iranern abhängig und seien bloße Befehlsempfänger Teherans. Zunächst ist festzuhalten, dass selbst schiitische Milizenführer die jahrelang auf iranischer Seite gegen das Regime Saddam Husseins und seine Schergen gekämpft haben, irakische Nationalisten sind und eine Partnerschaft, keine Abhängigkeit mit Iran anstreben. Das trifft vor allem auf den Kommandanten der Volksmobilisierungseinheiten (VMM Hashd shaabi), Abu Mahdi al-Muhandis zu, den westliche Quellen in der Regel als Befehlsempfänger Teherans karikieren, der seine Karriere im Widerstand gegen Saddam Hussein begann und seinen ideologischen Hintergrund aus der großen irakischen Revolution von 1920 (Aufstand gegen die Briten) und vom 1979 hingerichteten Schiitenführer Muhammad Baqir al-Sadr sowie Ayatollah Khomeini und später Khamenei bezieht.

Das Einhegen der Volksmobilisierungsmilizen (VMM) ist ein wichtiger Teil der irakischen Sicherheitssektorreform für die die EU auch ihren Beitrag leistet. Bis jetzt haben die Iraker aus eigenem Entschluss die wichtigsten Schritte selbst gesetzt: so

dürfen Angehörige der VMM nicht im Ausland kämpfen, was sich bereits auf die Bereitschaft irakischer Freiwilliger für den syrischen Kriegsschauplatz auswirkt. Darüber hinaus wurden gesetzliche Grundlagen und Reglements entwickelt, die auf zwei Ziele hindeuten: erstens, Vereinigung der zahlreichen Milizen und Vereinheitlichung der Kommandostrukturen und zweitens, militärische Professionalisierung unter Aufsicht der Armee und damit einhergehend - langsame – De-Politisierung der VMM. Die westlichen Wunschvorstellungen einer Auflösung der VMM sind aus mehreren Gründen unrealistisch. Erstens, weil in fast allen Staaten starke „zweite Armee“ existieren und zweitens weil die VMM eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den IS gespielt haben. Dies wäre nicht notwendig gewesen, wenn die von den USA hochgerüstete und ausgebildete Armee 2014 nicht versagt hätte. Es steht jedoch zu befürchten, dass die Frage nach der Stellung der VMM bzw. einiger Milizen unter ihrem Dach von westlicher Seite problematisiert wird und diese nur vor ihrer vermeintlichen Nähe zu den Iranern beurteilt werden und ihre Leistungen im Kampf gegen den IS Seitens des Westens ignoriert werden. Sollte sich tatsächlich diese Lesart der VMM im Westen durchsetzen, würde sinnlos eine Konfrontation zwischen westlichen und der irakischen Regierung unvermeidlich werden.

Dabei versucht die irakische Regierung seit Jahren ihre bilateralen Beziehungen zu den übrigen arabischen Staaten vor allem auch zum energischen Gegenspieler Irans, Saudi Arabien, zu normalisieren. Mittlerweile scheinen auch die übrigen arabischen Staaten in Bagdad mehr als nur einen Außenposten Teherans zu sehen. Obwohl auf iranischer Seite im syrischen Bürgerkrieg engagiert, fiel die Unabhängigkeit der irakischen Syrienpolitik arabischen Politikern sehr wohl auf. So ist Bagdad über das syrische Verhalten verärgert, denn aus irakischer Sicht haben die irakischen Gas und Öllieferungen Damaskus am Leben erhalten, weswegen man mehr Respekt und Entgegenkommen von den Syrern erwartet hatte. Die Darstellung eines „schiitischen Halbmonds“ der von Bagdad über Damaskus in den Libanon und nach Palästina reicht, muss vor den kühlen irakisch-syrischen Beziehungen relativiert werden. Freilich ist es noch zu früh von einer „Rückkehr“ des Irak auf die arabische Bühne sprechen zu können, dennoch wurde ein wichtiger erster Schritt insoweit getätigt, als viele arabische Staaten mittlerweile die Rolle der irakischen Schiiten differenzierter betrachten und sie nicht mehr nur als Befehlsempfänger Teherans verstehen. Inwieweit man sich auf pan-arabischer Ebene mit einem schiitischen oder wenigstens nicht-konfessionellem Irak anfreunden kann, ist noch ungeklärt. Dieser Prozess wird wahrscheinlich länger dauern, eingedenk der pan-arabisch – sunnitischen Vergangenheit der irakischen Außenpolitik

in den Jahrzehnten vom Ende der Monarchie bis zum Sturz Saddam Husseins.

Innenpolitisch steht der Irak vor zahlreichen, schier unüberwindlichen Herausforderungen. Neben altbekannten Problemen wie die Kurdenfrage und damit zusammenhängend die Stellung von Kirkuk und die Aufteilung der Erdöleinkommen, die sich immerhin im Rahmen der irakischen Verfassung lösen lassen, stellt die Hinterlassenschaft des IS die größte sozial- und sicherheitspolitische Herausforderung für Bagdad und in weiterer Folge für den gesamten erweiterten Nahen Osten und dessen europäische Peripherie dar. Die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatgemeinden gestaltet sich zwar schwierig, scheint aber in Kooperation mit internationalen Organisation und Unterstützung durch die EU und die USA leidlich zu funktionieren. Ein großes Problem stellt das Rachebedürfnis einzelner, nicht nur schiitischer, Gruppen in der Bevölkerung dar. Denn auch innerhalb sunnitischer Stämme sind die Vorbehalte gegenüber den Angehörigen von IS Kämpfern sehr groß. Besser als westliche Beobachter erkannten die Iraker, dass der IS mehr als nur eine radikale sunnitische Gruppe war, sondern eine revolutionäre, neo-salafistische Bewegung deren Attraktivität und Strahlkraft auch durch die militärische Niederlage wenig eingebüßt hat und den der Verlust seines Territoriums kaum demoralisiert hat, vielmehr wurde im Sommer 2019 bereits eine Gegenoffensive im Irak und in Syrien gestartet und die erwartete Rekordernte auf den Feldern niedergebrannt. Weitere militärische Auseinandersetzungen zwischen den Irakern und dem IS sind gegen Ende 2019 und vermehrt 2020 zu erwarten.

Die größten Auseinandersetzungen sind jedoch auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu erwarten. In unerwarteter Einigkeit heißt es von allen gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen, die Politik möge sich endlich um die Probleme der Bevölkerung und nicht um Postenschacherei und Klientelwirtschaft kümmern. Das führte auf politischer Ebene zu seltsamen Koalitionen wie zwischen der totgesagten Kommunistischen Partei des Irak mit Muqtada Sadr. Ganz offensichtlich ist die Ernüchterung der Bevölkerung mit der Konfessionalisierung der Politik, vor allem die Jugend hat von konfessionellen und religiösen Fragen in der Politik genug, was sich mittelfristig nicht ohne Folgen bleiben kann.

### **Das Rojava Problem**

Neben der diplomatischen Frage wie die EU mit dem erwarteten Sieg Bashar al-Assads umgehen wird oder soll, stellt sich eine viel drängendere Frage: die nach dem Umgang mit den syrischen Kurdengebieten, genannt Rojava.

Dass diese Frage überhaupt aufkam ist der Untätigkeit europäischer Staaten zuzuschreiben, die sich dem

Kampf gegen den IS erst relativ spät anschlossen als die USA mangels kampfwilliger Partner schon längst ein militärisches Bündnis mit der syrischen Branche der PKK, der YPG geschlossen hatte. Dieses Bündnis contra naturam zwischen einer post-marxistischen und anti-imperialistischen Guerillaorganisation und amerikanischen Sonderkräften ist in der Tat bemerkenswert. Für die Europäer stellt sich die Frage, inwieweit das Verbot der PKK noch zeitgemäß ist, angesichts des Kampfes der Organisation gegen den IS und der hohen Sympathiewerte, die die PKK in der europäischen Öffentlichkeit genießt – und zwar nicht nur im linken bis linksradikalen Spektrum. Das intellektuelle Desinteresse sicherheitspolitischer Eliten an der „komplizierten“ Kurdenfrage führte zum Mangel an Expertise und zur Unfähigkeit im Bereich der strategischen Kommunikation. Wie stark und leistungsfähig die Organisation im Europa ist, lässt sich zum Beispiel daran erkennen, dass es ihr und ihren Verbündeten im deutschen Bundestag und in den Medien gelang, die eigene Lesart über den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Operation Inherent Resolve der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln. So heißt es bis heute, die Ergebnisse deutscher Aufklärungsflüge seien den Türken zur Verfügung gestellt worden, die daraufhin kurdische Stellungen in Syrien beschossen hätten. Demgegenüber haben es Vertreter des Rechtsstaates schwer, auf die problematische Natur der Organisation hinzuweisen, die über die Jahre hinweg nicht von brutalen internen Abrechnungen zurückschreckte, sowie den Aufbau geheimer, undemokratischer, revolutionärer Organisationsstrukturen mit eigenem Besteuerungs- und Strafrecht in Europa betrieb bzw. betreibt. Als im Sommer 2019 die Frage der von der YPG gefangen genommenen Angehörigen von IS Kämpfern akut wurde, mussten die Behörden einiger europäischer Staaten mit den kurdischen Institutionen im Rojava kooperieren was zum passenden Zeitpunkt den Europäern von der Organisation politische in Rechnung gestellt werden wird.

Mittlerweile geht kaum ein Beobachter davon aus, dass die USA ihre kurdischen Partner fallen lassen werden, auch wenn sie darauf erpicht sind, mit der Türkei eine praktikable Lösung in der Frage der Kontrolle der Grenzübergänge zu erzielen. Logisch zu Ende gedacht, würde das bedeuten, dass nun neben den nordirakischen Kurdengebieten auch die nordsyrischen Kurdengebiete auf der politischen Landkarte zu verzeichnen sind. Selbst wenn die von der PKK kontrollierte Entität Rojava die arabischen Gebiete um Rakka verlieren sollte, würde die kurdische Kernregion nach wie vor unter kurdischer Kontrolle bleiben. Denn weder ist ein türkischer Einmarsch noch die Übernahme der Region durch das Baath-Regime zu erwarten. Wirtschaftlich ist

wird das realkommunistische Experiment kaum überlebensfähig sein und ausländischer Hilfe bedürfen. Politischer Druck in wichtigen Staaten wie Deutschland könnte dazu führen, dass das realsozialistische Gesellschaftsexperiment „Rojava“ letzten Endes von der EU finanziell unterstützt wird.

**Walter Posch**



### **Die Kurdenfrage**

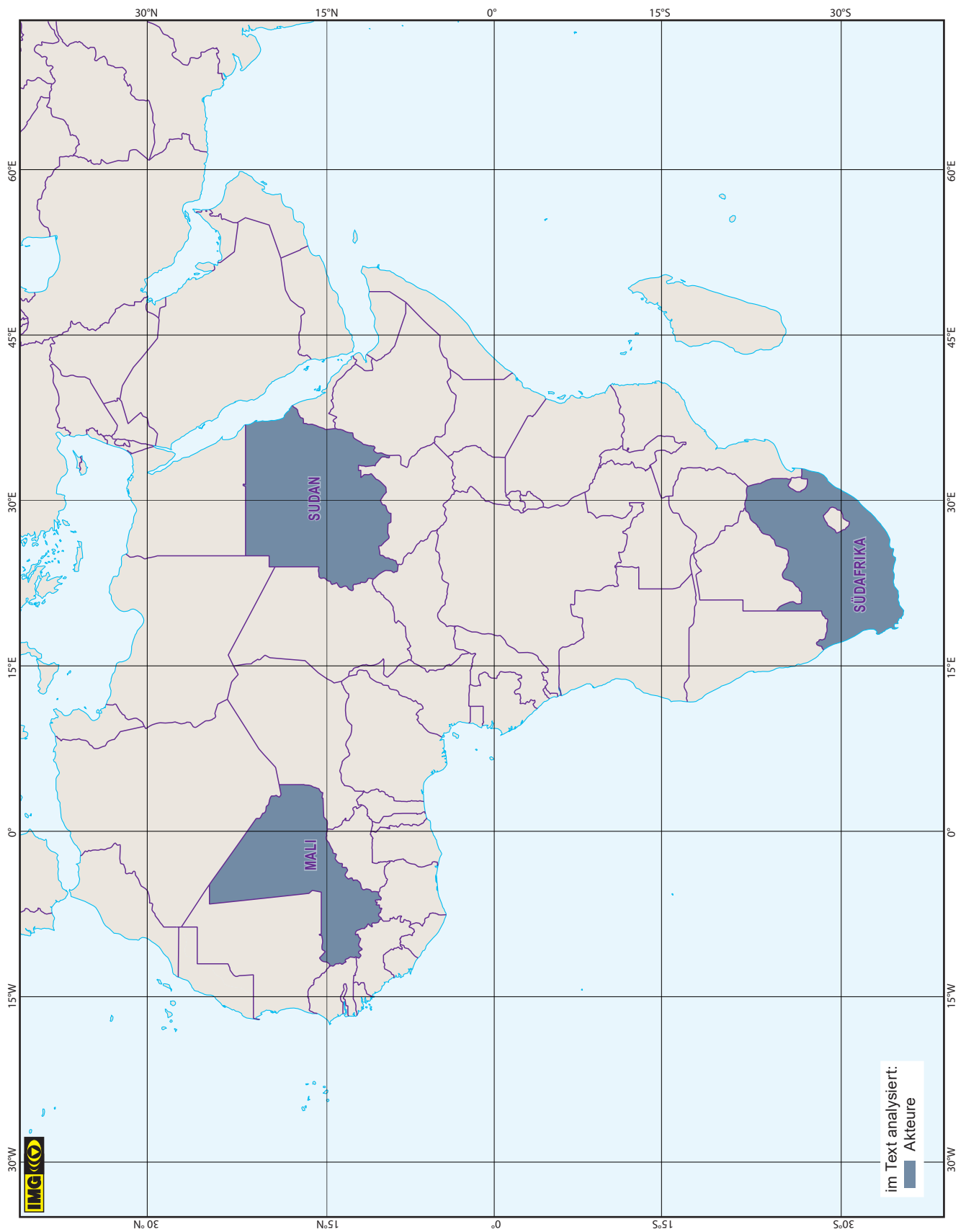
Die Kurdenfrage ist die größte ungelöste Volksgruppenfrage des Nahen Ostens. Als Haupthindernisse für Fortschritt wird immer wieder die Aufteilung des kurdischen Siedlungsgebietes auf mehrere Staaten genannt, welche den kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt der Kurden gewaltsam unterbinden. Es ist jedoch an der Zeit darauf hinzuweisen, dass vernünftige Autonomieregelungen, die über einfache Machtteilungsarrangements wie sie zwischen Irak und der Regionalregierung Kurdistan existieren, nirgendwo zur Anwendung kamen. So wurden die einschlägige

n Bestimmungen und best practices zum Minderheitenschutz von der OSCE weder von Seiten der verschiedenen Regierungen noch von kurdischer Seite konsultiert. Kurdische Politiker zeigten sich selten mit kulturellen Erleichterungen zufrieden, sondern bestanden in der Regel darauf, den lokalen Sicherheitsapparat zu bestimmen und mit eigenen Leuten zu bemannten, während die Regierungen der betroffenen Staaten Zugeständnisse auf dem Gebiet der Lokalsprachen in der Regel als Angriff auf die nationale Einheit verstanden. Die Veränderungen in der Türkei und im Iran auf dem Gebiet der kurdischsprachigen höheren Bildung, sind zu jung und zu unsicher, als daß man von einem Paradigmenwechsel sprechen könnte.

Problematisch ist auch die Konfrontation kurdischer Gruppen untereinander. Zwar gibt es mittlerweile eine gemeinsame supra-nationale politische Öffentlichkeit der Kurden, den Ton geben aber politische Organisationen wie die irakische KDP oder die türkische PKK an, die über einen bewaffneten militärischen Arm verfügen. Das hat in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den genannten Gruppen geführt, die immer wieder eskalieren können. Streitpunkt sind dabei die Rückkehr von syrischen KDP Anhängern in den Rojava, die Situation in Sinjar und die Frage inwieweit die PKK sich der irakischen Regierung angenähert hat.

Auf Seiten der PKK gelang es in Nordsyrien eine radikal-marxistische Verwaltungsstruktur aufzubauen mit der ein neues, radikalsozialistisches Gesellschaftsmodell gefördert werden soll. Die dortige PKK Miliz YPG bewährte sich im Kampf gegen IS und wird von den USA militärisch gestärkt, was zu heftigen Reaktionen aus der Türkei geführt hat. Insgeheim dürften die Türken darauf spekulieren, dass nach einem Friedensschluss mit Damaskus die Syrer das PKK-Projekt im Norden ihres Landes selbst beenden. Aus türkischer Sicht wurde die Kurdenfrage aufgeschoben, nicht aufgehoben. Der militärische Sieg über die neu aufgestellte Stadtguerilla der PKK hat vorhandene Probleme verschärft ohne die Sicherheitslage des Landes verbessert zu haben. Die Unterstützung für islamistische kurdische Gruppen durch die AKP wird sich langfristig als Bumerang herausstellen, weil eine Entwicklung ähnlich wie zwischen PLO und HAMAS zu erwarten ist. Erdoğan genießt nämlich mit seiner Annäherung an den türkischen Nationalismus und der Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Israel bei den kurdischen Islamisten kein Ansehen mehr. Noch schlimmer ist jedoch, dass der Friedensprozess von Seiten der PKK und der Regierung abgebrochen wurde und beide Seiten die demokratische Oppositionspartei HDP entmachteten haben. Die Kurdenfrage in der Türkei ist dadurch wiederum zur Sicherheitsfrage geworden, statt zu einem Thema der Kultur- und Minderheitenpolitik gemacht wurde. Allerdings hat die letzte Bürgermeisterwahl in Istanbul wo die kurdischen Stimmen den Ausschlag für den Erfolg des Oppositionskandidaten Ekrem İmamoğlu gaben. Die Kurden bleiben also Teil des politischen Prozesses und werden mittelfristig ihre Stimme wieder deutlich einbringen.

Im Irak bleiben sowohl der genaue Rechtsstatus als auch die Grenzen der kurdischen Autonomieregion umstritten. Unter Druck von der PKK und anderen kurdischen Gruppen, konfrontiert mit den großen Erwartungen der Bevölkerung und angesichts einer sich dramatisch verschlechternden Wirtschaftslage erklärte KRG Ende 2018 Präsident Massoud Barzani die Unabhängigkeit. Abgesehen davon, dass er damit die großen demokratie- und wirtschaftspolitischen Mängel seiner Herrschaft nicht übertünchen konnte, verlor er auch alle umstrittenen Gebiete, die von den Kurden nach 2003 besetzt wurden, an die irakische Regierung.



Subsahara-Afrika

## Sub-Sahara Afrika

### Sudan

#### Ende der Ära al-Bashir

Im Dezember 2018 flammten im Sudan erneut Proteste gegen das Regime von Omar Hassan al-Bashir auf - mit weitreichenden Folgen. Bisher beschränkten sich regimekritische Demonstrationen auf den Großraum der Hauptstadt Khartum, welche nur unter einem kleinen Teil der Bevölkerung auf Grund gefürchteter Repressionen Unterstützung fanden. Dieses Mal war die Situation jedoch grundlegend anders. Nachdem die Regierung Subventionen für Brot und Treibstoff kürzte, kam es zu einem Schulterschluss breiter Bevölkerungsgruppen im gesamten Land. Wesentlich hat dazu die Zuspitzung der seit Jahren anhaltenden Wirtschaftskrise beigetragen, die im Jänner 2019 die Inflation auf 72,9% steigen ließ. Versuche von al-Bashir mit Lohnerhöhungen für Staatsbedienstete sowie zusätzliche Förderungen für den ländlichen Raum Loyalität zu erkaufen, blieben erfolglos. Bis April 2019 forderten Versuche, die Proteste gewaltsam niederzuschlagen, zumindest 90 Tote.

Das Ende der Ära al-Bashir leiteten Proteste vor dem Hauptquartier der Streitkräfte im April 2019 durch tausende Protestanten ein, welche schließlich durch große Teile der Armee unterstützt wurden. Unter dem enormen Druck der Bevölkerung und aus Angst, durch einen Putsch unterer Ränge selbst aus dem Amt gejagt zu werden, übernahm Vize-Präsident und Verteidigungsminister Awad Ibn Ouf durch einen „präemptiven Putsch“ zwischenzeitlich die Regierungsgewalt und veranlasste die Verhaftung al-Bashirs. Die Demonstranten waren damit aber nicht zufrieden. Das Sprachrohr der Protestbewegung, die Sudanese Professionals Association (SPA) stellte klar, dass die Proteste so lange andauern würden, bis das Land eine zivile Führung erhalte. Nach drei Jahrzehnten Alleinherrschaft hinterließ al-Bashir allerdings ein Machtvakuum.

#### Schwieriger Übergang zu Demokratie

Der Hauptkonfliktpunkt zwischen der Militärführung, dem Transitional Military Council (TMC) und der inzwischen treibenden Kraft der Protestbewegung, den Forces for Freedom and Change (FFC), ist die Zusammensetzung des Souveränitätsrates, welcher das Land bis zur Abhaltung von demokratischen Wahlen führen soll. Beide Lager beanspruchen die Führung des Rates, als auch die Mehrheit der Mitglieder für sich. Abgesehen von einer nur teilweise vorhandenen Kompromissbereitschaft ist eine Lösung dieser Frage sehr schwierig, da beide Seiten stetig ihre eigenen Standpunkte und Forderungen ändern. Für beide Seiten scheint die Abhaltung demokratischer Wahlen sowie die

anschließende Errichtung einer stabilen Regierung oberste Priorität zu sein. Über den Weg dahin sind beide Seiten allerdings uneins. Der Vorsitzende des TMC, Abdel Fattah al-Burhan, unterstrich die Haltung seines Rates, indem er klarstellte, dass die Armee erst wieder in ihre Kasernen zurückkehren werde, wenn ein demokratischer Übergangsprozess im Sudan abgeschlossen sei. Während sich der TMC als unerlässlichen Garant für Sicherheit im Land darstellt und seinen Sonderstatus unterstreicht, gilt der potenzielle Machtverlust mit der zumindest teilweisen Übergabe der Staatsgeschäfte an die zivilen Kräfte als primäre Motivation für das kontraproduktive Verhalten der Militärs. Als Reaktion darauf antworteten die FFC mit weiteren landesweiten Demonstrationen, Sitzstreiks und Aufrufen zu Arbeitsniederlegungen. Um den Status-quo und seine Macht zu erhalten, reagiert das Militär zunehmend mit Gewalt. Ähnlich wie unter al-Bashir treten zur Niederschlagung paramilitärische Milizen wie die Rapid Support Forces (RSF) auf. Trotz wiederkehrender Dementi stehen diese Aktivitäten in direktem Zusammenhang mit dem TMC. Um aktiver gegen die Protestbewegung vorzugehen und die eigene Position zu stärken, begann die Militärführung im Mai 2019 die Vorgänge der Protestbewegung, zum Teil unter der absichtlichen Verwendung von Fehlinformationen, zu kriminalisieren und dieser aktiv entgegenzutreten. Trotz des Fastenmonats Ramadan fanden landesweite Proteste weiterhin regen Zustrom. Den vorzeitigen Höhepunkt erreichte die erneute Zuspitzung des innenpolitischen Konflikts Anfang Juni 2019, als reguläre Sicherheitskräfte unter der Beteiligung der RSF einen Sitzstreik der Protestbewegung gewaltsam auflösten und dabei zumindest 100 Menschen getötet wurden.

#### Internationale Reaktionen

Dieses Ereignis setzte die Lage im Sudan bei vielen westlichen Staaten zum ersten Mal seit dem Sturz al-Bashirs wieder auf die Agenda. Die so genannte Troika aus den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Norwegen versucht seit dem Machtwechsel, einen geordneten und friedlichen Übergang an eine zivile Regierung beim TMC zu erzwingen. Viele Staaten sehen sich gezwungen, in das Geschehen im Sudan – zumindest verbal – einzugreifen. Grund dafür ist ein komplexer Mix aus möglichen Flüchtlingsströmen, lokalen Terrororganisationen und diversen wirtschaftlichen Interessen. In diesem Zusammenhang hat westliche Zurückhaltung mit dem Sudan Tradition. So unterhielten westliche Staaten und Partner im Nahen Osten Beziehungen zu al-Bashir, obwohl dieser vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag per internationalen Haftbefehl wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid gesucht wurde. Die Europäische Union sieht im Sudan

weiterhin einen notwendigen Partner zur Eindämmung von Flüchtlingsströmen vom Horn von Afrika Richtung Europa. Im Gegenzug dafür erhält das Land finanzielle Unterstützung in dreistelliger Millionenhöhe.

Auf der anderen Seite unterstützen arabische Partner, insbesondere Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, den „Bruderstaat“, verfolgen damit aber klare wirtschaftliche und geopolitische Interessen in und mit dem Land. Kurz nach dem Sturz al-Bashirs sicherten beide Länder dem Sudan eine Unterstützung in Höhe von \$3 Milliarden zu, inkl. \$500 Millionen für die sudanesishe Zentralbank, zur Stärkung der Währungsreserven. Mit bilateralen Verträgen versuchen beide Staaten den Sudan weiterhin an sich zu binden und jeglichen Einfluss anderer Akteure zu verhindern. Im Gegenzug kann Saudi-Arabien, selbst nach dem Sturz al-Bashirs, weiterhin auf den Sudan als essenziellen Truppensteller für seine ad-hoc-Koalition im Kampf gegen jemenitische Huthi Rebellen im Jemen zählen. Seit dem Beginn der Offensive 2015 stellt die Teilnahme an der Koalition im Gegenzug für saudische Zahlungen eine wichtige Einnahmequelle für den Sudan dar. Im Mai 2019 sicherte auch der TMC Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten seine weitere Unterstützung zu.

### **Regionale Implikationen**

Durch die gegenwärtige innenpolitische und außenpolitische Situation sind Reformen bzw. weitreichende politische Veränderungen nicht absehbar. Während westliche Staaten die Vorgänge im Land abwartend verfolgen, sichern sich die arabischen Partner mit der Erhaltung des Status-quo einen wichtigen Partner in der Region. Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Akteur ist der Nachbarstaat Ägypten. Dieser sieht den Sudan, auch auf Grund der gemeinsamen Geschichte und der Abhängigkeit vom Nil, als sein natürliches Einflussgebiet an und ist im höchsten Maß an Stabilität interessiert, wie auch immer das politische Modell aussehen mag.

Die Afrikanische Union (AU): Diese suspendierte demgegenüber die Mitgliedschaft Sudans Anfang Juni. Da derzeit Ägypten für das restliche Jahr den Vorsitz in der AU innehat, bleibt allerdings die Umsetzung weiterer Schritte gegen den Sudan fraglich.

### **Wirtschaftliche Entwicklungen**

Das Land benötigt dringend wirtschaftliche Reformen. Nach der Abspaltung des Südsudans im Juli 2011 verlor der Norden 75% seiner lukrativen Ölreserven. Diese Einnahmen trugen zu mehr als 50% der Staatseinkünfte bei, und machten gleichzeitig mehr als 90% des Exportgeschäftes aus. Die ohnehin prekäre Lage verschärft sich seitdem zunehmend. Neue Allianzen in der Region, wie die Annäherung Äthiopiens und Eritreas, haben keine positiven wirtschaftlichen

Auswirkungen auf den Sudan, sondern verschärften die Situation, da das Land nicht mehr als Zwischenhändler der ehemals verfeindeten Staaten agieren kann. Zusätzlich macht die schwer prognostizierbare Sicherheitslage Investments zahlungskräftiger ausländischer Akteure unattraktiv. In diesem Zusammenhang ist die aufgeschobene Streichung des Sudans von der US-Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten (State Sponsors of Terrorism) ein weiteres Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung. Daher ist und bleibt der Sudan von ausländischen Partnern, insbesondere Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie deren Interessen abhängig.

### **Perspektiven**

Entscheidend für die künftige Entwicklung wird sein, inwiefern es dem TMC bzw. den FFC gelingt, die Gunst der Bevölkerung zu gewinnen und einen nationalen Zusammenhalt sicherzustellen. Es ist damit zu rechnen, dass bei einem langandauernden Machtkampf der TMC verstärkt Repressionen gegenüber der Bevölkerung anwenden wird. Daher ist es umso wichtiger, dass die internationale Gemeinschaft den Sudan auf dem Weg zu einer gemeinsamen Übergangsregierung unterstützt. Notwendige politische und wirtschaftliche Reformen sind essentiell, um der Bevölkerung einen Aufwärtstrend zu signalisieren, damit keine sicherheitspolitische Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird, die auch die Nachbarstaaten negativ beeinflussen würde.

### **Mali**

#### **Weiterhin keine stabilen Verhältnisse in Mali**

Die Lage im westafrikanischen Land ist weiterhin fragil. Im März 2019 kam es zu einem Angriff auf ein Dorf der Volksgruppe der Fulbe in der Region Mopti, im Grenzgebiet zu Burkina Faso. Vermutlich Angreifer der verfeindeten Gruppe der Dogon töteten dabei mindestens 160 Menschen. Die einst friedlich koexistierenden Volksgruppen wurden seit 2012 durch den zunehmenden Einfluss von dschihadistischen Gruppen radikalisiert und auseinandergetrieben. Die zahlenmäßig unterlegenen Dogon verstehen die Gruppe der Fulbe als Unterstützer der Dschihadisten und gehen mit eigenen „Selbstverteidigungskräften“ gewaltsam gegen sie vor. Als Reaktion auf das Massaker trat Premierminister Boubeye Maiga mit seiner gesamten Regierung zurück und löste damit eine Führungskrise aus, welche das Land zusätzlich lähmte. In den letzten Monaten der Amtszeit Maigas kamen mehr als 550 Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen den Fulbe und Dogon ums Leben. Präsident Boubacar Keita beauftragte den ehemaligen Finanzminister Boubou Cisse mit der Bildung einer neuen Regierung.

### Internationales Krisenmanagement

Die UN-Mission MINUSMA zur Stabilisierung des Landes und der Bekämpfung von Terroristen hat den Entwicklungen nur wenig entgegenzusetzen. Vielmehr ist sie, ähnlich wie die lokalen Sicherheitskräfte, selbst mit direkten Angriffen auf ihre Soldaten und Einrichtungen konfrontiert. Das erste Halbjahr 2019 zählt zu einem der verlustreichsten für die UN-Mission. Bei mindestens sieben Angriffen kamen 17 Soldaten ums Leben. Damit starben seit dem Beginn der Mission im Juli 2013 122 Soldaten. Der hohe Anteil an gut ausgebildeten Soldaten kann dem nur wenig entgegenzusetzen. Neben MINUSMA ist auch die EU-Trainingsmission für die malischen Streitkräfte (EUTM) zunehmend mit Angriffen konfrontiert. Im Februar 2019 kam es zu einem Anschlag auf das Feldlager der Mission in Koulikoro. Dabei kamen allerdings keine Soldaten der EUTM zu Schaden. Eine Verbesserung der Sicherheitslage ist ohne politische Lösungsversuche aufgrund ethnischer Auseinandersetzungen und der fortlaufenden Aktivitäten diverser Terroristengruppen, besonders im Norden des Landes, nicht zu erwarten.

### Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung

Erschwert wird die Lage durch eine schleichende gesellschaftliche Spaltung auf Grund zunehmend xenophober Strömungen im Land. Auslöser dafür ist die hohe Anzahl an sich zum Teil unfreiwillig in Mali aufhaltigen Personen hauptsächlich nigerianischer Herkunft und einem dadurch in der Bevölkerung gefürchteten „Verdrängungseffekt“. In den vergangenen Jahren boomte der Menschenhandel in der gesamten ECOWAS-Region (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft). Hauptziele der Schlepper und Menschenhändler sind neben den Bergbaugebieten im Süden und Zentralmali die Rebellengebiete im Norden des Landes. Selbst nach einer etwaigen Befreiung aus den Händen der Schlepper bleibt der Großteil der Opfer auf Grund fehlender Mittel für die Rückreise im Land. Seit Ende 2018 wird von mehreren hunderttausend Opfern ausgegangen. Dieses Geschäftsmodell ist nicht nur für die Täter attraktiv. Auf Grund der prekären wirtschaftlichen Lage im Land erheben die malischen Behörden wöchentliche Steuern von den Opfern.

Um notwendige Stabilität im Land zu schaffen, stellen ausländische Investments eine wichtige Komponente zum Aufbau von Wirtschaft und Infrastruktur dar. Eine seltene Initiative wurde vom indischen Elektronikonzern Tata gemeinsam mit Africa Development Solutions gestartet: Ziel ist der Aufbau eines regionsübergreifenden Glasfasernetzes im Westen Afrikas, von dem Mali profitieren soll. Obwohl internationale Partner wie die Weltbank unterstützen, zeigt sich, dass für eine Umsetzung solcher Initiativen eine gewisse Stabilisierung der Sicherheitslage essentiell

ist. Und genau in diesem Bereich können so genannte „Spoiler“ positive Initiativen im Keim ersticken.

### Südafrika

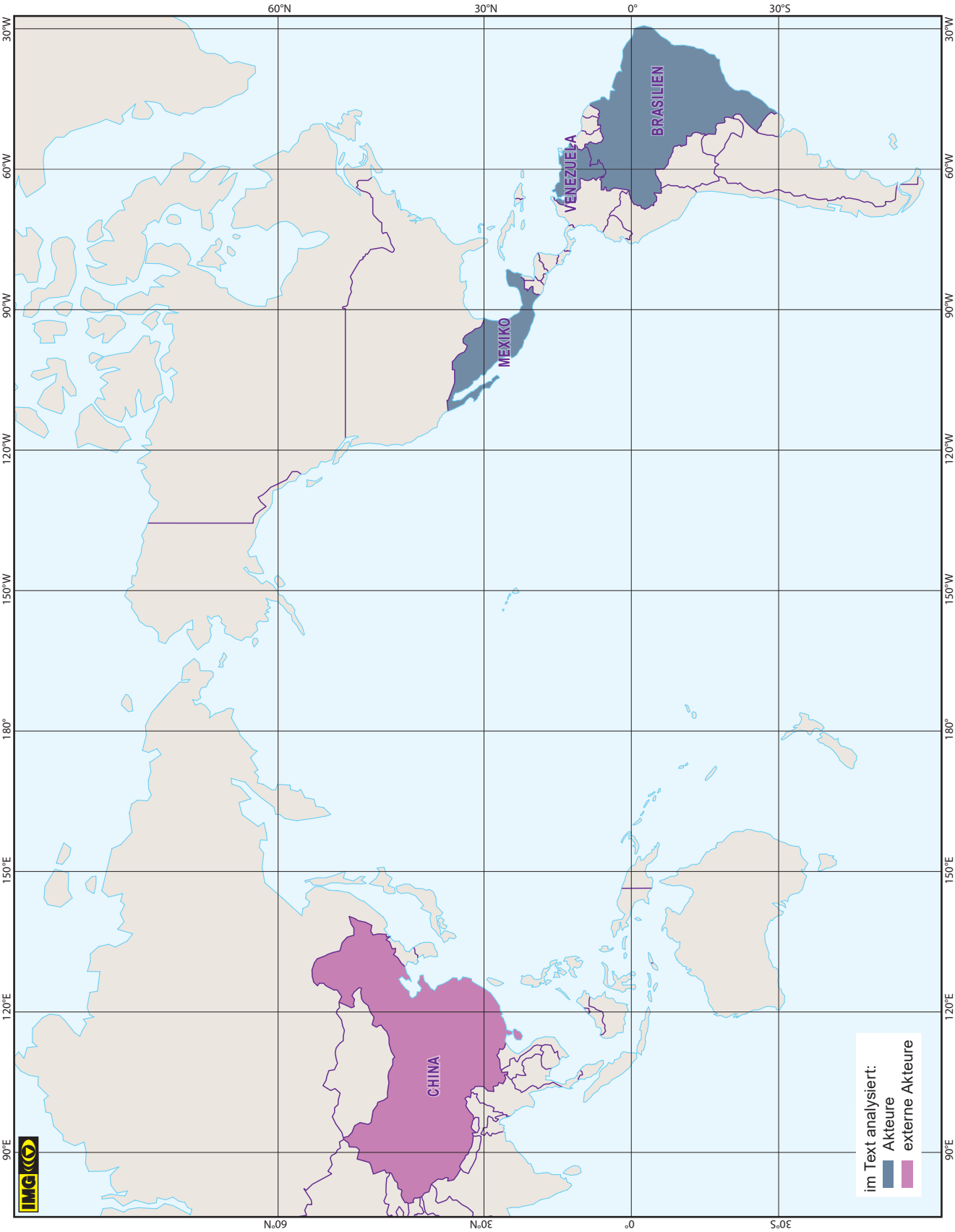
#### Wahlen in Südafrika – Der neue, alte Gewinner mit Ablaufdatum

Im Mai 2019 waren in Südafrika mehr als 26 Millionen Menschen aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Das Ergebnis wurde mit Spannung erwartet, da das Parlament auch den Präsidenten der größten afrikanischen Volkswirtschaft wählt. Der seit 1994 durchgehend regierende African National Congress (ANC) konnte erneut die Wahl für sich entscheiden. Mit 58% der Stimmen erreichte der ANC allerdings das schlechteste Ergebnis seit der Machtübernahme Nelson Mandelas 1994. Abgeschlagen hinter dem ANC kam die Democratic Alliance (DA) auf 21% der Stimmen, vor den radikalen Economic Freedom Fighters (EFF) mit 11%. Gerade viele junge Wähler wandten sich vom ANC ab oder registrierten sich gar nicht erst für die Wahl – ein Grund für die gesunkene Wahlbeteiligung von 73% von vor fünf Jahren auf 65%.

Die schwindende Popularität des ANC ist auf die stagnierende Wirtschaft sowie Korruption innerhalb des südafrikanischen Politsystems zurückzuführen. Das Land kämpft mit einer Arbeitslosenrate von 27%. Knapp 50% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen davon sind junge Südafrikaner, welche seit ihrer Geburt kein anderes System als das des ANC erlebt haben. Eine der größten Herausforderungen für die zukünftige Regierung wird es daher sein, sich besonders den Problemen der jungen Bevölkerung anzunehmen und der fortlaufenden Entfremdung gegenüber demokratischen Strukturen entgegenzuwirken.

Trotz der Verluste für den ANC sind vom neuen, alten Präsidenten Cyril Ramaphosa jedoch keine großen Änderungen seines Kurses zu erwarten. Obwohl das schwierige Erbe des durch Korruptionsskandale gezeichneten ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma schwer auf dem ANC lastet, schaffte es Ramaphosa dennoch, die absolute Mehrheit zu halten. Auf Grund der steigenden Anzahl kritischer Jungwähler sowie einer langsam schwindenden Wählerbasis des ANC ist es eine Frage der Zeit, wie lange die derzeit noch führende Partei Südafrikas den politischen Kurs im Land im Alleingang entscheiden kann. Ohne weitgreifende Reformen wird der ANC weiterhin an Bedeutung verlieren.

#### Gerald Hainzl und Maximilian Marek



Lateinamerika



## Lateinamerika

### Venezuela – ein Spielball der Geopolitik

Die politische und wirtschaftliche Lage Venezuelas gestaltet sich um die Jahresmitte 2019 als unübersichtlich. Laut UNO Angaben haben mehr als vier Millionen Menschen seit 2015 Venezuela verlassen, die meisten davon in Richtung Nachbarländer wie Kolumbien und Brasilien. Mit Hilfe russischer und kubanischer Sicherheitsberater, aber auch mit Unterstützung eines Teiles der Bevölkerung (insbesondere der unteren sozialen Schichten), hält sich Nicolás Maduro, der am 20. Mai 2018 in einem umstrittenen Wahlgang gewonnen hatte, an der Macht. Die Krise in Venezuela verschärfte sich im Jänner dieses Jahres, als sich der Vorsitzende der Nationalversammlung, Juan Guaidó, zum Interimspräsidenten erklärte und argumentierte, dass die Wiederwahl von Maduro im vergangenen Jahr "rechtswidrig" gewesen sei. Guaidó wurde von den meisten westlichen Ländern bereits als Übergangspräsident anerkannt (darunter auch Österreich), u.a. Russland, China, Kuba und Bolivien halten weiterhin zu Maduro. Im Hintergrund laufen seit einigen Monaten Versuche der norwegischen Regierung, die beiden Konfliktparteien zu geheimen Friedensgesprächen zu bewegen, bisher allerdings ohne konkrete Erfolge. Norwegen hat auch dazu beigetragen, Kolumbiens historischen Friedensvertrag von 2016 zu vermitteln, der einen langen Guerillakrieg beendete. Russlands Einfluss in Venezuela ist noch größer als jener Chinas. Seit der Monroe Doktrin<sup>1</sup> reagiert die US-amerikanische Außenpolitik jedoch sehr sensibel auf mögliche externe Einflüsse in der Region.

### Mexiko

Der seit sechs Monaten amtierende Präsident Andrés Manuel López Obrador (genannt AMLO) hat immer noch beeindruckend hohe Popularitätswerte, diese vor allem wegen seines bescheidenen Lebensstils (u.a. Verkauf des Präsidentenflugzeugs, Verwandlung der Präsidentenvilla in ein öffentliches Museum) in der zweitgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas und dem drittgrößten Handelspartner der USA. Dennoch sind viele Probleme nicht gelöst, insbesondere bei der Kriminalität und der Korruption, beides zentrale Themen des AMLO-Wahlkampfes. So versprach

AMLO die kartellbedingte Gewalt in den Griff zu bekommen, aber leider waren die ersten drei Monate des Jahres 2019 die blutigsten in der jüngsten Geschichte Mexikos<sup>2</sup>. Weiterhin werden die meisten Regierungsaufträge noch immer direkt ohne Ausschreibungen vergeben und kein Funktionär der unpopulären Vorgängerregierung - die AMLO als die korrupteste aller Zeiten bezeichnete - wurde bisher angeklagt. Mexiko kommt wegen der Migranten, die wegen der Gewalt und der Armut aus Zentralamerika fliehen, zusehends unter Druck. Ein Handelskrieg mit den USA konnte vorläufig vermieden werden, indem die mexikanische Regierung versprach, sechstausend Mitglieder der neu eingeführten militarisierten Nationalgarde an die Südgrenze zu Guatemala zu entsenden. Kritiker wiesen jedoch darauf hin, dass die neue Nationalgarde ursprünglich für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und zur Eindämmung der steigenden Mordrate in Mexiko geplant worden war.

### Brasilien

In Brasilien steht die neue rechtsgerichtete Regierung vor der ersten echten Herausforderung. Abgehörte Gespräche des Justizministers Sergio Moro in seiner früheren Rolle als Richter scheinen darauf hinzudeuten, dass dieser – entgegen allen rechtsstaatlichen Prinzipien – das Vorgehen der Anklagebehörde im Korruptionsprozess gegen den früheren Präsidenten Lula da Silva beeinflusst hat und sich aktiv in die Untersuchungen der Anklagebehörde eingemischt hat. Die brasilianische Anwaltskammer hat die Suspendierung des Justizministers und mehrerer Staatsanwälte gefordert. Es kann noch nicht abgeschätzt werden (Juni 2019), welchen Einfluss diese abgehörten Gespräche und Chatverläufe auf einen möglichen neuen Prozess gegen Lula haben.

### China –weiter steigender regionaler Einfluss

Lateinamerika ist Chinas zweitgrößtes Ziel für Auslandsinvestitionen mit 25 Mrd. USD im Jahr 2017 (im Vergleich dazu betrugen diese 2004 nur 2 Mrd. USD). Des Weiteren ist China der größte Handelspartner Argentiniens, Brasiliens, Chiles und Perus. Die wirtschaftlichen Beziehungen der Partner ist sehr ungleich, da Lateinamerika vor allem Rohstoffe (und hier insbesondere Agrarprodukte und Erdöl) liefert, während China Industriewaren verkauft und Infrastrukturprojekte bereitstellt, die durch Kredite (und

<sup>1</sup> Diese nach dem US Präsidenten James Monroe benannte (und de facto von allen Nachfolgern weitergeführte) Doktrin von 1823 besagt, dass Einmischungsversuche jeglicher Art fremder Mächte in der westlichen Hemisphäre (die sowohl Nord- und Südamerika als auch alle karibischen Inseln erfasst) von den USA nicht toleriert und als feindliche Handlung gegen diese angesehen werden würden.

<sup>2</sup> Seit der frühere mexikanische Präsident Felipe Calderón 2006 einen Krieg mit Hilfe der Militärs die gegen Drogenkartelle begann, wurden nach offiziellen Angaben beinahe 250.000 Menschen getötet. Mehr als 60.000 Menschen gelten als vermisst.

größtenteils von chinesischen Firmen) finanziert werden.

Das Infrastrukturprojekt Seidenstraße, auch als Belt and Road Initiative (BRI) bekannt, kann nicht nur als wirtschaftliches Projekt, sondern auch als geopolitisches Instrument aufgefasst werden. Mit dieser Initiative sollen nicht nur der Transport von Gütern verbessert, sondern auch langfristige Wirtschaftsbeziehungen mit den in der BRI involvierten Ländern aufgebaut sowie die Handelsströme Lateinamerikas in Richtung Pazifik verlagert werden. Achtzehn lateinamerikanische Länder haben bereits Kooperationsabkommen mit der BRI unterzeichnet. Gleichzeitig wird auch China von einigen lateinamerikanischen Regierungen als Alternative bzw. Gegengewicht zur US-Hegemonie angesehen. Die trifft auf Kuba, Nicaragua, Ecuador aber insbesondere auf Venezuela zu, das fast die Hälfte des lateinamerikanischen Kreditportfolios Chinas bekommen hat. So wird die Höhe der chinesischen Kredite zwischen 2007 und 2017 auf über sechzig Milliarden Dollar geschätzt. Venezuela sollte die Summe größtenteils durch Öllieferungen zurückzahlen, kann aber zurzeit seine Verpflichtungen wegen hoher Produktionsausfälle nicht erfüllen.

Ein weiteres geopolitisches Ziel Pekings in der Region besteht darin, Taiwan zu isolieren, indem versucht wird, lateinamerikanische und karibische Länder, die nach wie vor diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, abzuwerben. Nach aktuellem Stand erkennen 9 Länder der Region (von 16 Ländern weltweit) Taiwan an, während die verbleibenden 24 Länder in der Region die VR China anerkennen. Obwohl der Wettbewerb zwischen China und Taiwan um Freunde in der Region durch Angebote wirtschaftlicher Unterstützung, auch als "Scheckheftdiplomatie" („checkbook diplomacy“) bekannt, seit etwa einem Jahrzehnt nachlässt, haben Panama, die Dominikanische Republik und El Salvador in den letzten zwei Jahren nun China anerkannt.

In den letzten zehn Jahren sind die Waffenverkäufe der VR China nach Lateinamerika leicht gestiegen. Chinesische konventionelle Waffen machen 3% des nord- und südamerikanischen Waffenimportmarktes aus. Die Verkäufe von Verteidigungsgütern haben sich von Kleinwaffen zu anspruchsvolleren Ausrüstungen und Waffen ausgeweitet: Radar, Schützenpanzer, Raketenabschussfahrzeuge, Kampfflugzeuge und Militärschiffe. Venezuela war der größte Abnehmer von Rüstungsgütern aus der VR China in der Region, andere bedeutende Kunden waren Bolivien, Ecuador und Peru.

**Johannes Maerk**



## Cyberpower

Cyberpower (Cybermacht) ist seit einigen Jahren ein viel diskutiertes Thema. Einen bemerkenswerten Beitrag zur Diskussion hat der Direktor des Government Communication Headquarters (GCHQ) Jeremy Fleming am 25. Februar im Rahmen der Fullerton Vorlesungsreihe des International Institute for Strategic Studies (IISS) in Singapur präsentiert. GCHQ ist die Behörde, die die gesamtstaatliche Verantwortung für Cybersicherheit in Großbritannien trägt. Wir stellen Ihnen diesen Beitrag vor, um Ihnen das strategische Denken über den Cyberraum zu erleichtern.<sup>3</sup>

Laut Fleming wurde in Großbritannien das Konzept Cyberpower entwickelt, um in der rasch voranschreitenden 4. Industriellen Revolution den Wohlstand zu erhalten und gleichzeitig die Rechte, das Leben und die Gesundheit der Bürger beschützen können. Fleming stellte fest, dass für das Cyberzeitalter eine neue Sprache zum Verständnis der Phänomene erforderlich sei. Eine Denkweise einer Umgebung, in der Macht ganz oder teilweise im militärischen Sinne verstanden wird, würde in einer Cyberwelt nicht funktionieren, da Kraft, Zeit und Raum eine stark veränderte Bedeutung haben. In der Cyberwelt entspräche die Größe der Kraft nicht der Potenz, Abschreckung sei nicht absolut. Und Cyberangriffe seien oft eher störend oder finanziell motiviert als destruktiv. Als Konsequenz musste eine neue Form der Sicherheit für das Cyberzeitalter entwickelt werden.

Grundsätzlich versteht man unter Macht die Fähigkeit, das Verhalten anderer zu steuern oder zu beeinflussen. Macht wird durch Soft Power (Leadership (project thought leadership), Einhaltung bestimmter rechtlicher oder ethischer Grenzen) und/oder Hard Power (wirtschaftliche, militärische oder technologische Macht) ausgeübt. Die Übernahme dieser Denkweise in die Cyberdomäne ist nicht einfach, aber es gibt klare Parallelen. Für Fleming ist ein Staat eine Cybermacht, wenn er in der Lage ist, das Verhalten anderer durch Aktivitäten im Cyberspace zu steuern oder zu beeinflussen. Und das könne man im Wesentlichen auf drei Arten tun: Erstens, muss ein Staat seine Bürger, Unternehmen und Institutionen – die digitale Heimat – schützen. Zweitens muss er über die rechtlichen, ethischen und regulatorischen Rahmenbedingungen verfügen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu fördern. Und drittens, wenn die Sicherheit seiner Bürger bedroht ist, muss er – im Extremfall und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht – in der Lage

sein, Cybermacht zu projizieren, um Angreifer zu stören, Zugriffe auf eigene Systeme zu verhindern oder abzuschwächen (to disrupt, deny or degrade).

Bei der Cybersicherheit geht es um die Verantwortung des Staates für den Schutz seiner Bürger auch in der digitalen Sphäre. Dies gelinge am besten durch Maßnahmen, die darauf abzielen, Einzelpersonen und Institutionen schwerer angreifbar zu machen. Insbesondere müsse versucht werden, das Internet für die Menschen sicherer zu machen. Großbritannien hat dafür ein durch das Nationale Cybersicherheitszentrum (National Cyber Security Centre (NCSC)) betriebenes, aktives und automatisiertes Cyberverteidigungsprogramm implementiert. Der automatische Schutz von 1,3 Millionen staatlichen Internetnutzern durch die Sperrung des Zugangs zu gefährlichen Websites habe im Jahr 2018 54 Millionen bösartige Verbindungen gestoppt. Ein Anti-Spoofing-Mechanismus verhindere den Missbrauch von Regierungsseiten. Der von einem privaten Unternehmen betriebene automatisierte Abschaltservice (Take down service) habe den Anteil Großbritanniens am globalen Phishingaufkommen mehr als halbiert. Der Einsatz dieser innovativen Tools mache das Vereinigte Königreich zu einem härteren Ziel und entlaste den Bürger von Entscheidungen, die ohne Fachwissen nicht getroffen werden können. Das bedeute, dass Großbritannien schwerer anzugreifen sei, allerdings müssten die strukturellen Sicherheitsprobleme des Internets wie z.B. Identitäts-Spoofing und bösartiges Hosting noch gelöst werden.

Das GCHQ habe dabei zwei Hauptaufgaben: Erstens gehe es darum, die oa. Innovationen national umzusetzen und ein vollständiges, erstklassiges Cyberverteidigungssystem aufzubauen. Zweitens gelte es, optimale Bedingungen für Cybertalente zu schaffen, damit z.B. Tools für eine sichere Authentifikation, neue einfache Passworttechnologien, sichere Verbindungen auch zu unsicheren Netzen oder Audittools zur Erkennung von Hardwaremanipulationen entwickelt werden können. Als Beispiel für die Tätigkeit des GCHQ ging Fleming auf die aktuelle globale 5G (Mobilfunk der 5. Generation) -Technologiedebatte und insbesondere auf die Rolle von Huawei ein. Die äußerst komplexe 5G-Technologie wird die Art und Weise, wie wir das Internet nutzen, massiv verbessern, ein Katalysator für den technologischen Wandel sein, und im Laufe der Zeit die Art und Weise verändern, wie wir über die Verwendung unserer Daten denken. Außerdem werden wir dadurch stärker vernetzt und noch mehr vom Internet abhängig. Das NCSC ist als Teil von GCHQ die nationale technische Behörde für Cybersicherheit und hat die Aufgabe, objektive, evidenzbasierte und technisch kompetente Beratung für die Nutzungsrichtlinien (policy table) einzubringen.

<sup>3</sup> Der Beitrag folgt im Wesentlichen der IISS Publikation, Asia Pacific Regional Security Assessment 2019, S. 77-90 Chapter Five, China's Cyberpower in a new era. <https://www.iiss.org/publications/strategic-dossiers/asiapacific-regional-security-assessment-2019/rsa19-07-chapter-5>, zuletzt eingesehen am 16.06.2019

NCSC hat drei Voraussetzungen für die Sicherung von 5G-Netzen festgelegt: Erstens müssen Anreize für stärkere Cybersicherheitspraktiken im gesamten Telekommunikationssektor geschaffen werden. Zweitens müssen die Telekommunikationsnetze so widerstandsfähig aufgebaut sein, dass sie trotz Schäden funktionieren. Drittens muss es eine nachhaltige Vielfalt im Lieferantenmarkt geben. Wir brauchen also einen diversifizierten Markt, der sowohl in Bezug auf Qualität und Sicherheit als auch im Preis konkurriert. 5G werde durch GCHQ unter der Leitung des Digital Department analysiert und Huawei bereits betreut. Dabei seien erhebliche Cybersicherheitsprobleme aufgedeckt und ein Sanierungsprogramm in Höhe von mehreren Millionen Pfund vorgeschrieben worden.

Der zweite Grundpfeiler von Cyberpower sei das Verhalten einer Nation und die Rahmenbedingungen, in denen sie agiert. Die gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen im Cyberspace sind noch nicht ausgereift und entwickeln sich in allen unseren Rechtsordnungen noch weiter. Einige der Verhaltensweisen, die wir von bestimmten Staaten oder Kriminellen gesehen haben, sind unter allen Umständen eindeutig falsch. Ein Angriff auf die IT eines Krankenhauses oder auf das Wahlsystem eines Landes muss immer sanktioniert werden. Aber in vielen Fällen gibt es keine klaren Normen oder Verhaltensregeln. Und in einigen Fällen gibt es deutliche Auffassungsunterschiede zwischen den Staaten, wie diese Normen für die Zukunft entwickelt werden können. Ohne einen gemeinsam vereinbarten Satz von Grundsätzen ist es viel schwieriger, sich auf gemeinsame Normen zu einigen, Daten auszutauschen, sich zu vertrauen, strafbare Verhaltensweisen zu verfolgen und eine gemeinsam vereinbarte Abschreckungsdoktrin zu schaffen. Die Entwicklung in diesem Bereich ist nicht konvergierend und führt voraussichtlich zu einem noch weniger geregelten Raum, in dem Recht und Unrecht nicht automatisch erkannt werden und akzeptable Verhaltensweisen nicht selbstverständlich sind. Dieser Unsicherheit sollte mit erprobten völkerrechtlichen Grundsätzen begegnet werden. Wenn etwas in der realen Welt inakzeptabel ist, muss es auch online inakzeptabel sein. Auf ein gemeinsames Verständnis der Anwendung, Auslegung und Entwicklung dieses Rechts wäre hinarbeiten.

Jedoch wird es auch weiterhin Akteure geben, die sich nicht an diese gemeinsamen Normen halten wollen und vorsätzlich Störungen und Schäden verursachen. Zur Veranschaulichung: Etwa die Hälfte der 1100 Vorfälle, die der NCSC in den letzten zwei Jahren behandelt hat, hätten einen staatlichen Akteur hinter sich. Das Vereinigte Königreich und dessen Verbündete hätten diese bösartigen Aktivitäten öffentlich gemacht und bestimmten Akteuren zugeschrieben, so Fleming.

Cyberangriffe – von Staaten, Terroristen oder Kriminellen – sind mit hoher Priorität strafrechtlich zu verfolgen. Sollte das nicht möglich sein, werde durch Großbritannien versucht, dieses Verhalten durch andere Maßnahmen unattraktiv zu machen, z.B. durch öffentliche Zuschreibung der Täter. Beispielsweise wurde 2018 die chinesische Gruppe APT10 (Stone Panda) oder, die russische Gruppe APT28 (Fancy Bear) angeprangert. Um die Auswirkungen inakzeptablen Verhaltens zu begrenzen, würden den britischen Unternehmen weiters Informationen zur Verfügung gestellt werden, damit sie sich verteidigen können. Angestrebt werde eine Abschreckung, die über Cybersicherheitsprodukte und -systeme hinausgeht. Gleichzeitig sei von Individuen und Staaten ein verantwortungsbewusstes Handeln im Cyberspace zur Unterstützung einer regelbasierten internationalen Ordnung gefordert. Dabei spiele Ethik, *„das Richtige zu tun, auch wenn niemand sonst zusieht“*, eine entscheidende Rolle. Das digitale Zeitalter erfordert nach wie vor, dass wir uns an der Rechtsstaatlichkeit orientieren. Es erfordert, dass wir das höchste Maß an Ethik haben.

Die ethische Verantwortung für die Projektion der offensiven Cyberfähigkeiten einer Nation gelte ebenso wie die für die Cyberabwehr. Die Fähigkeit, im Extremfall Cybertools zu nutzen, um Angreifer zu stören, Zugriffe auf eigene Systeme zu verhindern oder abzuschwächen, ist der umstrittenste und am wenigsten verstandene Aspekt der Cybermacht. Über diese Fähigkeiten müsse auch das GCHQ verfügen, neben dem Militär und den Geheimdiensten. Diese Fähigkeiten werden unter Begriffen wie offensives Cyber, andere Effekte oder verdeckte Cyberoperationen verstanden. Letztendlich geht es darum, durch Cyberhandlungen direkte Auswirkungen auf die reale Welt zu erzielen. Viele Nationen bauen diese Fähigkeiten auf und sehen offensichtlich einen echten Wert darin, sie einzusetzen. Aber einige setzen es auf eine Art und Weise ein, die nicht mit den oa. Grundsätzen übereinstimmt. Rücksichtslos werden durch kriminelle Angriffe größere Schäden verursacht. Nordkoreas Einsatz von Ransomware zur Stützung der Finanzen seines Regimes sei, laut Fleming, ein gutes Beispiel. Im richtigen Kontext geregelt durch angemessene internationale und nationale Gesetze, seien offensive Cyberoperationen ein wesentlicher Bestandteil des Cybertoolkits eines Staates. Hier ein Beispiel: Seit weit über einem Jahrzehnt, beginnend mit dem Konflikt in Afghanistan, sei GCHQ Vorreiter bei der Entwicklung und Nutzung offensiver Cybertechniken. In enger Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium und wichtigen Verbündeten wurden diese Fähigkeiten in den letzten Jahren schnell ausgebaut. Erstmals wurden Cyberoperationen von GCHQ erfolgreich gegen den Daesh im Rahmen einer breit angelegten Militäraktion systematisch und

anhaltend eingesetzt. Zu berücksichtigen sei, dass diese Art von Fähigkeiten nicht in einem Tresor aufbewahrt werden könne, nur um auf Cyberangriffe zu reagieren. Cyberaktion könne nicht gleich Cyberreaktion sein. Die Reaktion des Vereinigten Königreichs auf eine Cyberaktion eines Gegners oder Verbrechers wird von der Regierung festgelegt, nach Prüfung der gesamten Bandbreite an möglichen Optionen. Dieser breitere Ansatz ist integraler Bestandteil der weiter angelegten Fusionsdoktrin, die auch hybrider Ansatz genannt werden könnte. Unter der Fusionsdoktrin wird verstanden, dass bei jedem Einsatz diplomatische, wirtschaftliche, politische Aspekte und auch harte Machtmittel betrachtet werden müssen. Jedoch muss die Nutzung von Cybermitteln immer auf Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Der tatsächliche Einsatz ist nur in Extremsituationen zulässig. Da die Geografie des Cyberraums nicht den im Industriezeitalter festgelegten Grenzen entspricht, könnten weder Staaten noch Unternehmen noch Gruppen allein erfolgreich sein. Es müssten daher Allianzen zwischen Ländern, mit dem Privatsektor und mit der Wissenschaft eingegangen werden. Laut Fleming würden Länder wie Großbritannien immer die Führung übernehmen, um Gegner im Cyberspace einzudämmen, zu frustrieren und zu besiegen. Jedoch sei man in Zusammenarbeit mit Verbündeten, wie den Five Eyes-Staaten, der NATO oder anderen Partnern auf der ganzen Welt, wesentlich stärker.

Über das Thema 5G hinaus sieht Fleming von China eine strategische Herausforderung erster Ordnung ausgehen, der man sich als Cybermacht stellen muss. Dabei müsse man die Chancen und Risiken des technologischen Angebots Chinas erkennen, den globalen Charakter von Lieferketten und Dienstleistungen sowie die Auswirkungen der technologischen Akquisitionsstrategie Chinas im Westen verstehen. Im folgenden Abschnitt soll daher die chinesische Cyberstrategie kurz beleuchtet werden.

### **Chinas Cyberpower<sup>4</sup>**

Der chinesische Präsident Xi Jinping beabsichtigt China zur "Cybersupermacht" zu machen. China soll die größte und mächtigste Nation der Welt im Cyberspace werden. Für Peking bedeutet die Dynamik der digitalen Wirtschaft Chinas einen Schlüsselfaktor für die zukünftige Entwicklung, der auch die Legitimität des Regimes stärken kann. Da China eine Entwicklungsstrategie verfolgt, die sich auf die Förderung von Innovationen konzentriert, wird auch

die Führungsrolle in den Informationstechnologien der nächsten Generation – insbesondere der künstlichen Intelligenz (KI) – als Kernpriorität betrachtet. China hat mit Abstand die meisten Internetnutzer und einige der dynamischsten und erfolgreichsten Technologieunternehmen der Welt, deren globale Reichweite als neuer Vektor für den Einfluss im indisch-pazifischen Raum und darüber hinaus genutzt werden soll.

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden Chinas Fähigkeiten für Cyberspionage und offensive Operationen schrittweise erhöht und stellen eine Bedrohung für Ziele auf der ganzen Welt dar. Insbesondere das chinesische Ministerium für Staatssicherheit (Ministry of State Security, MSS) hat sich zu einem kompetenten Akteur im Cyberspace entwickelt, der komplexe Spionageoperationen für wirtschaftliche, politische und strategische Zwecke mit hoher operativer Sicherheit durchführen kann. Die Chinesische Volksbefreiungsarmee (PLA) bereitet sich darauf vor, in einer Ära des Krieges im Informationszeitalter zu *"kämpfen und zu gewinnen"*. Im Dezember 2015 wurde deshalb mit der Aufstellung der PLA Strategic Support Force (PLASSF) begonnen, die sich als *"Speerspitze"* für die strategische Abschreckungsdoktrin Chinas und in zukünftigen Konfliktszenarien erweisen könnte.

Mit der Agenda für *"nationale Verjüngung"* soll China *"ein globaler Innovationsführer"* und gleichzeitig ein *"digitales China und eine intelligente Gesellschaft"* aufgebaut werden. Chinas Cybermacht stellt somit eine kritische Komponente seiner *"umfassenden nationalen Macht"* dar.

### **Ideologische Dimensionen von Chinas Cybermacht und Unsicherheit in China**

Die Kommunistische Partei Chinas (Chinas Communist Party (CCP)) und seine Streitkräfte sehen den Cyberspace vor allem als ideologisches Schlachtfeld, das sowohl Sicherheitsbedrohungen als auch Einflussmöglichkeiten im In- und Ausland bietet. Die CCP sieht die Fähigkeit, Inhalte zu kontrollieren und den Diskurs im Cyberspace zu dominieren, als integral für die Staatsicherheit und sogar für das Überleben des Regimes. China hat einen großen Apparat für Zensur und Propaganda entwickelt, der mittels *"Online-Öffentlichkeitsarbeit"* Unterstützung und Begeisterung für die Agenda der Partei zur nationalen Verjüngung zu mobilisieren und eine umfassende Kontrolle von Informationen sicherzustellen hat. Ziel ist es, sicherzustellen, dass *"die Ideen der Partei immer zur stärksten Stimme im Cyberspace werden"* und als Mittel zur Ausübung von Einfluss in globalem Umfang und Ausmaß ermöglicht wird. Tatsächlich glaubt die CCP, insbesondere seit dem arabischen Frühling, dass sie sich

<sup>4</sup> Siehe detaillierter: Asia Pacific Regional Security Assessment 2019, China's Cyberpower in a new era, 77-90. URL: <https://www.iiss.org/publications/strategic-dossiers/asiapacific-regional-security-assessment-2019/rsa19-07-chapter-5>, zuletzt eingesehen am 16.062019



in einer ideologischen Konfrontation im Cyberspace mit den Vereinigten Staaten befindet. Die CCP hat über Jahrzehnte die Entwicklung eines dynamischen Technologiesektors und einer dynamischen digitalen Wirtschaft intensiv gefördert und gleichzeitig eine gewisse Kontrolle und Aufsicht über die Aktivitäten der Unternehmen beibehalten. Während die CCP zunächst eine relative Autonomie für Technologieunternehmen erlaubt hatte, übt sie seit 2014 eine strengere Kontrolle durch eine verpflichtende Einführung von Parteisekretären und -ausschüssen in praktisch allen führenden chinesischen Technologie- und Internetunternehmen, darunter Baidu, Huawei und iFlytek, aus. Tatsächlich sind derzeit einige Führungskräfte gleichzeitig auch Parteisekretäre. Die CCP hat sich auf ein Konzept der Cybersouveränität konzentriert. Die Fähigkeit, staatliche Kontrolle über den Cyberraum auszuüben, wird als integraler Bestandteil der nationalen Sicherheit Chinas angesehen. China versucht ihre Vision einer Internetregulierung an ähnlich autoritäre oder repressive Demokratien wie z.B. Vietnam und Tansania weiter zu geben. Chinesische Unternehmen stellen Werkzeuge und Technologien zur Überwachung der Bürger zur Verfügung und die chinesische Regierung hat auch Beamte aus Dutzenden von Ländern ausgebildet, um diese Praktiken weiter zu fördern. Insgesamt hat der Einfluss Chinas einen Trend verschärft, den Freedom House als "digitalen Autoritarismus" bezeichnet hat. Während einige westliche Beobachter gehofft hatten, dass das Internet die Politik Chinas "verändern" könnte, ist klargeworden, dass China auch das Internet verändert, nicht nur innerhalb seiner Grenzen, sondern weltweit. China hat das Potenzial des Internets für eine wirtschaftliche Transformation genutzt, während es bisher gut gelungen ist, die politische Stabilität zu erhalten.

Dieses Modell der Vereinbarkeit von politischer Kontrolle und einer dynamischen digitalen Wirtschaft hat sich weltweit als bemerkenswert attraktiv erwiesen. Zunehmend haben eine Reihe von Ländern, darunter Vietnam, begonnen, den Ansatz Pekings zu übernehmen. Unter anderem wurden Gesetze verabschiedet, die dem chinesischen Cyber Security Law und einer Reihe von Normen und Vorschriften entsprechen. Damit werden z.B. die Registrierung unter echtem Namen und die Geolokalisation von Daten umfassen. Im Namen der Wahrung der sozialen Stabilität, werden Fortschritte bei den KI-Technologien wie bei der Gesichtserkennung genutzt, um eine genauere Überwachung der Bürger zu sicherzustellen. Da Chinas führende Technologieunternehmen um die Expansion nach Südostasien und darüber hinaus konkurrieren, werden diese kommerziellen Aktivitäten auch zur weiteren Verbreitung dieses Modells beitragen. Die Entwicklung von Smart Cities, auch in ganz

Südostasien, kann auch eine erhöhte Kontroll- und Überwachungsfähigkeit schaffen.

### **Wirtschaftliche Entwicklung**

Die Förderung einer digitalen Wirtschaft hat sich als bedeutender Bestandteil der Strategie Chinas zur Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung herausgestellt. Tatsächlich hat der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang in seinen Arbeitsberichten 2018 und 2019 hervorgehoben, wie wichtig es sei, die digitale Wirtschaft in die Realwirtschaft als Wachstumsquelle zu integrieren. Chinas digitale "nationale Champions" Alibaba, Baidu und Tencent, mit einem geschätzten Jahresumsatz von insgesamt 87,3 Milliarden US-Dollar, haben sich eine dominante Position im chinesischen Internet-Ökosystem aufgebaut, auch durch hohe Investitionen in Start-ups und Forschung und Entwicklung. China beherbergt auch ein pulsierendes Start-up-Ökosystem und einen wachsenden Anteil an den so genannten "Einhörnern" der Welt, i.e. Unternehmen mit Bewertungen von über 1 Milliarde US-Dollar. Tatsächlich wird erwartet, dass die Größe der chinesischen digitalen Wirtschaft und die Geschwindigkeit ihres Wachstums weiter zunehmen werden.

Chinas Agenda für die "Digitale Seidenstraße" sieht den Aufbau der nächsten Generation digitaler und telekommunikativer Infrastrukturen auf der ganzen Welt vor. Von Telekommunikations- und Smart-City-Projekten in ganz Asien und Afrika bis hin zu 5G-Pilotprojekten in Europa, in insgesamt fast 60 Ländern. Dieses Programm ist für eine Reihe von Nationen attraktiv. Die Digitale Seidenstraße ist untrennbar mit Chinas Bemühungen verbunden, die Globalisierung seiner bevorzugten technischen Standards zum Nutzen chinesischer Unternehmen zu fördern.

### **Militärische Fähigkeiten**

China betrachtet Informationen seit langem als eine Waffe, die man für strategische Zwecke zur Förderung nationaler Interessen und politischem Einfluss einsetzen kann. Für die PLA ist die psychologische Kriegsführung ein wesentlicher Bestandteil von Informationsoperationen in Verbindung mit der Cyber- und elektronischen Kriegsführung im Frieden und im Krieg. Chinas strategisches Denken für Operationen im Cyberspace könnte als militärischer Kampf bezeichnet werden, der in Friedenszeiten und Kriegszeiten unterschiedlich intensiv ist. PLA-Strategen glauben, dass "netzwerkelektronische Operationen" entscheidend für die Bekämpfung der Effektivität als neues Mittel der Kriegsführung sein werden. Als integraler Bestandteil zukünftiger gemeinsamer Operationen zielen diese

Operationen darauf ab, Schlüsselknoten des informationsbasierten Kampfsystems zu stören und eine "Informationsdominanz" als Voraussetzung für die Zerstörung der Entscheidungsfähigkeit des Feindes zu erreichen. Insbesondere glaubt die PLA, dass Cyber- und Netzwerkoperationen eine "unverzichtbare Methode sein können, um mächtige Feinde" abzuschrecken und unter bestimmten Bedingungen sogar ohne Kampf zu gewinnen.

Für China ist der Kampf im Cyberraum von strategischer Bedeutung für die zukünftige Kriegsführung. Deshalb soll die Entwicklung einer Cybertruppe beschleunigt und ihre Fähigkeiten im Bereich Cyberlagebild und Cyberverteidigung verbessert werden. Die Cybertruppe soll große Cyberkrisen einzudämmen, die nationale Netz- und Informationssicherheit, die nationale Sicherheit und soziale Stabilität gewährleisten. Chinas militärische Strategie der "aktiven Verteidigung" bedeutet, dass China eine defensive Ausrichtung auf strategischer Ebene durch offensive Operationen auf taktischer und Kampagnenebene verfolgen kann. In der Strategic Support Force sind Chinas Fähigkeiten in den Bereichen Raumfahrt, Cyber, Elektronik und psychologische Kriegsführung zusammengefasst. Die Struktur- und Streitkräfteentwicklung des PLASSF könnte Chinas Fähigkeiten optimieren, eine Informationsdominanz zu erreichen und Informationen, insbesondere durch Datenfusion und -aufklärung, für gemeinsame Operationen in zukünftigen Konfliktszenarien bereitzustellen. In der Abteilung für Netzwerksysteme der PLASSF wurden die technischen Aufklärungsbüros (TRBs) aus der ehemaligen Dritten Abteilung (3PLA) des Generalstabes (GSD), die für Cyberspionage und Signalaufklärung zuständig sind, sowie Elemente der ehemaligen Vierten Abteilung der GSD (4PLA), die für elektronische Gegenmaßnahmen und offensive Cybermaßnahmen zuständig sind, zusammengefasst. Mit dieser Struktur soll das Konzept des "integrierten Netzwerks und der elektronischen Kriegsführung", das seit den 90er Jahren dem PLA-Denken über Informationskriegsführung zugrunde liegt, umgesetzt werden. Die Befürchtung Pekings, den Cyberfähigkeiten der USA unterlegen zu sein, hat zur Gründung des PLASSF und der direkten Unterstellung unter das Kommando der Zentralen Militärkommission der PLA geführt. Das Schwergewicht scheint nunmehr beim Aufbau der tatsächlichen Kampfkraft zu liegen, um Chinas militärische Cybertruppen zu einem "Schwert für Abschreckung und Schutzschild für die Verteidigung" auszubauen.

Chinas Konzept und seine nationale Strategie der militärisch-zivilen Fusion spiegeln den Schwerpunkt wider, Synergien zwischen Verteidigungs- und kommerziellen Entwicklungen und gleichzeitig die

Fähigkeiten des zivilen Personals für die Cyberabwehr und die Streitkräfteentwicklung zu nutzen. Die Grenzen zwischen Frieden und Krieg und militärische und zivile Angriffe sind im Cyberraum schwer zu ziehen. Daher sollen militärische und zivile Fähigkeiten sowohl im Frieden als auch im Krieg zusammenwirken: in Friedenszeiten nutzt man Zivilisten, um das Militär zu verstecken; in Kriegszeiten agieren Militär und das Volk geschlossen, greifen gemeinsam an. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, dass die Central Military-Civil Fusion Development Commission - angeführt von Präsident Xi selbst - das Cyberspace Security Military-Civil Fusion Innovation Centre gegründet hat. Das führende chinesische Cybersicherheitsunternehmen Qihoo 360 leitet das Zentrum, dessen Ziel die Verbesserung der nationalen Cyberabwehr ist. Peking könnte auch "Cybermilizen" für Chinas Cyberverteidigung einsetzen. Unterdessen hat Xi weiterhin die "Dynamik und das Potenzial" der militärisch-zivilen Fusion in den Bereichen Cybersicherheit und Informatisierung hervorgehoben und China aufgefordert, "die historische Chance der gegenwärtigen Transformation der Informationstechnologie und der neuen Transformation der militärischen Angelegenheiten zu nutzen".

### China's fortgesetzte Cyber Spionageaktivitäten

Seit Mitte des laufenden Jahrzehnts zeigen sich die chinesischen Cyberfähigkeiten vor allem in einer aktiven Cyberspionage mit zunehmender Komplexität. Im September 2015 vereinbarten der damalige US-Präsident Barack Obama und der chinesische Präsident Xi, dass weder die USA noch die chinesische Regierung den Diebstahl geistigen Eigentums, einschließlich Geschäftsgeheimnisse oder anderer vertraulicher Geschäftsinformationen zu kommerziellen Zwecken, "durchführen oder bewusst unterstützen" würden. Tatsächlich zeigten erste Bewertungen nach dem Abkommen, dass die Häufigkeit der Spionageoperationen chinesischer Gruppen per Advanced Persistent Threats (APT) offensichtlich abgenommen hatte. Danach hat China dieses Abkommen mit Hacking-Aktivitäten gegen die USA, Australien und Deutschland gebrochen. Neben der Vereinbarung dürften jedoch die Anti-Korruption Kampagne des chinesischen Präsidenten und die gleichzeitige Reorganisation der Geheimdienstorganisationen, Ursache für den kurzfristigen Rückgang gewesen sein. Anfang 2018 wurde in einem Bericht des US Handelsministerium festgestellt, dass China seine Politik und Praxis der Cyberspionage gegen US-Firmen fortsetzt. China betreibt und betreibt konsequent Industriespionage, um die wirtschaftliche Entwicklung und militärische Modernisierung voranzutreiben und konzentriert(e) sich dabei auf die Luft- und Raumfahrt sowie die Bio- und

Halbleitertechnologie. So forderte beispielsweise die China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) im Jahr 2012 den chinesischen Geheimdienst auf, Informationen über US-amerikanische Öl- und Gasunternehmen zur Verfügung zu stellen, um ihre Position in Verhandlungen zu stärken. Das MSS hat sich zu einem kompetenten Akteur entwickelt, wie die öffentliche Berichterstattung über seine Aktivitäten bei einer Reihe von Vorfällen zeigt. Im Vergleich zu früheren, oft mangelhaft abgesicherten Operationen, arbeitet das MSS heute mit einer höheren Komplexität in Bezug auf Taktik, Techniken und Verfahren. Seit November 2018 klagt das US-Justizministeriums nunmehr öffentlich chinesische Hacker an, die mit dem MSS verbunden und konkret gegen das Xi-Obama-Abkommen verstoßen haben. Unter anderem wurde das chinesische Privatunternehmen Guangzhou Bo Yu Information Technology Company Limited (Boyusec, auch bekannt als APT3) beschuldigt, im Auftrag des MSS kommerzielle Firmen wie Moody's Analytics, Siemens AG und Trimble Inc. gehackt zu haben. Im Dezember 2018 hat das Justizministerium auch zwei Hacker des Technologieunternehmens Huaying Haitai angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen als Teil der Hackergruppe APT10 zehn Jahre lang und bis ins Jahr 2018 die Operation Cloud Hopper, eine der größten jemals durchgeführten weltweiten Cyberspionagekampagnen, durchgeführt zu haben. Sie sollen dabei im Auftrag des MSS und zusammen mit dem Tianjin State Security Bureau gearbeitet haben. Zu den Zielgruppen gehörten 45 US-amerikanische Unternehmen und Regierungsbehörden sowie Unternehmen aus über einem Dutzend anderer Länder, aus den Bereichen Finanzwesen, Telekommunikation, Biotechnologie, Automobil, Gesundheitswesen und Bergbau. Das MSS hat vermutlich riesige Datenmengen gesammelt, z.B. 2014 durch eine Cyberoperation gegen US Office of Personnel Management (OPM), bei der sensible persönliche Daten aus den Sicherheitsüberprüfungsunterlagen von Dutzenden Millionen US-Bürgern gestohlen wurden. Weitere Attacken richteten sich gegen große Krankenhäuser, Krankenkassen oder die Hotelkette Marriott, bei der bis zu 500 Millionen Kundendaten ausgespäht wurden.

Zahlreiche Angriffe von chinesischen APT-Gruppen richten sich gegen Taiwan. Im Januar 2019 wurden fast 3 Mio. Dateien im taiwanesischen Gesundheitsministerium gestohlen. Hacker waren erfolgreich in die Netzwerke von mehr als zehn taiwanesischen Regierungsbehörden, öffentlichen Krankenhäusern, Universitäten und Unternehmen eingedrungen. Bis zu 60% der Organisationen in Taiwan waren 2016 nach Schätzung von FireEye einem Angriff ausgesetzt. Im Vorfeld der Halbzeitwahlen Taiwans im November 2018 verunstalteten chinesische Hacker die offizielle Website der Demokratischen Progressiven

Partei (DPP) des taiwanesischen Präsidenten Tsai Ing-wen an. Taiwan könnte auch als Testgebiet für Techniken dienen, die die CCP in Zukunft weltweit anzuwenden beabsichtigt. Die CCP könnte versuchen, neue Techniken und Technologien für eine verbesserte Ausrichtung und Wirksamkeit in der Propaganda in Zukunft zu nutzen.

### **Regionale Gegenmaßnahmen**

Als Reaktion auf die Bedrohung durch Chinas Cyberaktivitäten haben die Staaten der Region ihre Cyberabwehr weiter verstärkt und gleichzeitig die Entwicklung offensiver Fähigkeiten untersucht. In seiner neuen Verteidigungspolitik plant Japan die Einrichtung einer Cyber Defense Unit bis 2023, die darauf abzielt, *"die Fähigkeiten zur eigenen Cyberabwehr drastisch zu verbessern"*, während gleichzeitig die Zusammenarbeit in den Bereichen Raumfahrt und Cyberspace innerhalb der US-amerikanischen und japanischen Allianz verstärkt werden soll. Japan hat auch weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes kritischer Infrastrukturen ergriffen. Taiwan rekrutiert neue Talente für die Cyberkriegsführung, um seine Offensiv- und Verteidigungsfähigkeiten zu erhöhen. Anfang 2018 richtete Vietnam auch die Task Force 47 Cyber Unit der Vietnam People's Army (VPA) ein, um die Regierung vor politischen Einflussnahmen zu schützen und offensive Operationen durchführen zu können.

Gleichzeitig hat die hohe globale Nachfrage nach digitaler Infrastruktur viele Staaten dazu veranlasst, Chinas Förderung der Digitalen Seidenstraße anzunehmen, auch wenn die Debatten über Sicherheitsbedenken weiter zunehmen. China unterstützt eine zunehmende Zahl von Projekten, Ausbau von Glasfaserkabelverbindungen, Telekommunikationsausrüstung und Smart-City-Initiativen, die weltweit angeblich geschätzte 79 Mrd. umfassen. Damit könnte Peking seine Standards in vielen Teilen der Welt durchsetzen und gegebenenfalls die wachsende Abhängigkeit von chinesischer Technologie als Druckmittel nutzen. Dazu kommt, dass Chinas Cyber Security Law und National Intelligence Law eine Bestimmung enthält, wonach *"jede Organisation und jeder Bürger in Übereinstimmung mit dem Gesetz die nationale Geheimdienstarbeit unterstützen, zusammenarbeiten und die Geheimhaltung jeder nationalen Geheimdienstarbeit wahren muss"*.

### **Fazit**

China entwickelt sich zu einer Cybersupermacht und verfügt über erhebliche wirtschaftliche und militärische Fähigkeiten. Gleichzeitig sieht sich China in diesem neuen Bereich weiterhin mit einer Reihe von

Herausforderungen und potenziellen Schwachstellen konfrontiert, darunter die relative Unsicherheit seines eigenen IT-Ökosystems und die akuten Ängste der CCP über wahrgenommene ideologische Bedrohungen. Der Cyberraum ist daher ein zweischneidiges Schwert für Peking, das neue Risiken und kritische Vorteile mit sich bringt. Die digitale Wirtschaft Chinas könnte sich als entscheidender Treiber des Wachstums erweisen, wenn es gelingt bei den Themen Big Data, Robotik und Künstliche Intelligenz (KI) die Technologieführerschaft zu erlangen. Gleichzeitig ist zu bedenken, dass Innovationen nicht nur neue wirtschaftliche Möglichkeiten generieren, sondern auch die Verbreitung von Techniken und Technologien zur leichteren Unterdrückung mit sich bringen können.

Während China seine Streitkräfte weiter modernisiert, wird die kontinuierliche Weiterentwicklung seiner Cyberkapazitäten durch die Strategic Support Force der PLA neue Möglichkeiten bieten, um in einem Konfliktszenario abzuschrecken, Druck auszuüben oder sogar einen Vorteil zu erlangen. Peking könnte diese neue Cybertruppe auch nutzen, um politische und geopolitische Ziele in Friedenszeiten zu unterstützen, unter anderem durch aktive Maßnahmen gegen konkurrierende Staaten bei territorialen Streitigkeiten Ost- und Südchinesischen Meer. Das MSS wird weiterhin politische und Industriespionage durchführen. Chinas Weg zur Cybergroßmacht wird entscheidende Auswirkungen auf die Zukunft der Sicherheit und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum und darüber hinaus haben.

**Walter J. Unger**

## Bildnachweis

S. 4: Screenshot: *Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA)*, public domain. URL: <https://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Programs/Pages/caatsa.aspx>, zuletzt eingesehen am 20.6.2019

S. 6: Karte: Samuel Bailey, *Map of the proposed Nord Stream and connecting pipelines*, lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 3.0 nicht portiert“. URL: <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Nordstream.png>, zuletzt eingesehen am 24.4.2019

S. 11: Screenshot: Donald Trump, Tweet vom 13.11.2018, 11:50

S. 11: Screenshot: Donald Trump, Tweet vom 13.11.2018, 05:07

S. 11: Screenshot: Donald Trump, Tweet vom 13.11.2018, 13:17

S. 12: Screenshot: Donald Trump, Tweet vom 13.11.2018, 08:18

S. 14: Foto: Зенитчики Центрального военного округа, которые встанут на охрану воздушного пространства в Поволжье, провели 4 боевых пуска из новых зенитных ракетных систем С-400 «Триумф» на полигоне Капустин Яр в Астраханской области, licensed under Creative Commons Attribution 4.0. URL: [http://mil.ru/et/news/more.htm?id=12154249@egNews&\\_print=true](http://mil.ru/et/news/more.htm?id=12154249@egNews&_print=true), zuletzt eingesehen am 20.6.2019

S. 14: Foto: Master Sgt. Donald R. Allen (U.S. Air Force photo), U.S. Air Force F-35A Lightning II Joint Strike Fighters from the 58th Fighter Squadron, public domain. URL: [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:F-35A\\_flight\\_\(cropped\).jpg](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:F-35A_flight_(cropped).jpg), zuletzt eingesehen am 20.6.2019

S. 16: Foto: Bobbi Zapka (U.S. Air Force photo), RQ-4 Global Hawk unmanned aircraft, public domain. URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Global\\_Hawk\\_1.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Global_Hawk_1.jpg), zuletzt eingesehen am 20.6.2019

S. 27: Foto: Vadim Savitsky, Military parade marking 74th Anniversary of Victory in Great Patriotic War, Moscow, licensed under Creative Commons Attribution 4.0. URL: <http://eng.mil.ru/en/multimedia/photo/gallery.htm?id=65550@cmsPhotoGallery>, zuletzt eingesehen am 20.6.2019

S. 29: Foto: Staff Sgt. Madelyn Brown (Air Force photo), F-35A Lightning II aircraft receive fuel from a KC-10 Extender tanker aircraft from Travis Air Force Base, Calif., during a flight from England to the United States, July 13, 2016, public domain. URL: <https://dod.defense.gov/News/Article/Article/900930/air-force-declares-f-35a-lightning-ii-combat-ready/>, zuletzt eingesehen am 20.6.2019

S. 39: Graphik: *Corrected Map of Results of Indian General Election 2019*, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, URL: [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/da/Modified-Indian\\_General\\_Election\\_2019.png](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/da/Modified-Indian_General_Election_2019.png), zuletzt eingesehen am 1.6.2019

S. 42: Karte: *Kashmir map 2019 Balakot airstrike.svg*, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International License, URL: [https://commons.m.wikimedia.org/wiki/File:Kashmir\\_map\\_2019\\_Balakot\\_airstrike.svg](https://commons.m.wikimedia.org/wiki/File:Kashmir_map_2019_Balakot_airstrike.svg), zuletzt eingesehen am 24.4.2019

S. 43: Graphik: Farkas, Barbara; *Antiterroroperationen und Herkunftsbezirke der Extremisten nach J&K-Bezirken (Jänner 2017 bis Februar 2019)*, Daten: Observer Research Foundation (ORF)

*S. 43: Graphik: Farkas, Barbara; Anzahl der rekrutierten Extremisten in J&K gemäß Organisation (Jänner 2017 bis Februar 2019), Daten: Observer Research Foundation (ORF)*

*S. 46: Karte: Map of Indonesia, public domain, URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/attachments/maps/ID-map.gif>, zuletzt eingesehen am 24.4.2019*

*S. 47: Karte: Map of Philippines, public domain, URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/attachments/maps/RP-map.gif>, zuletzt eingesehen am 24.4.2019*

*S. 48: Foto: The members of the STAR Team of Malaysian Maritime Enforcement Agency with Malaysian reporter ready to deploy on the RHFB speed boat during the anti piracy demonstration on LIMA 2011, Langkawi, Malaysia, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported License, URL: [https://commons.m.wikimedia.org/wiki/File:STAR\\_Team\\_ready\\_to\\_deploy.jpg](https://commons.m.wikimedia.org/wiki/File:STAR_Team_ready_to_deploy.jpg), zuletzt eingesehen am 24.4.2019*

## Kartenmaterial

Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

**Autoren**

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA

Ukraine nach dem Machtwechsel – eine außen- und sicherheitspolitische Trendwende?

Mag. Barbara FARKAS

Der indopazifische Raum

Dr. Gerald HAINZL  
Maximilian MAREK, BSc

Subsahara-Afrika

Dr. Gunther HAUSER

Europa und die EU

Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA

Die Kontinuität US-amerikanischer Hegemonialpolitik

Dr. Johannes MAERK

Lateinamerika

Dr. Otto NADERER

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Dr. Walter POSCH

Der Nahe und Mittlere Osten

Dr. Felix SCHNEIDER

Donald Trump – der große Katalysator

Mag. Walter J. UNGER

Cyberpower



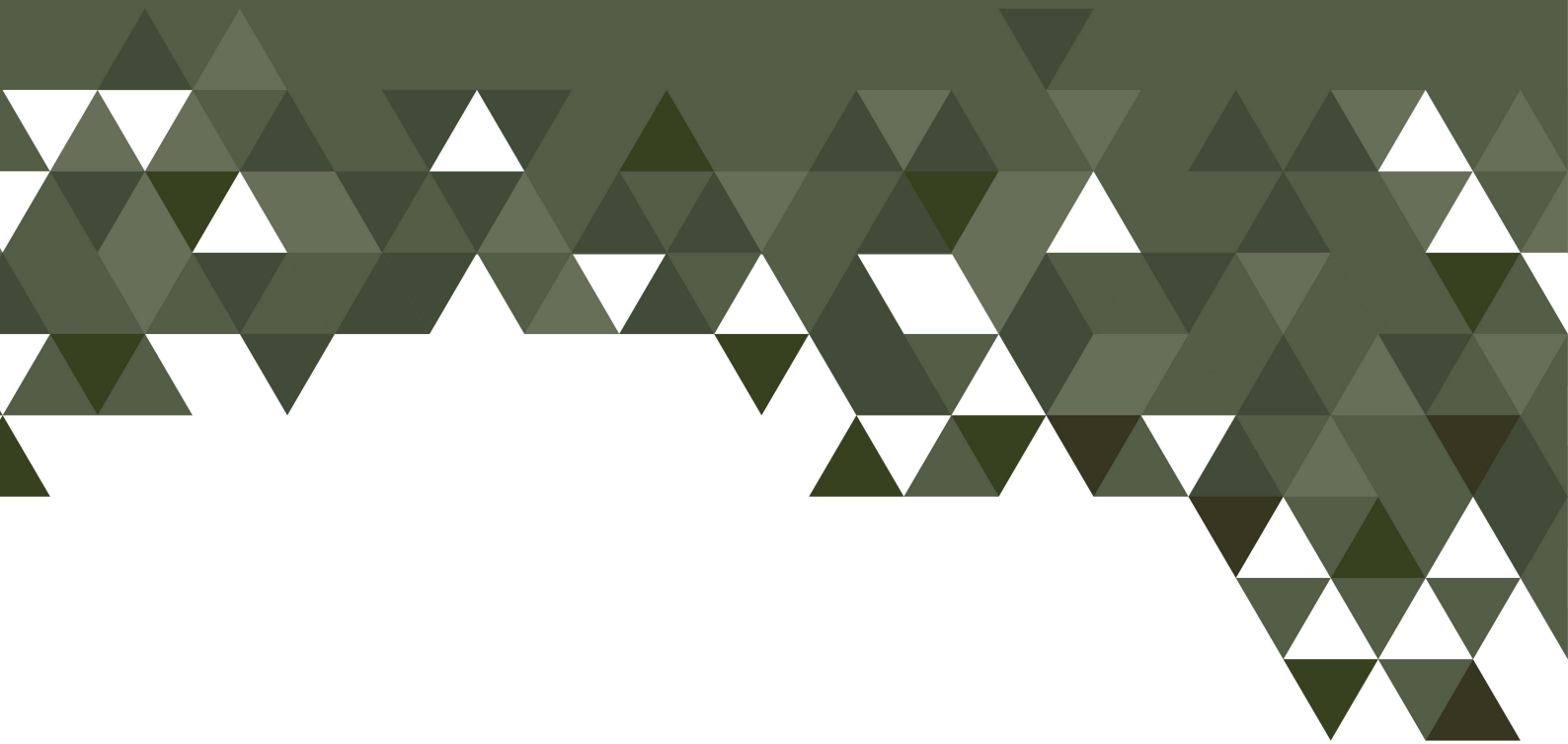
## Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an [lvak.iss@bmlvs.gv.at](mailto:lvak.iss@bmlvs.gv.at) bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

[www.bundesheer.at/iss](http://www.bundesheer.at/iss)



**LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE  
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903121-71-3